
Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 1989

Claude Longchamp

<i>Abstimmungsergebnisse</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik»	1'052'218 35,6 %	1'903'797 64,4 %
Volksinitiative «Pro Tempo 130/100»	1'125'960 38,0 %	1'835'642 62,0 %
Stimmbeteiligung	68,6 %	

Wolf Linder

Politische Entscheidung und Gesetzesvollzug in der Schweiz

Wer trifft die politischen Entscheidungen in der Schweiz und wie werden sie vollzogen? Wie gross ist der Einfluss des Parlaments auf die gesetzgeberischen Entscheidungen? Wer sind die wichtigen Akteure des politischen Entscheidungsprozesses insgesamt? Was wird aus Gesetzen, nachdem sie angenommen sind, und welche Faktoren bestimmen ihren Erfolg oder Misserfolg? Erfüllen die Parteien noch ihre Aufgabe der Vermittlung zwischen Volk und Behörden, oder werden sie von neuen Bewegungen abgelöst?

Das vorliegende Buch präsentiert wichtigste Ergebnisse aus Einzelstudien des Nationalen Forschungsprogramms 6 «Entscheidungsvorgänge in der schweizerischen Demokratie» und zieht eine aktuelle Bilanz zum Funktionieren des politischen Systems der Schweiz.

Französische Version des Berichts (übersetzt von Jean-Daniel Delley): *La décision politique en Suisse - Genèse et mise en oeuvre de la législation, Réalités sociales*, Lausanne 1987.

2. Auflage 1988

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1. Die Stimmbeteiligung und Mobilisierung	7
1.1 Beteiligung und Mobilisierung im Überblick	7
1.11 Zur Mobilisierungswirkung der Kampagne	8
1.12 Zur Mobilisierungswirkung der Vorlagen	10
1.2 Die Zusammensetzung der Teilnehmenden	14
1.3 Zu den Folgen der besonderen Mobilisierung	17
2. Der Ausgang der Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik»	18
2.1 Das Profil der beiden Lager	19
2.11 Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen	19
2.12 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen	23
2.13 Die Armeeabschaffung – ein postmoderner Konflikt?	26
2.2 Die Lagerbildung als Prozess	29
2.21 Überlegungen zum Einfluss der Kampagne	29
2.22 Zur Verallgemeinerungsfähigkeit der Erkenntnisse	31
2.3 Die Meinungsbildung	34
2.31 Die Entscheidungsmotive in beiden Lagern	34
2.32 Grundsätzliche Stellungnahmen oder taktische Entscheide?	37
2.33 Unterstützung von Argumenten Pro und Kontra zur Armeeabschaffung	38
2.4 Militärfragen in der direkten Demokratie	45
2.41 Zum sicherheitspolitischen Stellenwert der Armee	45
2.42 Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung der Armee	50
2.43 Radikalisiertes Stimmverhalten bei armeekritischen Vorlagen?	56
3 Der Ausgang der Volksinitiative «Pro Tempo 130/100»	60
3.1 Das Profil der beiden Lager	60
3.11 Analyse nach politischen Merkmalen	60
3.12 Analyse nach gesellschaftlichen Merkmalen	63
3.2 Aspekte der Meinungsbildung	66
3.3 Aussage- und Prognosekraft von Parolen bei Verkehrsabstimmungen	71
3.31 Die Bedeutung des Koalitionstyps	73
3.32 Die Bedeutung der Oppositionstärke	73
4 Methodischer Steckbrief der Untersuchung	81
4.1 Die Forschungsanlage	81
4.11 Zum Konzept der Nachuntersuchung	81
4.12 Zum Konzept der Voruntersuchung	84
4.13 Zur Trendanalyse	85
4.2 Die Stichproben	86
Für die eilige Lektüre: Zusammenfassung der Hauptergebnisse	89

Einleitung

«Überraschung» war das Stichwort am Abend der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 1989. Überraschung, weil beide Volksbegehren, die zur Entscheidung vorlagen, nicht die erwarteten Ergebnisse zeigten:

- Mit 35,6 Prozent lag der Ja-Anteil bei der «Initiative für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» über den Vorhersagen.
- Mit 38,0 Prozent war dagegen der Ausgang der Initiative «Pro Tempo 130/100» unerwartet deutlich negativ.

Diesen Überraschungen mit wissenschaftlichen Mitteln nachzugehen, ist die Absicht der folgenden Analyse: Dabei stellen sich bekannte und neue Fragen:

- *Mobilisierung*: Wer nahm an der Abstimmung vom 26. November 1989 teil? Welche der beiden Vorlagen bewirkte die ausserordentliche Mobilisierung? Welche Folgen auf den Abstimmungsausgang hatte die besondere Beteiligung?
- *Konfliktlinien*: Wie setzten sich das befürwortende und ablehnende Lager zusammen? Welche typischen Konfliktlinien lassen sich unter den Stimmenden erkennen? Welche Bedeutung hatte die Betroffenheit als Armeeingehöriger, als Frau oder als AnhängerIn neuer Werthaltungen?
- *Meinungsbildung*: Welche Motive waren für die Stimmenden entscheidend? Hinter welchen Stimm-Zetteln steckt eine absolute Armeegegnerschaft? Welche lassen sich als Denk-Zettel verstehen? Wie beurteilen die Ja- und Nein-Stimmenden die hauptsächlichen Argumente der Pro- und Nein-Komitees?
- *Kampagnenwirkung versus dauerhafte Trends*: Wie war das Zusammenspiel kurz- und längerfristiger Faktoren? Ist das Ergebnis die Folge der grossen Werbeanstrengungen auf beiden Seiten? Oder waren veränderte Haltungen der Bevölkerung in Armeefragen wichtiger?

Für die Beantwortung dieser Fragestellungen war ein spezieller *Methoden-Mix* nötig:

- *Ereignisanalyse*: Die hauptsächlichen Ergebnisse der vorliegenden VOX-Studie stammen wie üblich aus der Nachanalyse der Abstimmung. Sie basieren auf einer Repräsentativ-Befragung, die in den ersten drei Wochen nach der Abstimmung bei 1000 stimmberechtigten Personen in der ganzen Schweiz mittels standardisierter, persönlicher Interviews realisiert worden ist. Ferner zieht sie die offiziellen Abstimmungsergebnisse mit ein.
- *Trendanalyse*: Die wesentlichen Entwicklungen werden – soweit es um die Einwirkungen der Kampagne geht – durch einen Vergleich mit speziell durchgeführten, ansatzmässig identisch aufgebauten Vorbefragungen im Juli und September 1989 angestrebt.

*Figur E-1:
Die effektiven Abstimmungsresultate nach Kantonen*

Kanton	Abstimmungsverhalten am 26. November 1989 Beteiligung in % der Stimm- berechtigten	GSoA-Initiative		Tempo-Initiative	
		% Nein	% Ja	% Nein	% Ja
CH	68.6	64.4	: 35.6	62.0	: 38.0
ZH	71.6	61.2	: 38.8	67.3	: 32.7
BE	70.9	69.9	: 30.1	67.4	: 32.6
LU	71.8	68.0	: 32.0	68.3	: 31.7
UR	66.2	76.1	: 23.9	75.9	: 24.1
SZ	67.0	68.7	: 31.3	61.3	: 38.7
OW	71.0	74.4	: 25.6	64.4	: 35.6
NW	74.5	71.3	: 28.7	64.1	: 35.9
GL	68.4	70.8	: 29.2	71.1	: 28.9
ZG	78.4	65.5	: 34.5	64.6	: 35.4
FR	67.9	64.2	: 35.8	50.0	: 50.0
SO	76.2	66.3	: 33.7	65.2	: 37.5
BS	65.8	54.9	: 45.1	74.2	: 25.8
BL	71.1	59.4	: 41.6	67.9	: 32.1
SH	82.4	66.4	: 33.6	64.6	: 35.4
AR	71.0	67.2	: 32.8	71.6	: 28.4
AI	70.0	74.1	: 25.9	74.0	: 26.0
SG	71.0	64.2	: 35.8	67.7	: 32.3
GR	65.6	67.3	: 32.7	68.6	: 31.4
AG	66.2	69.3	: 30.7	64.2	: 35.8
TG	72.9	68.8	: 31.2	64.7	: 35.3
TI	63.6	60.6	: 39.4	57.0	: 43.0
VD	63.5	65.1	: 34.9	43.8	: 56.2
VS	63.3	66.0	: 34.0	38.4	: 61.6
NE	66.0	59.4	: 40.6	47.0	: 53.0
GE	60.3	49.6	: 50.4	48.3	: 51.7
JU	70.9	44.5	: 55.5	41.1	: 58.9

Quelle:
Presse vom 27. November 1989

Sie wurden von der GfS auf privater Basis durchgeführt und dem FSP nachträglich zugänglich gemacht. Um den Einfluss der längerfristigen Haltungen zu bestimmen, haben wir aufgrund frei verfügbarer Umfragen, die in den 80er Jahren zur Armee realisiert worden sind, Trendindikatoren gebildet und versucht, ihre Bedeutung für den Abstimmungsausgang abzuschätzen.

Die vorliegende Untersuchung entstand in Zusammenarbeit zwischen dem *GfS-Forschungsinstitut* (Leiter Dr. W. Ebersold) mit dem *Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern* (Leiter Prof. Dr. Wolf Linder). Verfasst wurde der Bericht von Claude Longchamp.

1) Stimmbeteiligung und Mobilisierung

- Wer wurde am 26. November 1989 mobilisiert?
- Wie wirkte die Kampagne auf die Partizipation?
- Welche der beiden Vorlagen trug mehr zur besonderen Beteiligung bei?
- Wie intensiv wurden die Informationsangebote genutzt?
- Wie wirkte sich die speziell hohe Teilnahme auf den Abstimmungsausgang aus?
- Wird die Beteiligung inskünftig wieder höher sein?

1.1 Beteiligung und Mobilisierung im Überblick

Eine bessere Bestätigung hätte unsere Vorstellung über die *gegenwärtige Entwicklung der BürgerInnen-Beteiligung* in der direkten Demokratie nicht finden können: Am 26. November gingen mit 68,6 Prozent für schweizerische Verhältnisse ausserordentlich viele Stimmberechtigte an die Urne; bloss fünf Monate zuvor, beim Volksentscheid zur Kleinbauern-Initiative, waren es mit 36,0 Prozent nur etwas mehr als die Hälfte hiervon gewesen.

Dies zeigt, dass die Stimmbeteiligung nicht mehr von Entscheid zu Entscheid sinkt; auch ist die Annahme eines längerfristig negativen Trends überholt. Richtig ist hingegen, dass die Beteiligung an einem nationalen Urnengang nurmehr schwer vorhersehbar ist, weil sie zwischen knapp 30 und gut 70 Prozent in Abhängigkeit der Themen und der Auseinandersetzung während der Kampagne schwankt.

Die *Erklärung* für diese Entwicklung lautet: Das vor allem in den 70er Jahren beobachtete Sinken der Beteiligung führte auf der individuellen Ebene nicht zu zwei unterschiedlichen Verhaltensmustern wie die «typischen Urnengänger» bzw. «politisch Abstinenten». Vielmehr bildete sich mit der Erosion des regelmässigen Urnengangs ein dritter BürgerInnen-Typ heraus: Die *gelegentlich Teilnehmenden* entscheiden über ihre Teilnahme von Fall zu Fall; sie machen ihren Gang zur Urne von der Bedeutung des Themas und ihrem speziellen Interesse an wenigstens einer Vorlage abhängig.

Empirische Untersuchungen zu diesem neuen Verhaltenstyp bei Abstimmungen zeigen eine Verbreitung bei rund der Hälfte der Stimmberechtigten; wir kennen

- zirka 30 Prozent, die praktisch in jedem Fall stimmen gehen;
- gut 20 Prozent, die eigentlich nie ihre Meinung an der Urne ausdrücken und
- knapp 50 Prozent, die zu den gelegentlich Teilnehmenden gehören.

Bei allen Parteien sowie in den meisten politikrelevanten Organisationen sind die gelegentlich Teilnehmenden bedeutsam geworden. Am stärksten vertreten sind sie bei jüngeren, sozial tiefer gestellten und gesellschaftlich wenig integrierten Personen. Zudem bestehen regionale Unterschiede; vor allem in der französischen Schweiz, insgesamt aber auch in den städtischen Agglomerationen ist die Entwicklung hin zum gelegentlichen Urnengang ausgeprägter.

Für die Analyse einer bestimmten Abstimmung ist eine *differenziertere Betrachtungsweise* hilfreich: Die gelegentlichen UrnengängerInnen lassen sich ihrerseits unterteilen in «häufig Teilnehmende» (die bloss aus Gründen wie Ortsabwesenheit, Krankheit oder sonstiger Verhinderung bei Abstimmungen fehlen), den eigentlich «selektiv Partizipierenden» und den «seltenen TeilnehmerInnen»¹. Am 26. November fühlten sich nicht nur die beiden ersten Typen angesprochen; gerade die selten Teilnehmenden wurden durch die jüngsten Vorlagen mobilisiert. So zeigt die Nachanalyse eine Beteiligung von

- 54 Prozent bei den selten Teilnehmenden,
- 65 Prozent bei den UrnengängerInnen, die von Fall zu Fall gehen, und
- 85 Prozent bei den häufig Teilnehmenden.

Bei der Volksabstimmung vom 4. Dezember 1988, an der sich ebenfalls mehr als 50 Prozent beteiligten, ermittelten wir Vergleichswerte von nur 18, 36 und 60 Prozenten.

1.11 Zur Mobilisierung der Kampagne

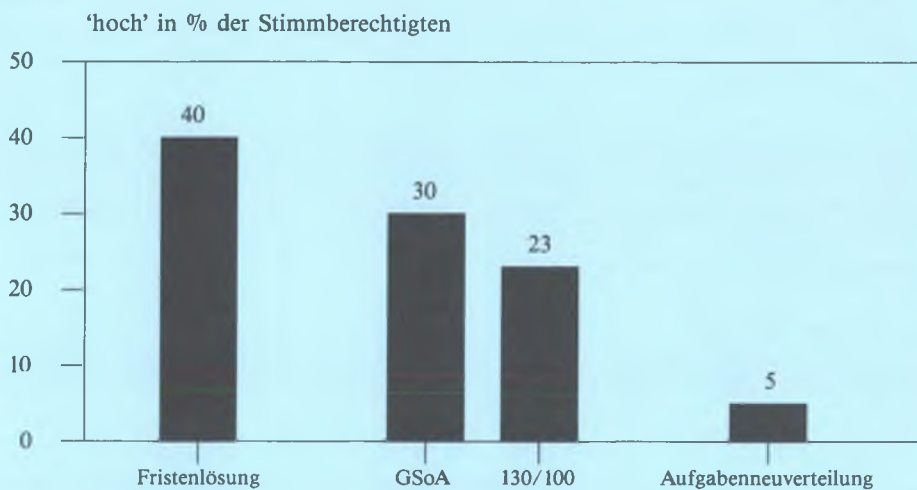
Die Kombination vergleichbarer Vor- und Nachuntersuchungen erlaubt erstmals, die Mobilisierungswirkung der Kampagne abzuschätzen. Wir können idealtypisch zwei Prozesse unterscheiden:

- *Informationsvermittlung*: Die politische Public Relation geht häufig von der weitgehenden Unbekanntheit der Abstimmungsgegenstände aus. Deshalb bedarf es der Verbreitung von Informationen; Kampagnen machen Vorlagen überhaupt erst bekannt. Die Information in den Medien schafft eine zunehmende Vertrautheit mit den Abstimmungsgegenständen. Daraus entwickelt sich eine mehr oder weniger konsistente Meinung bei einer steigenden Zahl von BürgerInnen, die als stabile Haltung an der Urne ausgedrückt wird.
- *Mobilisierung*: Die andere Auffassung geht von der bereits anfänglich vollständigen Bekanntheit der Abstimmungsgegenstände aus. Wird nur ein Stichwort gegeben, ist der Inhalt der Vorlage eindeutig bekannt, und sind die Meinungen sofort gemacht. Der Kampagne kommt hier nur noch die Aufgabe zu, umfänglich informierte und entschiedene BürgerInnen zum Urnengang zu bewegen. Eigentlich nur die mangelnde Spannung über den Ausgang führt zu Abwesenheit bei Personen ohne feste Teilnahmeabsicht.

Wenigstens die *Armee-Vorlage* gehört offensichtlich zum zweiten Typ. 74 Prozent der Befragten bekundeten schon im Juli 1989, sich zu dieser Frage äussern zu wollen. Schliesslich waren es 69 von 100. Wie breit der Teilnahmewille² anfänglich vorhanden war, zeigen

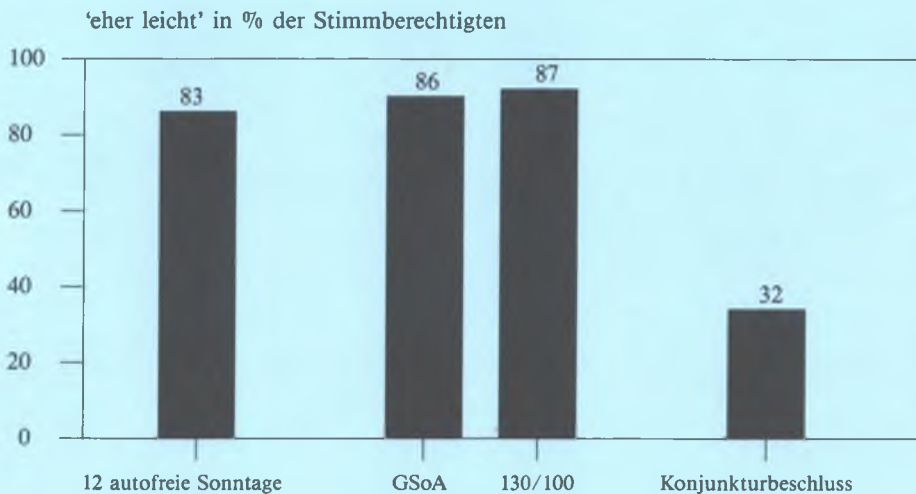
- 1 Die Interview-Vorgabe lautete: «Nehmen wir an, im Laufe eines Jahres würden 10 Abstimmungen und Wahlen stattfinden. An wievielen von diesen 10 Abstimmungen und Wahlen nehmen Sie normalerweise teil? Wie oft gehen Sie an die Urne?» Antwortmöglichkeiten: 0 bis 10 × sowie keine Angabe. Als regelmässig Teilnehmende werden bezeichnet: 10 von 10 ×; als häufig Teilnehmende: 9-7 von 10 ×; als UrnengängerInnen von Fall zu Fall: 6-4 von 10 × und als selten Teilnehmende: 3-1 von 10 ×.
- 2 Die Interview-Vorgabe lautete: «Werden Sie bei der Abstimmung über die Armeeabschaffung wahrscheinlich an die Urne gehen und abstimmen, oder ist dies eher unwahrscheinlich?» Die Antwortmöglichkeiten waren: ja, werde an die Urne gehen; nein, werde nicht gehen sowie keine Angabe.

Figur 1-1:
Subjektive Betroffenheit als positiver Mobilisierungsfaktor



Höchste, aktuelle und tiefste subjektive Betroffenheit seit 1977

Figur 1-2:
Subjektive Entscheidungsschwierigkeiten als negativer Mobilisierungsfaktor



Höchste, aktuelle und tiefste subjektive Entscheidungsschwierigkeiten seit 1977

die Antworten der BürgerInnen, die sich selbst als konstant Abwesende einstufen : Im Sommer 89 dachte hier ein Viertel über eine Teilnahme nach ; die allermeisten von ihnen liessen es schliesslich bleiben. Dies gilt jedoch nicht für die gelegentlichen UrnengängerInnen : Zwischen 91 («häufig») und 68 Prozent («selten») hatten hier im Juli 1989 eine Teilnahmeabsicht ; wie wir gesehen haben, setzten zwischen 85 («häufig») und 54 («selten») Prozent diese auch in die Tat um.

Auch eine nach dem Urnengang gestellte Rückerinnerungsfrage zum Zeitpunkt des Teilnahmeentscheides bestätigt die frühe Meinungsbildung. Nur 14 Prozent der Simmberechtigten und 11 Prozent der UrnengängerInnen fällten den Teilnahmeentscheid während der Hauptphase der Kampagne ; 17 (bzw. 18%) entschieden sich in den Wochen vorher ; für 61 bzw. 69 Prozent stand dies schon immer fest³.

Wenn sich schliesslich nicht alle Teilnahmewilligen an die Urne begaben, kann dies auf zwei Gründe zurückgeführt werden : *Gegenwärtige Verhinderung und Sicherheit über den Ausgang der Abstimmung*. Wenigstens bei der Armee gingen schon im Juli 8 von 10 Befragten von einer Ablehnung der GSoA-Initiative aus ; im September waren es sogar 85 Prozent⁴. Solche Verhältnisse sind ausserordentlich krass ; schon die verbreitete Meinung und zunehmend klare Ausrichtung sind Hinweise dafür, dass eine grössere *Ungewissheit* über den Ausgang nicht bestand. Aufrechterhalten blieb sie alleine durch die wiederholten politischen Spekulationen, wie hoch der Nein- bzw. Ja-Anteil schliesslich sein würde bzw. welche Ablehnungs- oder Zustimmungsraten welche Konsequenzen zur Folge haben würden.

1.12 Zur Mobilisierungswirkung der Vorlagen

Da erst spät beschlossen wurde, die Tempo-Initiative gleichzeitig mit der Armeeabschaffung zur Abstimmung zu bringen, können wir den Kombinationseffekt bei der Mobilisierung empirisch nicht überprüfen. Immerhin kennen wir aus den Nachanalysen zwei bewährte Indikatoren, um die Mobilisierungswirkung von Einzelvorlagen abzuschätzen :

- Günstig für eine zusätzliche Mobilisierung ist die *Betroffenheit* ; dabei wirkt weniger die objektive, vielmehr jedoch die subjektive Seite. Wer sich durch eine Vorlage angesprochen fühlt, ist interessiert und nimmt am Urnengang teil.
- Ungünstig sind hingegen Schwierigkeiten, sich aufgrund der verfügbaren Informationen eine *eigene Meinung zu bilden*. Auch hier geht es nicht nur um die tatsächlichen Probleme, sondern um das Gefühl, hinreichend informiert und entschieden zu sein.

- 3 Die Interview-Vorgabe lautete : «Wann ungefähr vor der Abstimmung haben Sie sich entschieden, ob Sie stimmen gehen wollen oder nicht ? War das unmittelbar vor dem Urnengang, wenige Tage vorher, ein/zwei Wochen vorher, mehrere Wochen vorher, oder war das schon immer klar ?» Ferner bestanden als Antwortmöglichkeiten : weiss es nicht (mehr) / kann sich nicht entscheiden und 'keine Angabe'.
- 4 Die Interview-Vorgabe lautete : «Wenn die Abstimmung über die Armeeabschaffung am nächsten Wochenende wäre ... welches Ergebnis vermuten Sie dann : eher mehr ja, also Annahme, eher mehr nein, also Ablehnung, oder etwa gleich viele Ja wie Nein ?» Als Antwortmöglichkeit bestand ferner 'keine Angabe'.

Ausserordentlich sind die Ergebnisse zur Leichtigkeit des Entscheides (vgl. *Figuren 1-1 und 1-2*): 87 bzw. 86 Prozent der Stimmberechtigten fühlten sich bei der Tempo-Vorlage bzw. der Armeeabschaffung nicht überfordert; im Überblick über die knapp 100 Abstimmungen seit 1977 erwies sich bis jetzt die Vorlage zu den «12 autofreien Sonntagen» am leichtesten; 83 Prozent sagten damals, keine Entscheidungsprobleme gehabt zu haben⁵: Die aktuellen Messwerte für beide Abstimmungen liegen nun noch höher; *beide Vorlagen* zählten für die Stimmberechtigten zu den *einfachsten überhaupt*.

Auch objektiv zeigen sich sehr gute *Vorlagenkenntnisse* für Tempo 130/100 und die GSöA-Initiative. Die sehr einfachen Wissensfragen beantworteten die Interviewten so gut wie kaum zuvor^{5a}. Sowohl die Themen des Urnengangs als auch die Position der Behörden und die hauptsächlichsten Ergebnisse waren praktisch allen TeilnehmerInnen, aber auch den Abwesenden bekannt. Interessant ist auch die Wahrnehmung der zentralen Vorlageninhalte (vgl. *Figur 1-3*):

Figur 1-3:
Kenntnisse der Vorlagen am Schluss der Kampagne

Kenntnisse / Wahrnehmungsweisen	GSöA-Initiative		Tempo 130/100	
	Stimme-	Teilneh-	Stimme-	Teilneh-
	rech-	rech-	rech-	rech-
	tigte	tigte	tigte	tigte
	(Angaben in %)			
Kenntnis Abstimmungsvorlage ^a	97	97	96	96
Kenntnis Abstimmungsergebnis ^b	98	99	96	97
Kenntnis eines zutreffenden Inhalts ^c	89	89	61	63
- nur Armeeabschaffung	75	74	—	—
- Armeeabschaffung / Friedenspolitik	10	11	—	—
- nur Friedenspolitik	4	5	—	—
- Tempo 130/100	—	—	45	47
- Tempo 130 auf Autobahnen	—	—	6	6
- Tempo 100 ausserorts	—	—	10	35
Kenntnis der Behörden-Empfehlung ^d	90	92	84	87

a) Die Interview-Vorgabe lautete: «Am 26. November 1989, also am letzten / vorletzten Wochenende, waren eidgenössische Abstimmungen. Über was, über welche Themen wurde abgestimmt, würden Sie mir diese bitte nennen?» Keine Antwortvorgaben.

b) Die Interview-Vorgabe lautete: «Wie waren eigentlich die Abstimmungsergebnisse? Was wurde angenommen, was abgelehnt?» Antworten separat für beide Vorlagen.

c) Die Interview-Vorgabe lautete: «Es wurde über die GSöA-Initiative und über eine Tempo-Initiative abgestimmt. Können Sie mir kurz beschreiben, was verlangt wurde?» Keine Antwortvorgaben; Antworten separat für beide Vorlagen.

d) Die Interview-Vorgabe lautete: «Welches waren die Empfehlungen von Bundesrat und Parlament, wo wurde Annahme, wo Ablehnung empfohlen?» Antworten separat für beide Vorlagen.

5 Die Interview-Vorgabe lautete: «Sprechen wir jetzt einmal von der Information, also der Aufklärung vor den eidgenössischen Abstimmungen. Ist es Ihnen 'eher leicht' oder 'eher schwer' gewesen, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild von den persönlichen Auswirkungen zu machen?» Die Antwort wurde je Vorlage separat erfasst.

5a Vgl. E. Gruner, H.P. Hertz: *Der Stimmbürger und die 'neue' Politik* (= Publikationen des SNF, Nr. 17), Bern und Stuttgart 1983.

- Auf eine offen formulierte Frage, was die *GSoA-Initiative* beinhalte, gaben 3 von 4 Befragten die spontane Antwort «Armeeabschaffung»; nur den zweiten Teil der Initiative, die «umfassende Friedenspolitik», nannten gerade 4 Prozent; jedem zehnten Befragten waren beide Aspekte gleichzeitig geläufig. Daraus folgt, dass der erste Teil des Volksbegehrens den Teilnehmenden präsenter war und er sie auch stärker beschäftigt hatte.
- Bei der *Tempo-Initiative* gaben knapp die Hälfte die zutreffende Antwort («130/100»). Falsche Nennung zum Inhalt waren sehr selten; dagegen betonten einzelne bloss den Aspekt der 130er Limite auf Autobahnen bzw. der 100er Beschränkung auf Überlandstrassen. Wie stark die Emotionen dieser Vorlage wirkten, zeigt sich bei jenem Drittel der Befragten, die sofort Argumente für oder gegen die Vorlage nannten.

Die objektive Betroffenheit war bei der *Tempo-Vorlage* höher: Über 3 Mio. AutofahrerInnen haben sich täglich an die Limiten auf Autobahnen und Überlandstrassen zu halten. Dennoch blieb der Wert für die subjektive Betroffenheit durch die Initiative «Pro Tempo 130/100» im Mittelfeld: 23 Prozent «hohe» Betroffenheit ist ein durchschnittliches Ergebnis. Bemerkenswert ist dagegen das bekundete Interesse an der *GSoA-Initiative*: Objektiv betrachtet waren hier deutlich weniger BürgerInnen direkt angesprochen. Die 13 Mio. jährlichen Dienstage werden von rund 440 000 Angehörigen geleistet; zudem verteilen sie sich (ohne Einbezug des emotionalen Rückhalts) alters- und geschlechtsmässig einseitig auf die 20- bis 50jährigen Männer. Dennoch ergab sich mit 30 Prozent in hohem Masse Betroffene (oder 1,2 Mio. Menschen) einen deutlich höheren Wert. Im Zeitvergleich liegt er sogar nahe bei der Spitzengruppe: 40 Prozent hohe subjektive Betroffenheit bei der Fristenlösungsinitiative ist der höchste je registrierte Anteil; 5 Prozent bei der Aufgabenneuverteilung im Primarschulwesen war der tiefste⁶. Die Erklärung hierfür sehen wir in der unterschiedlichen Bedeutung der Vorlagen: vor allem das Volksbegehren für die Armeeabschaffung galt als *staatspolitischer bzw. zukunftssträchtiger Grundsatzentscheid*.

Endlich war auch die Nutzung der Informationsmöglichkeiten medialer und persönlicher Art besonders:

- *Mediennutzung*: Alle erfassten Informationsmedien wurden im Vorfeld der Abstimmung überdurchschnittlich konsultiert. Die Werte liegen hier deutlich höher als bei der Abstimmung vom 4. Dezember 1988. Geblieben ist hingegen die Reihenfolge: Fernsehen (77%), Zeitungen (71%) und Radio (62%) sind an der Spitze. Fast jede(r) Zweite (47%) schlug auch im «Bundesbüechli» nach. Und auch die Insterate, Drucksachen und Plakate erfreuten sich einer Aufmerksamkeit, die über den bisherigen Erfahrungs-

6 Die Interview-Vorgabe lautete: «Wenn wir einmal von den Auswirkungen sprechen ... wie gross sind letztlich die Auswirkungen eines Ja oder Nein auf Ihre Person? Sagen Sie es mir bitte mit Hilfe dieser Skala mit Noten von 10 bis 1. 10 bedeutet, 'sehr grosse / starke Auswirkungen', 1 bedeutet 'sehr kleine / schwache Auswirkungen'. Was meinen Sie?» Die Antwortmöglichkeiten waren: Armeeabschaffungsinitiative und Tempo 130/100. Nachträglich wurden alle Werte von 8 bis 10 als «hohe Betroffenheit», alle Angaben von 1 bis 3 als «tiefe Betroffenheit» bewertet.

Figur 1-4:

Die Stimmbeteiligung am 26. November 1989 nach politischen Merkmalen

Merkmalgruppen / Kategorien	Abweichung zur durchschnittl. Beteiligung in Prozentpunkten	Verallgemeinerungsfähigkeit ^a	Stärke des Zusammenhangs ^b
• Parteibindung :		0.00	0.38
. SVP	+ 11		
. LPS	+ 10		
. FDP	+ 10		
. CVP	+ 9		
. LdU / EVP	+ 15		
. GPS	+ 4		
. SPS	+ 5		
. POCH / PdA	+ 9		
- Parteieungebundene total	-7		
• Mitgliedschaften:			
- Politische Partei	+ 13	0.00	0.36
- Umweltorganisationen	+ 8	0.01	0.21
- Angestelltenverbände	+ 9	0.01	(0.18)
- Berufsverbände	+ 11	0.00	0.22
- Gewerkschaften	+ 9	0.00	(0.19)
- BürgerInneninitiativen	+ 10	0.01	0.21
- Militärvereinigungen	+ 19	0.00	0.28
- ACS	+ 5	(0.44)	(0.06)
- TCS	+ 4	0.01	(0.13)
- VCS	+ 16	(0.12)	(0.19)
• AnhängerInnen neuer sozialer Bewegungen:			
- Umweltbewegung	+ 5	0.00	0.20
- Friedensbewegung	+ 3	(0.16)	(0.12)
- Frauenbewegung	+ 10	0.00	0.23
• Militärischer Grad (nur Männer):		(0.98)	(0.02)
- Nicht dienstpflichtig	- 5		
- HD	+ 8		
- Soldaten	+ 10		
- Unteroffiziere	+ 9		
- Offiziere	+ 9		
• Politisches Interesse:		0.00	0.53
- hoch			
- mittel	- 1		
- tief	-28		
Total (effektiv)	69 %		

a) Bei der Verallgemeinerungsfähigkeit handelt es sich um den Chi-Quadrat-Test. Dieser gibt an, mit welcher Sicherheit der in der Untersuchung gefundene Zusammenhang auch in der Realität gilt. Je näher der Wert bei Null liegt, desto grösser ist die Sicherheit bzw. desto kleiner ist Irrtumswahrscheinlichkeit. Üblicherweise wird ein Sicherheitsniveau von 95% bzw. ein Tabellenwert unter 0.05 verlangt.

b) Beim Stärkemass handelt es sich um Korrelationskoeffizienten. Sie geben an, wie stark die statistische Übereinstimmung zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variable ist. Je näher der Koeffizient bei Null liegt, desto kleiner ist die Übereinstimmung. Werte unter 0.20 werden nicht mehr weiter betrachtet. Bei nominalskalierten Variablen (z.B. Parteibindung) handelt es sich um den Koeffizienten Cramers V, bei ordinalskalierten Variablen (z.B. politisches Interesse) um den Koeffizienten Gamma.

werten liegt. 8 Prozent schliesslich nutzten Feste oder gesellige Anlässe, um sich auf dem Laufenden zu halten⁷.

- **Diskussionshäufigkeit:** Auch die Diskussionen waren diesmal zahlreich. Nur 37 Prozent sprachen mit überhaupt niemandem über die kommende Abstimmung, – für Abstimmungen ein tiefer Wert. Für Diskussionen bedeutsam war vor allem die Familie (57%); es folgten Freunde (41%), KollegInnen am Arbeitsplatz (27%) und Gespräche in Vereinen (9%)⁸.

Das *Fazit* zur Mobilisierungswirkung der Vorlagen lautet: Beide Vorlagen waren einfach zu verstehen; die klare Aussage der Inhalte im Titel mag hier nachgeholfen haben. Bei der Armeevorlage überwog der Abschaffungsaspekt gegenüber dem Friedensaspekt. Die besonderen Werte erklären sich vor allem durch den starken Alltagsbezug, der verhaltens- und gefühlsmässige Aspekte betraf.

1.2 Die Zusammensetzung der Teilnehmenden

Wie sieht das *Profil* der mobilisierten Bürgerschaft aus? Das wichtigste Ergebnis ist hier: Die bei normaler oder tieferer Beteiligung mit grosser Regelmässigkeit wiederkehrenden *Repräsentationsdefizite verringerten sich insgesamt*; nur Gruppen, die fast völlig apolitisch, unorganisiert und gesellschaftlich schlecht integriert sind (vgl. *Figur 1-4*), blieben am 26. November der Urne fern⁹. Doch zuerst zu den *politischen Merkmalen*:

- **Parteibindungen:** Praktisch allen Parteien gelang es, ihre Anhängerschaft sehr gut für den Urnengang zu motivieren. Bei der SVP können wir von einer Teilnahme von 80 Prozent der SympathisantInnen ausgehen. Aber auch bei den anderen grossen Parteien betrug der Mobilisierungsgrad 76 bis 79 Prozent. Der Vergleich mit den Nationalratswahlen, wo die Parteien am direktesten gefordert sind, verweist am besten auf die Besonderheit dieses Mobilisierungsfalles: Wir können bei eigentlich allen Regierungsparteien eine bessere parteiinterne Mobilisierung als 1987 annehmen. Die Parteunge-

7 Die Interview-Vorgabe lautete: «Wie haben Sie sich während des Abstimmungskampfes zur Armeeabschaffung und dem Tempo 130/100 orientiert. Durch welche Medien haben Sie die Standpunkte Pro und Contra vernommen? Nennen Sie mir bitte alle Möglichkeiten, die bei den letzten Vorlagen zutreffen.» Antwortmöglichkeiten waren: Artikel / Redaktionsbeiträge in Zeitungen, Sendungen am Radio, Sendungen am Fernsehen, Prospekte / Flugblätter / Drucksachen, Inserate in Zeitungen und Zeitschriften, Strassenplakate, Bundesbüchli / amtliche Mitteilungen, Feste / geselliger Anlass eines Komitees.

8 Die Interview-Vorgabe lautete: «Haben Sie die Entscheide alleine gefällt, oder haben Sie, bevor Sie sich definitiv entschieden haben, was Sie stimmen wollen, mit anderen Personen darüber diskutiert?» Nennen Sie mir anhand dieser Karte alle Personen, mit denen Sie gesprochen haben.» Antwortmöglichkeiten waren: mit niemandem / habe meine eigene Meinung, in der Familie / mit meinem Wohnpartner / meiner Wohnpartnerin, mit Freunden / Freundinnen oder Bekannten, in Vereinen / Clubs, in denen ich Mitglied bin; ferner weiss nicht und keine Angabe. Die Antworten wurden für beide Vorlagen separat erhoben.

9 Die Interview-Vorgabe lautete: «Bei solchen Abstimmungen gehen viele Bürger und Bürgerinnen nicht an die Urne. Man hat eben auch andere Verpflichtungen. War es Ihnen möglich, an der letzten eidgenössischen Abstimmung teilzunehmen?» Als Antwort war ferner möglich: keine Angabe.

Figur 1-5:

Die Stimmbeteiligung am 26. November 1989 nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmalgruppen / Kategorien	Abweichung zur durchschnittl. Beteiligung in Prozentpunkten	Verallgemeinerungsfähigkeit ^a	Stärke des Zusammenhangs ^b
Merkmale der Individuen:			
• Geschlecht		0.00	0.31
- Männer	+ 5		
- Frauen	- 5		
• Alter		0.00	(0.15)
- 20-29jährige	- 9		
- 30-39jährige	+ 2		
- 40-49jährige	+ 6		
- 50-59jährige	+ 1		
- 60-69jährige	+ 1		
- 70jährige und älter	+ 0		
• Schulbildung		0.00	0.32
- Obligatorische Schulen	- 8		
- Berufsschule u. ähnliches	- 2		
- Gymnasium, Universität	+ 9		
• Berufliche Stellung		0.00	(0.07)
- Erwerbstätige total	+ 2	(0.96)	(0.05)
. Selbständige und Angest.			
. BeamtInnen in leit. Stlg.	+ 2		
. Landwirte	+ 1		
. Angestellte u. BeamtInnen in mittlerer Stellung	+ 2		
. Übrige Angestellte u. Beamt.	- 1		
. ArbeiterInnen	- 3		
- Nicht-Erwerbstätige total	- 2	(0.99)	(0.00)
. in Ausbildung	- 2		
. im Haushalt tätig	- 1		
. in Pension	- 2		
Merkmale des Haushaltes:			
• Haushaltsstruktur		0.02	(0.10)
- Einpersonenhaushalt	- 8		
- Mehrpers.-haush. o. Kinder	+ 2		
- Mehrpers.-haush. m. Kinder	+ 2		
• Zivilstand		0.00	(0.13)
- ledig	- 7		
- verheiratet	+ 4		
- geschieden / verwitwet	- 6		

Fortsetzung siehe nächste Seite

Figur 1-5:

Fortsetzung vorangehender Seite

Merkmalgruppen / Kategorien	Abweichung zur durchschnittl. Beteiligung in Prozentpunkten	Verallgemeinerungsfähigkeit ^a	Stärke des Zusammenhangs ^b
Merkmale des Haushalts			
• Eigentumsverhältnisse		0.00	0.30
– Hauseigentum			
– Miete / Pacht	- 3		
• Ansässigkeit		0.04	(0.19)
– weniger als 5 J. am Ort	- 5		
– mehr als 5 J. am Ort			
Merkmale der Region:			
• Sprachzugehörigkeit		(0.31)	(0.05)
– Deutsche Schweiz			
– Französische Schweiz	- 2		
– Italienische Schweiz	- 3		
• Siedlungsart		(0.31)	(0.09)
– Grossstädt. Agglomeration			
– Mittel-/kleinstädt. Agglom.	+ 0		
– Landgemeinden	- 1		
Total (effektiv)	69 %		

- a) Bei der Verallgemeinerungsfähigkeit handelt es sich um den Chi-Quadrat-Test. Dieser gibt an, mit welcher Sicherheit der in der Untersuchung gefundene Zusammenhang auch in der Realität gilt. Je näher der Wert bei Null liegt, desto grösser ist die Sicherheit bzw. desto kleiner ist Irrtumswahrscheinlichkeit. Üblicherweise wird ein Sicherheitsniveau von 95% bzw. ein Tabellenwert unter 0.05 verlangt.
- b) Beim Stärkemass handelt es sich um Korrelationskoeffizienten. Sie geben an, wie stark die statistische Übereinstimmung zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variable ist. Je näher der Koeffizient bei Null liegt, desto kleiner ist die Übereinstimmung. Werte unter 0.20 werden nicht mehr weiter betrachtet. Bei nominalskalierten Variablen (z.B. Beruf) handelt es sich um den Koeffizienten Cramers V, bei ordinalskalierten Variablen (Alter) um den Koeffizienten Gamma.

bundenen blieben diesmal 7 Prozent unter dem Schnitt ; anders ausgedrückt heisst dies, dass mehr als 3 von 5 aus dieser Gruppe teilnahmen.

- **Mitgliedschaften:** Ähnlich fällt das Fazit bei den Mitgliedschaften in politikrelevanten Organisationen aus. Am höchsten war der Mobilisierungsgrad bei den am meisten angegriffenen, aber auch gut strukturierten Militärorganisationen (wie die Offiziersgesellschaften oder die freiwilligen Armeegruppierungen). Umgekehrt beteiligten sich die AnhängerInnen der Friedensbewegung nur unwesentlich mehr als das Mittel. Die Tempo-Initiative mobilisierte die Mitgliedschaft des kleinsten, homogensten und am meisten herausgeforderten Clubs, dem VCS, am besten.

Der Ausgleichseffekt durch die hohe Mobilisierung verringerte auch die Unterschiede nach *gesellschaftlichen Merkmalen* (vgl. Figur 1-5): Wiederkehrend sind deutlich tiefere Beteiligungen bei BürgerInnen jüngerer Alters, tiefer Bildung oder beruflicher Position und

bei geringer gesellschaftlicher Integration¹⁰. Kaum eine dieser Differenzierungen blieb beim letzten Urnengang erhalten: Noch am ehesten erwähnenswert sind die Mobilisierungsunterschiede entlang des Bildungsgrades. AbsolventInnen einer höheren Schule nahmen mit 77 Prozent am geschlossensten teil; wer die Ausbildungszeit mit der obligatorischen Schule abgeschlossen hat, war zu 60 Prozent vertreten. Der Integrationsaspekt macht sich noch schwach bei der Ortsansässigkeit oder der Haushaltsstruktur sichtbar. Allein-stehende BürgerInnen, sowie jene ohne feste Verankerung am Wohnort blieben etwas häufiger zu Hause.

Die geringen *regionalen Unterschiede* gingen schon aus den kantonalen Ergebnissen hervor; die Beteiligung variierte hier zwischen 82,4 Prozent in Schaffhausen und 60,3 Prozent in Genf. Verallgemeinernd lässt sich noch beifügen, dass am 26. November insgesamt kaum mehr DeutschschweizerInnen denn Welsche teilnahmen und die Differenzen zwischen städtischen und ländlichen Regionen vergleichsweise klein blieben.

1.3 Zu den Folgen der besonderen Mobilisierung

Betrachten wir zum Schluss noch die *Folgen* des besonderen Mobilisierungsfalles. Praktisch gesehen ist zuerst von Belang, ob die dauerhaft und momentan Mobilisierten anders gestimmt haben. Die Antwort lautet: *Ja, allerdings nicht in abstimmungsentscheidendem Masse*; auch die gelegentliche Urnengängerschaft verwarf die beiden Volksbegehren. Bei der Armeevorlage ermittelten wir jedoch eine Differenz von 12 Prozent Prozentpunkten: Die zusätzlich Bewegten stimmten nur zu 56 Prozent für die Beibehaltung des Militärs; bei den fleissigsten UrnengängerInnen waren es immerhin 70 Prozent. Bei der Tempovorlage betrug die Differenz 8 Prozentpunkte zugunsten des Ja. Nur bei den ganz seltenen TeilnehmerInnen ergab sich mit 48 Prozent ein klar abweichender Ja-Anteil.

Figur 1-6:
Stimmverhalten bei beiden Vorlagen nach Verhaltenstypen

Verhaltenstyp	GSoA-Initiative (Ja in %)	Tempo 130/100
Regelmässig Teilnehmende Total	29	35
Gelegentlich Teilnehmende Total	41	43
- häufig	38	34
- von Fall zu Fall	43	44
- selten	42	48
Total	36	38

10 Vgl. E. Gruner, H.P. Hertzog: Der Stimmbürger und die 'neue' Politik (= Publikationen des SNF, Nr. 17), Bern und Stuttgart 1983

2) Der Ausgang der Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik»

- *Wie stimmten die Anhängerschaften der verschiedenen Parteien und Organisationen?*
- *War das Alter entscheidend? Oder war es die Betroffenheit als Soldat? Oder drückt sich im Ja-Anteil ein tieferliegender Wertwandel aus?*
- *Was waren die hauptsächlichen Motive der Befürworter- und GegnerInnen?*
- *Wie hoch war der Anteil Denk-Zettel-Stimmen?*
- *Wie wurden die Argumente Pro und Kontra beurteilt?*
- *Welchen Einfluss hatte die Kampagne?*
- *Ja oder Nein: Welchen sicherheitspolitischen Stellenwert hat das Militär?*
- *Wichtig oder unwichtig: Welche gesellschaftspolitische Bedeutung kommt der Armee zu?*
- *Wo hat sich in den 80er Jahren die Armeekritik radikalisiert?*

Ausgehend von der Annahme, die Bevölkerung stehe «wie ein Mann» hinter der Armee, erwarteten die Behörden, Politiker, professionelle Meinungsorakler und wohl auch weite Teile der Bevölkerung eine haushohe Verwerfung des Volksbegehrens «Für die Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik». Innenpolitisch genüge eine Mehrheit von 51 Prozent, argumentierte der Bundesrat nach der Abstimmung; in bezug auf die Aussenpolitik galt jedoch: je weniger Ja-Stimmen, desto besser für die Armee; ein Drittel Ja-Stimmen wurde als «Schmerzgrenze» angesehen, bei der Reformen einsetzen müssten.

Entsprechend *überrascht, verunsichert oder erfreut* zeigte sich die Schweiz am Abend des 26. November 1989: In der «Jahrhundert-Abstimmung» hatten 64,4 Prozent die «radikalste Forderung seit Bestehen des Bundesstaates» abgelehnt; 35,6 Prozent hatten dem «nach dem Fall der Berliner Mauer zweitwichtigsten europäischen Ereignis des Jahres» zugestimmt. Zwei der 23 Ständesstimmen gingen an die InitiantInnen; die übrigen stellten sich hinter die Behörden.

Worum ging es? Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» verlangte dreierlei:

- die Abschaffung der Schweizer Armee;
- ein Verbot für Staat und Private, militärische Streitkräfte auszubilden oder zu halten und
- eine umfassende Friedenspolitik zur Stärkung der Selbstbestimmung des Volkes und der Solidarität unter den Völkern.

Die Behörden lehnten die Initiative ab, «weil die Abschaffung der Armee nicht nur geschichtliche Erfahrungen missachten würde, sondern für unser Land schwerwiegende Folgen hätte. In lebenswichtigen Bereichen würde unser Staat unverantwortlich geschwächt. Er könnte auch die Verpflichtung aus der bewaffneten Neutralität nicht mehr

erfüllen. Frieden und Freiheit müssen sowohl mit einer leistungsfähigen Armee als auch mit einer aktiven Friedenspolitik gesichert werden. Es ist verfehlt, diese beiden sich ergänzenden Garanten unserer Sicherheitspolitik gegeneinander auszuspielen.»

Die InitiantInnen, die sich als neue soziale Bewegung verstanden und sich in der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) organisiert hatten, machten demgegenüber geltend :

- Ein Krieg in Europa wäre total und nicht zu überleben ;
- Die Armee zerstöre die Staatsziele – Friede, Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit – in Friedenszeiten ;
- Die Schweiz soll ihren eigenen Beitrag zur weltweiten Abrüstung leisten ;
- Die wirklichen Bedrohungen des Landes seien hausgemacht oder globaler Art ; gegen sie sei das Militär machtlos.

2.1 Das Profil der beiden Lager

2.11 Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Im Parlament fiel das Votum eindrücklich aus : 233 der 246 Abgeordneten stimmten für die Armee. Unter den Stimmenden hingegen hätte die *Polarisierung* kaum deutlicher ausfallen können¹¹. Stellen wir auf die politischen Merkmale ab, so ergibt sich in den nachstehenden Gruppierungen jeweils eine weit überdurchschnittliche *Verwerfung* bzw. *Annahme* :

Figur 2-1 :

Politische Kontrastgruppen beim Stimmverhalten zur GSoA-Initiative

Überdurchschnittliches Nein	Überdurchschnittliches Ja
100% extrem rechte Orientierungen	92% POCH/PdA-Anhängerschaft
96% Mitglieder von Militärorganisationen	79% grüne Anhängerschaft
91% SVP-Anhängerschaft	75% extrem linke Orientierungen
91% FDP-Anhängerschaft	64% SPS-Anhängerschaft
84% CVP-Anhängerschaft	64% linke Orientierungen
84% rechte Orientierungen	61% ohne Regierungsvertrauen
80% mit Regierungsvertrauen	57% Sympathie zur Frauenbewegung
	55% Sympathie zur Friedensbewegung

Auf einer abstrakteren Ebene lassen sich die folgenden politischen *Konfliktlinien* bezeichnen : Schon bei der Meinungsbildung unter den *Parteiverantwortlichen*, besonders bei den Stellungnahmen im Parlament und bei der Parolenfassung (vgl. *Figur 2-2*) zuhanden der Anhängerschaften, zeigten sich die folgenden Spannungslinien :

11 Die Interview-Vorgabe lautete : «Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihre Stellungnahme an der Urne zur Initiative zur Abschaffung der Armee?» Die Antwortmöglichkeiten waren «ja», «nein», «leer» sowie «keine Angabe».

- Gegensätze zwischen links und rechts;
- Gegensätze zwischen traditionellen und neuen Werten und
- Gegensätzen zwischen Regierung und Opposition.

Figur 2-2:

Stimmempfehlungen organisierter Akteure zur GSoA-Initiative

Akteure	Nein-Empfehlung	Stimmfreigabe	Ja-Empfehlung
Behörden	Bundesamt Parlament		
Parteien	FDP, CVP, SVP, LdU ^a , EVP, LPS, AP, NA	SPS ^b GPS ^c	POCH, PdA, Grünes Bündnis
Verbände der Wirtschaft	Zentralverband schweiz. Arbeitgeber- organisationen / Vorort / Schweiz. Gewerbeverband / Schweiz. Bauern- verband / Redressement national		
Verbände der ArbeitnehmerInnen	Schweiz. Angestelltenverbände Christlich-nationaler Gewerkschafts- bund ^e	Schweiz. Ge- werkschafts- bund ^d	
Interessengruppen	Schweiz. Offiziergesellschaft diverse Militärorganisationen		Christlicher Friedensdienst OFRA

a) Kantonal: 1 Ja, 3 Stimmfreigaben

b) Kantonal: 2 Ja; PSA Ja

c) Der Parolenbeschluss braucht bei der GPS eine Mehrheit der Delegierten und eine der Kantonalparteien; letzteres wurde nicht erreicht. Deshalb verzichtete die GPS auf die Herausgabe einer Parole landesweit. Kantonal empfahlen 5 Sektionen ein Ja; drei interpretierten die Stimmenthaltung als Stimmfreigabe.

d) Der SGB braucht eine Zweidrittelmehrheit, um stellvertretend für die Branchengewerkschaften eine verbindliche Parole herauszugeben. Die wichtigsten Abweichungen lauten: GBH: Ja, SMUV: Nein

e) Sektionen: 1 Ja.

Insgesamt ergab sich eine Massierung beim Nein. Die Behörden empfahlen es ebenso wie die bürgerlichen Parteien, die kleinen Gruppierungen der Mitte und der äussersten Rechten. Unterstützt wurden sie von den hauptsächlichen Verbänden der Wirtschaft und auch von einzelnen ArbeitnehmerInnen-Organisationen. Selbstredend war das Mittragen der Organisationen der Armee. Wo linke Orientierungen oder neue Werthaltungen mit direkter oder indirekter, effektiver oder beabsichtigter Regierungsverantwortung konfrontiert waren, blieb eine eindeutige Stellungnahme aus: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratische Partei und die Grüne Partei der Schweiz einigten sich auf eine Stimmfreigabe oder verzichteten explizit auf eine Empfehlung. Auf der Seite der InitiantInnen befanden sich schliesslich die Parteien der äussersten Linken, die Grün-Alternativen sowie verschiedene Organisationen der Friedens- und Frauenbewegungen.

Betrachten wir die hauptsächlichen Konfliktlinien unter den *Stimmenden* (vgl. *Figur 2-3*), bestätigt sich vorerst die Bedeutung der Regierungsorientierung. Personen mit bzw. ohne *Regierungsvertrauen* unterscheiden sich in der Frage der Armeeabschaffung erheblich. Der von uns festgestellte statistische Zusammenhang verweist auf eine mittlere Stärke. Bedeutender jedoch war die Bindung an Parteien und politischen Organisationen. *Eine Teilung in ein Ja-, ein Nein- und ein unentschiedenes Lager wie in der politischen Elite ist praktisch nicht mehr ersichtlich:*

- *Parteibindung:* Die Geschlossenheit der Parteien bewegte sich im üblichen Rahmen; bei den bürgerlichen Parteien war die Einheit eher überdurchschnittlich. Bei der SPS ergab sich mit 64 Prozent Ja-Stimmen ein Überhang zugunsten der Armeeabschaffung. Aber auch die neue Wertdimension polarisierte die Meinungen; so ermittelten wir bei den Grünen 79 Prozent Ja-Stimmen. Unter den Parteien wurden sie nur noch von der äussersten Linken übertroffen, die seit jeher armeekritisch eingestellt sind.
- *Mitgliedschaften:* Die klare Position der Offiziersgesellschaften und auch der freiwilligen Militärorganisationen wurde auch von den Mitgliedern weitgehend vertreten. Umgekehrt war die Geschlossenheit in den wenig strukturierten neuen sozialen Bewegungen geringer; immerhin votierte jeweils eine Mehrheit der selbstdeklarierten AnhängerInnen der Frauen- und der Friedensbewegung zugunsten der Armeeabschaffung.

Welches *Fazit* lässt sich ziehen?

- *Keine gravierenden Elite / Basis-Konflikte:* Grössere Divergenzen zwischen den Parteiverantwortlichen und ihrer Basis blieben weitgehend aus; vor allem bei den Parteien, die sich auf die Stimmfreigabe einigten, erwies sich die Haltung der Anhängerschaften schliesslich *akzentuierter zugunsten der Armeeabschaffung*.
- *Polarisierung zwischen den Gruppen:* Die von der GSoA hart gestellte Frage führte in der Mehrzahl nicht zu Spaltungen innerhalb von Gruppierungen, sondern zu einer Konfrontation zwischen AnhängerInnen oder SympathisantInnen verschiedener Organisationen. Die Gewerkschaftsbewegung bildet hier die einzige klare Ausnahme.
- *Gespaltene Schweiz:* Die Mehrheiten bei den Abstimmungen waren klar; Abstimmungsergebnisse von 2 zu 1 sind für Initiativen nahe beim Durchschnitt. Das Charakteristikum der Armeeabschaffung ist jedoch die politische Spaltung: Die Gegensätze zwischen links und rechts, aber auch zwischen den Parteien, Verbänden und Bewegungen waren hoch.

Im Hinblick auf das Gesamtergebnis besteht in solchen Situationen eine Tendenz zur *Neutralisierung*: Je stärker sich der bürgerliche und der rot-grüne Block gegenüberstehen, desto eher entsteht eine Patt-ähnliche Situation, in der die Haltung der parteiungebundenen Stimmenden den Ausschlag gibt. Sie nahmen diesmal zu 60 Prozent teil und machten damit mehr als einen Drittel der Stimmenden aus. Ihre Haltung lässt sich weder mit jener des bürgerlichen, noch des rot-grünen Lagers vergleichen. Zwar stimmten sie als Ganzes gegen die GSoA-Initiative; aber der ermittelte Nein-Anteil von 61 Prozent ist deutlich tiefer als bei der SVP, FDP oder CVP.

Figur 2-3:

Das Stimmverhalten bei der GSoA-Initiative nach politischen Merkmalsgruppen

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Verallgemeinerungs- fähigkeit ^a	Stärke des Zusammen- hangs ^b
Total	36		
• Parteiidentifikation :		0.00	0.20
- SVP	8		
- FDP / LPS	8		
- CVP	15		
- LdU / EVP	20		
- GPS	78		
- SPS	63		
- POCH / PdA	91		
- keine Parteibindung	38		
• Mitgliedschaften in Verbänden:			
- Gewerkschaften (wie SGB/CNG)	43	0.00	0.24
- Angestelltenverbände (wie SKV)	22	0.05	(0.03)
- Berufsverbände (wie Gewerbe-, Bauernverband)	25	(0.12)	(0.04)
- Militärvereinigungen	3	0.00	0.36
• Anhängerschaft zu neuen sozialen Bewegungen			
- Friedensbewegung	55	0.00	0.48
- Frauenbewegung	57	0.00	0.24
• Links/Rechts-Orientierung		0.00	0.38
- ganz rechts	0		
- rechts	15		
- mitte	23		
- links	63		
- ganz links	74		
- kann sich nicht einordnen	41		
• Materialismus / Nachmaterialismus-Orientierung:		0.00	0.56
- rein materialistische Werte	16		
- gemischte Werte	28		
- rein nachmaterialistische Werte	61		
• Regierungsvertrauen:		0.00	0.55
- Regierungsvertrauen	20		
- weder / noch	40		
- Regierungsmisstrauen	60		

Bemerkungen :

- a) Bei der Verallgemeinerungsfähigkeit handelt es sich um den Chi-Quadrat-Test. Dieser gibt an, mit welcher Sicherheit, der in der Untersuchung gefundene Zusammenhang auch in der Realität gilt. Je näher er bei Null ist, desto kleiner ist die Irrtumswahrscheinlichkeit ; üblicherweise wird eine Sicherheit von 95% ($p < 0.05$) als nötig angesehen.
- b) Beim Stärkemass handelt es sich um Korrelationskoeffizienten. Sie geben an, wie stark der Zusammenhang zwischen dem Merkmal (unabhängige Variable) und dem Stimmverhalten (abhängige Variable) ist. Je mehr der Koeffizient von Null abweicht, desto stärker ist der Zusammenhang. Koeffizienten, die näher als 0.20 bei 0 liegen, werden nicht mehr weiter interpretiert.

Damit haben wir – nach den Effekten der besonderen Mobilisierung – auch einen *zweiten Ansatz* zur Erklärung des hohen Ja-Anteils gefunden. Anders als in der politischen Elite verlief die Polarisierung bei den Stimmenden klarer zwischen links und rechts, zwischen neuen und traditionellen Werten. *In solchen Fällen sind die ungebunden Stimmenden entscheidend*; sie waren im Verhältnis von nur 3 zu 2 gegen die Initiative zur Abschaffung der Armee.

2.12 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Hinter diesen Überlegungen verstecken sich nicht nur politische, sondern auch *gesellschaftliche Konflikte*. Fänden sie sich nicht, liesse sich der Ausgang als Polarisierung zwischen politischen Lagern verstehen und primär auf die Kampagne zurück führen. Sind sie indessen vorhanden, kennzeichnen auch sozial dauerhafte Spaltungen das Verhalten der politischen Gruppen und der Stimmenden. Greifen wir auch hier zuerst jene heraus, die bezüglich einer Verwerfung bzw. Annahme besonders sind:

Figur 2-4:

Gesellschaftliche Kontrastgruppen beim Stimmverhalten zur GSoA-Initiative

Überdurchschnittliches Nein	Überdurchschnittliches Ja
87% Landwirte	80% StudentInnen
87% 60jährige und ältere	71% Konfessionslose
75% Personen mit Hauseigentum	60% 20–30jährige
73% obligatorische Schule	56% weniger als 5 Jahre am Wohnort
72% LandbewohnerInnen	51% höhere Schule
71% Ortsansässige	50% 30–39jährige

Die Überprüfung ganzer Merkmalsgruppen ergibt folgende, statistisch relevante und verallgemeinerungsfähige Zusammenhänge (vgl. *Figur 2-5*):

- **Alter:** Der bedeutsamste Gegensatz soziologischer Art findet sich entlang des Alters. Wie wir gesehen haben, war das Stimmverhalten in den verschiedenen Altersgruppen völlig konträr. Personen unter 40 Jahren befürworteten die Armeeabschaffung mehrheitlich. Personen im Rentenalter verwarfen das Volksbegehren haushoch.
- **Integration:** Wenn sich Ortsansässige und Hauseigentümer vom Durchschnitt abheben, verweist dies auf die Bedeutung der gesellschaftlichen Integration. Je höher diese ist, desto eher war die Haltung zur Armee positiv.
- **Ausbildung:** Schliesslich unterscheiden sich die beiden Lager hinsichtlich der Ausbildung. Je höher die schulische Bildung ist, desto stärker war die Befürwortung der Armeeabschaffung. Bei den heutigen StudentInnen, bei den sich die Alters- und Bildungseffekte kumulieren, ermittelten wir mit 80 Prozent den höchsten Ja-Wert überhaupt.

Figur 2-5:

Das Stimmverhalten bei der GSoA-Initiative nach gesellschaftlichen Merkmalsgruppen

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Verallgemeinerungsfähigkeit ^a	Stärke des Zusammenhangs ^b
Total	36		
<i>Gesellschaftliche Merkmale der Person:</i>			
• Geschlecht		(0.42)	(0.07)
- Männer	35		
- Frauen	38		
• Alter		0.00	0.48
- 20-29jährige	60		
- 30-39jährige	50		
- 40-49jährige	41		
- 50-59jährige	29		
- 60-69jährige	13		
- 70jährige und älter	13		
• Schulbildung		0.00	0.33
- Obligatorische Schulen	27		
- Berufsschule u.ä.	32		
- Gymnasium, Universität	51		
• Berufliche Stellung		0.00 (0.12)	0.27 (0.15)
- Erwerbstätige total	44		
- Nur Teilerwerbstätige	34		
. Selbständige, Leitende (. Landwirte)	42 13		
. Angestellte und BeamtInnen in mittlerer Stellung	46		
. Übrige Angest. u. BeamtInnen	37		
. ArbeiterInnen	45		
- Nicht-Erwerbstätige total	27	0.00	0.40
. in Ausbildung	80		
. im Haushalt tätig	34		
. in Pension	13		
• Konfessionszugehörigkeit		0.00	0.23
- reformiert	35		
- katholisch	30		
- konfessionslos	72		
<i>Merkmale des Haushaltes</i>			
• Lebensstandardklasse		0.00	0.20
- Gutsituierte	22		
- Obere Mittelschicht	35		
- Untere Mittelschicht	39		
- Wenig Bemittelte	40		
• Eigentumsverhältnisse		0.04	0.40
- Hauseigentum	25		
- Miete / Pacht	43		

Fortsetzung siehe nächste Seite

Fortsetzung der vorangehenden Seite

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Verallgemeinerungs- fähigkeit ^a	Stärke des Zusammen- hangs ^b
• Ansässigkeit		0.00	0.48
– weniger als 5 Jahre am Ort	56		
– mehr als 5 Jahre am Ort	31		
<i>Merkmale der Region:</i>			
• Sprachzugehörigkeit		0.00	(0.11)
– Deutsche Schweiz	33		
– Französische Schweiz	45		
(– Italienische Schweiz)	30		
• Siedlungsart		0.00	0.26
– Grossstädtische Agglomerationen	45		
– Mittel- / kleinstd. Agglomerationen	34		
– Landgemeinde	28		

Bemerkungen:

- a) Bei der Verallgemeinerungsfähigkeit handelt es sich um den Chi-Quadrat-Test. Dieser gibt an, mit welcher Sicherheit, der in der Untersuchung gefundene Zusammenhang auch in der Realität gilt. Je näher er bei Null ist, desto kleiner ist die Irrtumswahrscheinlichkeit; üblicherweise wird eine Sicherheit von 95% ($p < 0.05$) als nötig angesehen.
- b) Beim Stärkemass handelt es sich um Korrelationskoeffizienten. Sie geben an, wie stark der Zusammenhang zwischen dem Merkmal (unabhängige Variable) und dem Stimmverhalten (abhängige Variable) ist. Je mehr der Koeffizient von Null abweicht, desto stärker ist der Zusammenhang. Koeffizienten, die näher als 0.20 bei 0 liegen, werden nicht mehr weiter interpretiert.

Negativ ausgedrückt lässt sich aus dieser Zusammenstellung auch der Schluss ziehen: Das *Geschlecht* war für ein Ja oder Nein zur Armee nicht entscheidend. Dies mag beide Lager überraschen. Zunächst ist die Betroffenheit durch die Einteilung im Militär geschlechtsspezifisch. Sodann waren die Frauen für beide Seiten ein besonderes Potential. Die Gegner befürchteten, die geringe Involvierung der Frauen in Militärfragen könnte zu einer stärkeren Abwehrhaltung führen. Und die InitiantInnen erhofften sich, der Protest gegen den Militarismus werde insbesondere vom weiblichen Teil der Bevölkerung ausgehen.

Insgesamt müssen alle diese Annahmen verworfen werden. Für die Relativierung mögen helfen: Namhaft geschlechtsspezifisches Stimmverhalten ist in der Schweiz selten. Auch bei Armeevorlagen, die direkt die Stellung von Individuum und Kollektiv betreffen (wie die beiden Zivildienst-Vorlagen), tauchten keine nennenswerten Differenzen auf; hingegen befürworteten die Frauen die Rothenthurm-Initiative und das Rüstungsreferendum stärker. Wo es um Fragen der Gewalt oder der Bedeutung der Armee in der heutigen Gesellschaft geht, sind Frauen kritischer eingestellt; wenn es jedoch um die Frage eines Ja oder Nein zum Militär geht, unterscheiden sich die beiden Geschlechter kaum¹².

12 Vgl. hierzu: C. Longchamp, Das Wahlverhalten von Männern und Frauen 1971–1988, FSP, Bern 1990

Der negative Schluss lässt sich auch bezüglich der *Sprachregionen* ziehen. Kleinere Differenzierungen sind zwischen Welschen und DeutschschweizerInnen sichtbar ; gegensätzliche Mehrheiten oder doch klar unterschiedliche Haltungen dies- und jenseits der Saane brachte die GSoA-Initiative jedoch nicht an den Tag.

2.13 Die Armeeabschaffung – ein postmoderner Wertkonflikt?

Vertiefen wir die bisherige Darstellung, indem wir zusammenhängende Erklärungsansätze für das Stimmverhalten empirisch überprüfen. Die GSoA-Initiative kann als Ausdruck postmoderner Denkweisen angesehen werden. Mit ihr verabschiedete sich ein Teil aktiver junger Menschen aus dem vorherrschenden Diskurs zur Sicherheit und zum Verhältnis von Gesellschaft und Individuum. Um die Bedeutung für das Stimmverhalten analysieren zu können, formulieren wir zwei Hypothesen, die beide von Wandlungsercheinungen ausgehen, für die kommende Gesellschaft jedoch unterschiedliche Werthaltungen als zentral ansehen¹³.

Individualisierung: Die Betroffenheitshypothese argumentiert vor einem ökonomischen Weltbild. Die Arbeitsgesellschaft individualisiert die Lebensperspektiven. Übergreifende Deutungsmuster verlieren an Gültigkeit. Zum hauptsächlichen Wertmassstab avanciert der persönliche Vorteil oder schlichter: der Egoismus. Soziales Engagement wird geleistet, solange die persönliche Kosten / Nutzen-Rechnung vorteilhaft aussieht. Wo dies nicht mehr der Fall ist, verschwindet auch der Einsatz für das Gemeinwesen. Der Militärdienst erscheint nicht mehr als Pflicht, höchstens als Recht; er wäre auch nicht mehr als Obligatorium denkbar, nurmehr als Option. Die zentrale Erwartung für das Stimmverhalten lautet:

Hypothese 1

Die Kosten / Nutzen-Rechnung sieht vor allem bei den Angehörigen der Armee, die einen persönlichen Einsatz leisten, jedoch nicht privilegiert sind, und den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft ungleich aus. Das Ja bzw. Nein zur GSoA-Initiative ist zuerst in dieser Hinsicht bestimmt.

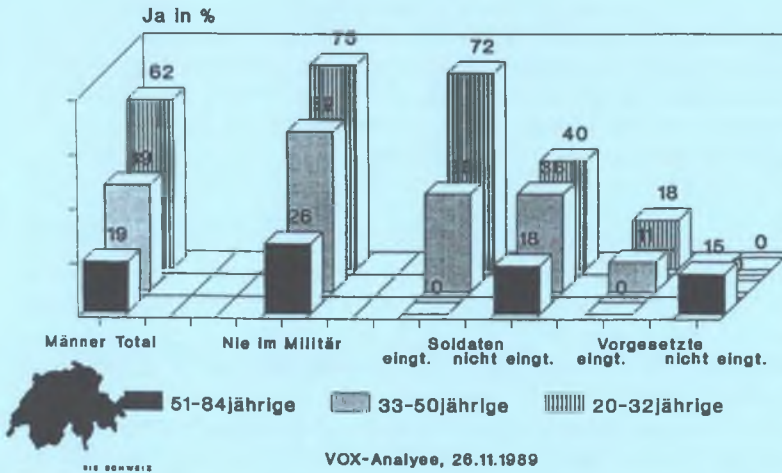
Die wesentlichen Ergebnisse hierzu sind (vgl. *Figur 2-6*):

- *Soldaten im Auszugsalter* stimmten erwartungsgemäss in starkem Masse gegen die Armee; bei ihnen ergab die Befragung einen Ja-Anteil von 72 Prozent.
- *Soldaten im Landsturm- und Landwehr-Alder* hingegen befürworteten die Armee. Wir ermittelten einen Nein-Überhang von 2 zu 1.
- *Vorgesetzte in beiden Altersklassen* votierten deutlich gegen die Vorlage. Bei den Offizieren war die Geschlossenheit praktisch perfekt; bei den Unteroffizieren stimmten kleinere Gruppen für die Abschaffung.

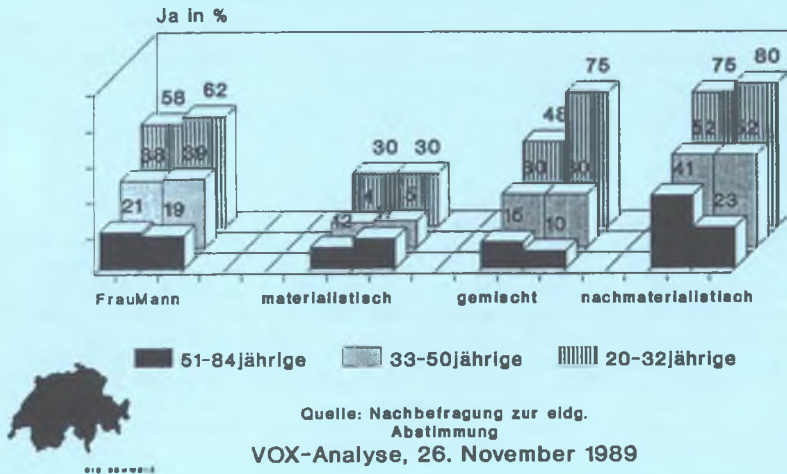
13 Vgl. grundsätzlich hierzu: J.R. Gibbins (ed.), *Contemporary Political Culture. Politics in a Post-modern Age*, London 1989

Figur 2-6:

Stimmverhalten nach Altersgruppen und militärischer Position (nur Männer)



Stimmverhalten nach Altersgruppen und Werthaltungen (Frauen und Männer im Vergleich)



Im Hinblick auf ein *Fazit* gilt es zuerst auf den grossen Graben zwischen den Vorgesetzten und den Soldaten hinzuweisen. Anteile Armeebefürworter von 90 bzw. 30 Prozent im Kader und Fussvolk sind nicht nur gegensätzlich; Diskrepanzen von 60 Prozentpunkten sind in unseren Untersuchungen sehr selten. Vor allem im Auszugsalter gilt: *Die Unterstützung der Armee ist bei jenen am schwächsten, auf die sich das Militär am meisten stützt. Hier wird ein verbreiteter Unmut über die Armee sichtbar.*

Eine Erklärung über die direkte Betroffenheit ist jedoch *nur bedingt zutreffend*. Auch die übrigen Männer zwischen 20 und 32 stimmten der Armeeausschaffung zu. Bei ihnen liegt der befürwortende Prozentsatz indessen um 10 Prozentpunkte tiefer. Sodann ist der Erklärungsbeitrag der Kosten / Nutzen-Hypothese für das Stimmverhalten der gleichaltrigen Frauen nicht direkt ersichtlich. Auch sie waren zu 58 Prozent für die GSoA-Initiative. Reinen Betroffenheitsüberlegungen widerspricht schliesslich, dass Männer zwischen 33 und 50 – sofern sie (noch) militärisch eingeteilt sind – stärker Nein sagten als ihre männlichen Altersgenossen.

Wertwandel: Dies stellt die Frage nach einer alternativen Erklärung. Wenn bei den soziologischen Kategorien Alter, Bildung und (teilweise) Zentrum / Peripherie das Stimmverhalten signifikant erklären, besteht stets die Vermutung, es handle sich um einen *Wertkonflikt neuer Art*. Zur empirischen Erfassung des entsprechenden Wandels ist in den Sozialwissenschaften das *Materialismus / Nachmaterialismus-Konzept*¹⁴ verbreitet. Es unterstellt, dass bei Befriedigung elementarerer Bedürfnisse materieller Art neue Ansprüche entstehen, die sich auf der immateriellen Ebene befinden. Existenzsicherung physischer und ökonomischer Art als hauptsächliche politische Prioritäten werden abgelöst durch Wünsche nach frei gewählter sozialer Zugehörigkeit und nach Selbstentfaltung im kulturellen und intellektuellen Bereich. Setzen typische MaterialistInnen auf Wirtschaftswachstum, internationale Konkurrenzfähigkeit, vordringlicher Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder Inflation sowie der Durchsetzung von Ruhe- und Ordnung-Parolen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, so orientieren sich typische NachmaterialistInnen exemplarisch an der freien Meinungsäusserung, an Partizipation am Arbeitsplatz und in der Politik; auch geben sie ganzheitlich-ökologischem Denken gegenüber einem linear-ökonomischen Weltbild den Vorzug¹⁵. Im Hinblick auf das Stimmverhalten ist zu erwarten:

14 Zur Erläuterung vgl. den methodischen Anhang.

15 Soweit bis jetzt vergleichende empirische Untersuchungen zum Wertwandel vorliegen, besteht für die Schweiz die Vermutung eines verbreiteten Veränderungsschubs seit den 70er Jahren. Damals liessen sich bloss etwa 12% als reine NachmaterialistInnen einteilen; 1988 waren es schon 30 Prozent. Rein materialistische Präferenzen sind umgekehrt sehr selten geworden; besonders der Wandel der Umweltsituation hat die Werthaltungen auch bei einer verbreiteten Mischgruppe beeinflusst. Im internationalen Vergleich fällt der Wertwandel ausserordentlich stark aus, und ist der Anteil NachmaterialistInnen sehr hoch; ähnliche Umfragen im EG-Raum ergaben für 1988 Anteile zwischen 5% (Portugal) und 25% (BRD und Niederlande). Dies rührt vor allem von der verbreiteten Arbeitslosigkeit und der höheren Gewichtung deren Bekämpfung her (vgl. Commission of the European Communities: Eurobarometer, Public Opinion in European Community, No. 30, Brüssel 1988).

Hypothese 2:

Das Stimmverhalten wird in erster Linie durch neue Werthaltungen bestimmt. Materialistische Präferenzen bewirken eine Bejahung der Armee; nachmaterialistische Orientierungen hingegen führen zur Unterstützung der Armeeabschaffung.

Der empirische Zusammenhang ist offensichtlich stark :

- *NachmaterialistInnen* insgesamt, aber auch beider Geschlechter, sagten zu 61 Prozent Ja zur Armeeabschaffung.
- Schon Personen mit *gemischten Werten* befinden sich überwiegend auf der Seite der InitiativgegnerInnen; in der gewichtigen Mischgruppe votierten 62 Prozent mit Nein.
- *MaterialistInnen* schliesslich stimmten zu 84 Prozent gegen das GSoA-Anliegen.

Statistisch gesehen ist der Zusammenhang mit einem Korrelationskoeffizienten von 0.56 sehr deutlich. Die Bedeutung nachmaterialistischer Werte lässt sich noch erhöhen, wenn zwischen Generationen differenziert wird. Bis hin zu den 50jährigen (nach 1940 geboren) schwanken die Ja-Anteile bei Männern und Frauen mit neuen Werten zwischen 50 und 80 Prozent. Einzig bei den höchsten Altersgruppen ist das Stimmverhalten nicht mehr erwartungsgemäss. Hier mögen individuelle (Kriegs-)Erfahrungen tiefer gehen als nachträglich erworbene Werthaltungen. Störend ist für die zweite Hypothese, dass auch die jungen Männer und Frauen, die gemischte Werte vertreten, mit knapper Mehrheit für die Abschaffung stimmten. Ebenfalls sind die geschlechtsspezifischen Differenzen bei den 33 bis 50jährigen etwas gross.

Mit der *Wertwandelshypothese* haben wir einen dritten Interpretationsansatz gefunden: Auch aufgrund der hauptsächlichlichen Gegensätze kann die GSoA-Initiative und ihre Wirkung auf das Stimmverhalten als *nachmaterialistischer Wertkonflikt* aufgefasst werden. Neue Werte sind in den jüngeren Generationen ganz anders verbreitet; dies erklärt – fast unabhängig von der militärischen Einteilung – deren Zustimmung zur GSoA-Initiative. Ergänzend kann gelten, dass die direkte Betroffenheit als (junger) Soldat auch dann ein Ja begünstigte, wenn keine neuen Werthaltungen sichtbar sind.

2.2 Die Lagerbildung als Prozess

2.2.1 Überlegungen zum Einfluss der Kampagne

Bis hierher argumentierte diese Studie – wie alle bisherigen VOX-Analysen – statisch. Das Abstimmungsergebnis ist indessen das Produkt mindestens mittelfristiger Haltungen zu einem Thema und kurzfristiger Einflüsse der Kampagne. Die Kombination von Vor- und Nachuntersuchungen erlaubt es diesmal, diese beiden Faktoren zu gewichten. Hierfür unterscheiden wir zwei denkbare Wirkungen von Kampagnen:

- **Meinungsbildung:** Bei einer Mehrzahl Stimmberechtigter sind keine Meinungen vorhanden; diese werden erst aufgebaut. Wissen, Haltungen und Verhaltensabsichten zu festigen, ist die hauptsächliche Aufgabe der Kampagne.
- **Meinungsänderung:** Bei einer Mehrzahl Stimmberechtigter sind Meinungen vorhanden; diese sind allerdings nicht besonders konsistent. Die Ambivalenz zu erkennen und in eine bestimmte Richtung zu lenken, ist hier die wichtigste Funktion der Auseinandersetzungen vor dem Abstimmungstag.

Figur 2-7:

Rückerinnerte Zeitpunkte der definitiven Sachentscheide 1987–1989

Zeitpunkt	GSoA 26.11.89	130/100	Stadt/ Land 4.12.88	40 h	NA- Initiative 1987	NRW 1987 18.10.87
– war schon immer klar	65	63	27	32	33	53
– mehrere Wochen vor dem Urnengang	19	21	22	22	22	14
– 1 bis 2 Wochen vor dem Urnengang	6	7	27	26	26	14
– wenige Tage vor dem Urnengang	6	5	15	13	12	8
– unmittelbar vor dem Urnengang	2	2	6	5	5	6
– weiss nicht (mehr)/ keine Angabe	2	2	3	2	2	4

Die empirischen Ergebnisse verweisen bei der GSoA-Initiative auf eine verbreitete *Vorbestimmtheit*. Im Juli waren es 81 Prozent der Befragten, im September 83 Prozent, die nicht nur teilnehmen wollten, sondern schon eine Meinung hatten¹⁶. Mit anderen Worten heisst dies, nurnmehr ein Sechstel entschloss sich danach, ob er/sie Ja oder Nein stimmen wolle. Eine in der Nachuntersuchung gestellte Rückerinnerungsfrage ergab ähnliches: Für 65 Prozent stand der Entscheid schon von Anfang an fest. Nur 14 Prozent legten sich in den letzten zwei bis drei Wochen, also unter dem Eindruck der eigentlichen Kampagne, definitiv fest¹⁷. Der Eindruck der Vorbestimmtheit wird auch durch die wenigen, verfügbaren Vergleichszahlen bestätigt: Ein Anteil von zwei Dritteln, die von Beginn weg entschieden sind, ist mehr als bei Wahlen (Nationalratswahlen 1987: 53 Prozent). Und für Abstimmungen, die an sich weniger prädisponiert sind, ist der Wert sicherlich hoch; am 4. Dezember 1988 (Stadt/Land-Initiative, 40-Stunden-Woche, Begrenzung der Einwanderung) ergab die gleiche Interview-Vorgabe bei allen Vorlagen rund einen Drittel Prädisponierter (vgl. *Figur 2-7*).

Veränderte Mehrheiten – im Sinne der zweiten denkbaren Wirkung von Kampagnen – blieben weitgehend aus. Vor allem hinsichtlich der zentral herausgearbeiteten Konfliktlinien, der Nachmaterialismus-Orientierung, dem Alter und der Parteibindung ist die Kon-

¹⁶ Für die Interview-Vorgabe vgl. die Angaben im methodischen Steckbrief.

¹⁷ Die Interview-Vorgabe lautete: «Wann ungefähr vor der Abstimmung haben Sie sich entschieden, was Sie stimmen wollen? War das bei der Abschaffung der Armee 'unmittelbar vor dem Urnengang', 'wenige Tage vorher', 'ein/zwei Wochen vorher', 'mehrere Wochen vorher' oder 'schon immer klar'?» Antwortmöglichkeiten zudem «keine Angabe».

stanz hoch. Die – geschichtlich – bedeutsame Abweichung hiervon zeigt sich bei den SozialdemokratInnen. Die SP-Fraktion hatte sich 1988 mehrheitlich gegen die GSoA-Initiative ausgesprochen. Im Frühjahr empfahl der Parteivorstand jedoch die Stimmfreigabe; die Delegierten legten sich an einem besonderen Parteitag entsprechend fest. Auch der Gewerkschaftsbund folgte dieser mittleren Position. Unter den Stimmenden ergaben sich im Juli, aber auch noch im September leichte Überhänge zu einem Nein. Erst unter dem Eindruck der Schlusskampagne wechselten zahlreiche AnhängerInnen ihre Haltung. Schliesslich ergaben sich Verhältnisse von 2 zu 1 zugunsten der Armeeabschaffung. Bei den Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes blieb bis zum Schluss eine leicht negative Mehrheit.

Ansonsten verstärkte die Kampagne bestehende Konflikte (vgl. *Figur 2-8*). Vor allem beim *Alter* ist ersichtlich, dass nach den «Diamant»-Feierlichkeiten im September die Gegensätze zwischen den Altersgruppen stiegen: Die RentnerInnen sammelten sich in den letzten Wochen vor der Abstimmung in Richtung eines Nein; bei den jüngeren BürgerInnen nahm die Bereitschaft zum Ja zu. Starke Unterschiede bezüglich der Geschlechter sind auch hier nicht sichtbar. Lediglich fällt auf, dass teilnahmewillige Frauen etwas weniger vorentschieden waren.

2.22 Zur Verallgemeinerungsfähigkeit der Ergebnisse

War das Ergebnis vorhersehbar? Die Beantwortung dieser Frage hängt vom Verhalten bzw. der vorgängigen Einschätzung der Unentschiedenen ab. Effektiv bekundeten unter den Teilnahmewilligen im Juli nur 52, im September 55 Prozent Nein stimmen zu wollen; die Ja-Anteile betragen 26 bzw. 25 Prozent. Die obige Darstellung berücksichtigte nur die Entschiedenen; sie unterstellte, alle übrigen verteilten sich anteilmässig auf beide Lager¹⁸.

Es sind aber auch andere Entwicklungen denkbar: Hätten die Unentschlossenen vollständig Nein gestimmt, wäre die GSoA-Initiative mit rund 3 zu 1 abgelehnt worden. Hätten sämtliche von ihnen ein Ja eingelegt, wäre der Ausgang sehr knapp geworden. Politisch wäre beides bei weitem nicht das Gleiche gewesen. *Eine hinreichend zuverlässige Prognose über die sichere Ablehnung hinaus wäre mit den Vorbefragungen kaum zu machen gewesen.*

Erfahrungsgemäss legen in den letzten Wochen vor der Abstimmung vor allem die Gegner einer Vorlage zu: Wer für eine Änderung eintritt, ist zuerst entschieden und bekundet dies auch. Wer sich keine Meinung gebildet hat, stimmt im Zweifelsfalle eher Nein¹⁹. Von daher ist auch der Schluss denkbar, die Kampagne habe diesmal vergleichsweise schwach zugunsten der GegnerInnen gewirkt. Auf der Seite der Ja-Stimmenden könnte die Erklärung wie folgt lauten: Das Thema war für Abstimmungen neu. Vor der Kampagne war es stark tabuisiert; wer sich als Armeegegner zu erkennen gab, wurde schnell stigmatisiert. Erst das während der Kampagne vermittelte Gefühl, nicht alleine zu stehen, mag das Bekenntnis zu einem Ja erleichtert haben. Bei den Nein-Stimmenden dürfte die stichhaltigste Er-

18 Diese Interpretation hat sich in einer Simulierung verschiedener Entwicklungswege aufgrund des bekannten Endergebnisses als die wahrscheinlichste oder widerspruchsfreieste erwiesen.

19 Vgl. E. Gruner, H.P. Hertig: *Der Stimmbürger und die 'neue' Politik* (= Publikationen des SNF, Nr. 17), Bern und Stuttgart 1983.

Figur 2-8:

Stimmabsichten und Stimmverhalten bei der GSoA-Initiative nach ausgewählten Merkmalsgruppen im zeitlichen Verlauf

Merkmal / Kategorien	Unentschiedene in % der Befragten			Stimmabsicht / Stimmverhalten in % der Entschiedenen		
	Juli	Sept.	Dez.	Juli	Sept.	Dez.
• Teilnahmedisposition						
- Regelmässig Teilnehmende	19	16	1	30	32	30
- Gelegentlich Teilnehmende						
. Häufig Teilnehmende	20	20	1	37	33	38
. Selektiv Teilnehmende	18	13	0	36	32	43
. Selten Teilnehmende	21	17	0	33	40	42
• Parteiidentifikation						
- SVP	18	8	0	10	16	8
- FDP / LPS	18	9	0	18	18	8
- CVP	24	21	0	12	24	15
- SPS	19	24	2	46	40	63
- keine Parteibindung	17	19	1	39	38	38
• Materialismus/Nachmaterialismus- Orientierung^a						
- rein materialistische Werte	23	—	1	16	—	16
- gemischte Werte	19	—	1	27	—	28
- rein nachmaterialistische Werte	16	—	0	63	—	61
• Geschlecht						
- Männer	17	14	0	35	34	35
- Frauen	21	20	1	34	31	38
• Alter						
- 20-29jährige	14	16	1	54	52	60
- 30-39jährige	20	19	0	42	46	50
- 40-49jährige	18	25	0	30	28	41
- 50-59jährige	25	12	1	28	23	29
- 60-69jährige	23	10	1	22	28	13
- 70-79jährige	15	13	0	10	16	13
• Ausbildung						
- obligatorische Schule	27	19	2	15	15	27
- Berufsschule u.ä.	17	20	0	33	31	32
- Gymnasium / Universität	15	13	0	55	47	51
Total	19	17	1	34	33	36

a) In der September-Analyse wurden die Vorgaben zur Messung des Wertwandels nicht gestellt.

klärung lauten: Nein-disponierte, gelegentliche UrnengängerInnen blieben angesichts des klarer gewordenen Abstimmungsausgangs eher zuhause. Gerade bei diesem Verhaltenstyp verweist die Prozessbetrachtung auf eine Meinungsänderung zu Gunsten der Initiativ-BefürworterInnen.

Ist die GSoA-Initiative hinsichtlich der Meinungsbildung ein Regel- oder ein Sonderfall?
Um die Präpositionen der Abstimmungen zu wahren, schlagen wir vor, zwischen drei Vorentypen zu differenzieren:

- *Stabil vorbestimmt* sind Vorlagen, wenn eine überwiegende Zahl Teilnahmewilliger eine Meinung hat und diese im Hinblick auf die Abstimmung auch nicht verändert wird.
- *Labil vorbestimmt* ist eine Sachfrage, wenn zwar Meinungen vorhanden sind, diese jedoch je nach Darstellung der Sachverhalte bzw. der Zusammenhänge beeinflusst werden können.
- *Nicht oder nur kaum vorbestimmt* sind Vorlagen, bei denen vor der Kampagne nur eine Minderheit Teilnahmewilliger eine Ahnung bezüglich der beabsichtigten Stimmabgabe hat.

Die GSoA-Initiative wäre demnach ein Beispiel für eine weitgehend stabil prädisponierte Abstimmung. Die Meinungen waren schon früh gemacht; mehr Befragte als bei Wahlen waren sich von Beginn weg im Klaren. Stabil vorbestimmt heisst auch, dass *grundlegende Veränderungen* im Verlauf der Kampagne nurmehr vereinzelt aufgetreten sind; die wichtigste Unsicherheit blieb die Wirkung der besonderen Mobilisierung²⁰.

Was die Gesamtzahl von Sachvorlagen betrifft, halten wir die hier untersuchte Abstimmung eher für eine Ausnahme²¹. Die meisten Abstimmungsthemen (wie alle am 4. Dezember 1988) sind labil-prädisponiert. Sie unterliegen einer grösseren Einwirkung durch die Art und den Umfang der Kampagne, sei dies im Hinblick auf die Meinungsbildung oder Meinungsänderung. Für weitere Untersuchungen formulieren wir: Die *Prädisposition* von Abstimmungsgegenständen nimmt zu, wenn

die Annahme einschneidende Verhaltensänderungen zur Folge hat,
früh bekundete hohe Teilnahmeabsichten vorhanden sind,
der Gegenstand einen alltäglichen Bezug hat,
Meinungen schon frühzeitig klar erscheinen,
die Kampagne stark emotional gefärbt ist,
die Betroffenheit gross und
das Thema verständlich ist.

- 20 Wenn die GSoA-Initiative als weitgehend stabil prädisponierter Urnengang angesehen wird, spielt auch der Propagandaufwand eine nur geringe Rolle. Konsistent hiermit ist, dass die Gegnerschaft zwar mehr in die Werbung investierte – im Inseratenbereich etwa im Verhältnis von 7 zu 3 –, ein Meinungstrend zu ihren Gunsten kaum erfolgte. Zudem liess sich eine Massierung der Propaganda in den 14 Tagen vor der Abstimmung beobachten, zu einem Zeitpunkt, als die Meinungen schon weitgehend gemacht waren (vgl. H. Hirter: Die Werbung in den Printmedien zu den beiden Volksabstimmungen vom 26.11.1989, FSP, Bern 1990).
- 21 Vgl. auch C. Longchamp: Die öffentliche Meinungsbildung bei Abstimmungen, in: Meinungsbildung, hrsg. von der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für Demokratie, Zürich 1987.

2.3 Die Meinungsbildung

2.31 Die Entscheidungsmotive in beiden Lagern

Die GSoA-Initiative enthielt zwei Botschaften: Die Abschaffung der Armee und der Einsatz für eine umfassende Friedenspolitik. Wie wir bei der Frage nach den spontanen Wahrnehmungen gesehen haben, interessierte ähnlich wie im Abstimmungskampf die Frage der Armeeabschaffung mehr.

Um die persönlichen Beweggründe zu erfassen, haben wir den Befragten zuerst eine offene Frage gestellt. Nachträglich haben wir die Antworten reduziert und systematisiert, und den nachstehenden Überblick über die wichtigsten Motivgruppen Pro und Kontra erhalten. Befürchtungen, die Motive liessen sich gerade beim Thema Armee nicht erfragen, erwiesen sich als falsch. Wie selten zuvor waren die Befragten bereit, hierauf Antwort zu geben. Wie üblich reduziert sind die Vielzahl von Ansichten, die während der Kampagne vertreten wurden, auf wenige handlungsrelevante Motive.

Bei den *Nein-Stimmenden* lassen sich drei zentral prägende Gruppen ausmachen (vgl. *Figur 2-9*):

- **Selbstverständlichkeit der Armee:** Jedes Land hat eine Armee, die eigene oder eine andere. In Variationen war diese Grundhaltung für 36 Prozent der Nein-Stimmenden (oder 23% der Teilnehmenden) primär massgeblich. Für diese Gruppe ist die Armee eine Selbstverständlichkeit; auch das Ergebnis der Abstimmung hat gezeigt, dass eine Armee zu einem Staat gehört wie eine Regierung, Verfassung oder Wahlen. Alles andere ist unvorstellbar und bedarf kaum weiterer Begründungen. Entsprechend blieben Differenzierungen oder Antworten zum «Warum?» weitgehend aus. Zu dieser Gruppe hinzugezählt haben wir auch jene Nein-Stimmenden, die ausführten, eine Abschaffung der Armee müsste automatisch den Ausbau der Polizei oder sonstige Schutzorganisationen zur Folge haben.
- **Nutzen der Armee nach aussen:** Am zweithäufigsten waren Motive sicherheitspolitischer Art. Die Nutzenüberlegungen im Hinblick auf Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit als die hauptsächlichen Zwecke der Armee stellten 28 Prozent der Nein-Stimmenden (oder 19% der Teilnehmenden) an die Spitze. Die Armee ist hier die Voraussetzung für die Unabhängigkeit; sie schütze im Angriffsfall oder sei Ausdruck des Selbstbehauptungswillens. Begründet wurden solche Haltungen auch mit den konkreten Kriegserlebnissen bzw. mit dem Hinweis auf die Geschichte, die Schweizer Armee habe noch nie jemanden angegriffen.
- **Nutzen der Armee im Innern:** An dritter Stelle stehen die innenpolitischen Nutzen-Erwägungen. 14 Prozent (oder 9% der Teilnehmenden) nannten dies in der Nachanalyse ihren hauptsächlichen Grund. Zuerst tauchten die wirtschaftliche Bedeutung oder die Schaffung / Erhaltung von Arbeitsplätzen durch das Militär auf (8 bzw. 6%); aber auch der Zusammenhalt der Bevölkerung durch das Militär (3 bzw. 2%) und der Nutzen bei Naturkatastrophen wurden erwähnt (2 bzw. 1%).

Figur 2-9:

Spontan geäußerte primäre Entscheidungsmotive bei der GSoA-Initiative

Motiv(gruppen) nach Stimmverhalten	in % der Erstnennung Spaltenprozentuierung	Anteile hartes Ja / Nein Zeilenprozentuierung	Anteile weiches Ja / Nein Zeilenprozentuierung
<i>Nein-Stimmende</i>			
• Undifferenzierte Kontra-Motive	6		
• Kein Diskussionsthema	3	86	: 14
• Armee ist nützlich nach aussen	28	84	: 10
• Armee ist notwendig	36	81	: 14
• Armee ist nützlich im Innern	14	75	: 17
• Moment ungünstig / zu früh	3	75	: 13
• Nein wegen Reformabsichten	2	40	: 40
• Übrige und diffuse Kontra-Motive	5		
• Keine Angabe	2		
	100		
<i>Ja-Stimmende</i>			
• Undifferenzierte Pro-Motive	7		
• Armeen sind sinnlos	13	83	: 11
• andere Friedenspolitik	15	83	: 12
• Finanzielle Belastung	31	43	: 43
• Persönliche Motive	7	42	: 42
• Für Reformen in der Armee	15	32	: 55
• Übrige und diffuse Pro-Motive	6		
• Keine Angabe	6		
Total	100	56	: 33

Lesebeispiel:

Insgesamt geben 30% in erster Linie an, die Armee sei nützlich gegen aussen. Diese verteilen sich schwergewichtig auf den Schutz im Angriffsfall (21%) oder auf die Armee als Voraussetzung für die Souveränität (7%). 84% dieser Befragten bezeichnen sich als klare BefürworterInnen des Militärs. 10% haben vor allem aus taktischen Gründen Nein gestimmt. Die übrigen können sich in dieser Gegenüberstellung nicht einordnen.

Die übrigen individuellen Beweggründe blieben in der Nennhäufigkeit zurück; genannt seien noch der falsche Zeitpunkt (für 3% in erster Linie), die Armee als Tabu-Thema (ebenefalls 3% in erster Linie) und die versprochenen Reformen (2% in erster Linie). Der Rest gab undifferenzierte Motive (6%) oder vereinzelte bzw. diffuse Beweggründe (5%) an.

Welche Motive machten die *Ja-Stimmenden* geltend?

- **Militärausgaben:** Die Kosten der Armee waren vordergründig der Hauptangelpunkt. Für 31% der Ja-Stimmenden (oder 10% der Teilnehmenden) erscheinen sie zu hoch oder verhältnisslos, und war dies der hauptsächliche Ja-Grund (25 bzw. 9%). Auch

wurde gewünscht, innerhalb oder ausserhalb der Armee das Geld für sinnvollere oder dringendere Probleme auszugeben (6 bzw. 2%).

- *Für Reformen in der Armee*: Reformen allgemein, oder aber in bestimmten Punkten (wie der Dienstverweigerung oder der Armeegerechtigkeit) wünschten sich in erster Linie 15 Prozent der Ja-Stimmenden (oder 5% der Teilnehmenden). Weil ihre Postulate nicht verwirklicht sind, votierten sie aus Protest für die GSoA (11 bzw. 4%). Eine andere Kritik wurde hinsichtlich der Bedeutung des Militärs geäussert (4 bzw. 2%). Hier erscheint die Institution Armee im Alltag zu wichtig.
- *Friedenspolitik*: Der zweite Aspekt der Initiative, die Friedenspolitik, war ebenfalls für 15 Prozent der zentrale Ansatzpunkt für die Entscheidung. Die Kritik weist hier Richtung Defizit: Wer bei den Ja-Stimmenden den Frieden zuerst nannte, wendete sich gegen die Art und das Ausmass der bisherigen Friedenssicherung (12 bzw. 4%) oder sah in der GSoA-Initiative die Möglichkeit, in der Abrüstung weltweit als Vorbild aufzutreten (3 bzw. 1%).
- *Sinnlosigkeit*: Für 13 Prozent (4% der Teilnehmenden) war die Sinnlosigkeit der Armee das entscheidende Kriterium. Militärische Verteidigung erscheint hier entweder aufgrund der europaweiten Veränderungen obsolet; oder aber es herrscht die Ansicht vor, angesichts von Bedrohungen durch den Atomkrieg seien konventionelle Verteidigungsbemühungen überholt.
- *Belastung*: Persönliche Motive nannten vergleichsweise wenige Befragte zuerst; 7 Prozent argumentierten mit negativen Erlebnissen im Militärdienst oder aber mit persönlichen Vorteilen durch eine Abschaffung der Armee.

Bestanden diese Motive schon von Beginn weg? Auch hier erlaubt der Vergleich von Vor- und Nachanalysen, Überlegungen über die Kampagnenwirkung anzustellen²². Beim Stimmverhalten haben wir eine grosse Übereinstimmung festgehalten; die Lagerbildung wurde nur bedingt durch die Kampagne einseitig beeinflusst. Bei den Motiven bestätigt sich dieser Eindruck nicht ganz. Die Gründe hierfür sind doppelter Art: Die Kampagne hat die persönliche Meinungsbildung verändert; die Intensität der Auseinandersetzungen hat die persönlichen Anschauungen beeinflusst; oder aber ändern sich die (rückerrinnerten) Motive, wenn das Abstimmungsergebnis bekannt ist:

- Auf der Seite der *Nein-Stimmenden* ergibt der Vergleich, dass die Notwendigkeit einer Armee während der Kampagne Boden gut gemacht hat: Anfänglich wurde dieses Motiv noch weniger genannt (23, 18 bzw. 36%); am Schluss stand es an der Spitze. Die innenpolitischen Beweggründe waren im September am häufigsten; sie mochten während den Diskussionen über die Kriegsmobilmachung 1939 (vorübergehend) Konjunktur gehabt haben (25, 35 bzw. 14%). Schliesslich handelte es sich hierbei nur um die dritt wichtigste Motivgruppe. Über die Zeit hinweg praktisch konstant blieb das Gewicht sicherheitspolitischer Überlegungen (32 bzw. 28%).
- Auf der Seite der *Ja-Stimmenden* verlor das anfängliche Hauptmotiv, das Kostenargument, im Verlaufe der Zeit an relativer Bedeutung (Rückgang von 46 auf 31%). Je näher der Abstimmungstag rückte, desto eher tauchten andere Beweggründe auf.

22 Für die Interview-Vorgabe vgl. die Ausführungen im methodischen Anhang.

Das zweite Motiv, dass über die Armee diskutiert werde (rund ein Fünftel in den Voranalysen), spielte aus verständlichen Gründen nach der Abstimmung keine Rolle mehr. Zugenommen haben einerseits der Wunsch nach bestimmten Reformen (von 1 auf 15 %), andererseits nach einer verstärkten und umfassenden Friedenspolitik (von 10 auf 15 %).

- Für *beide Seiten* gilt: Schon frühzeitig erkennbar waren die hauptsächlichen Motivgruppen, variiert hat allerdings ihr Gewicht. Insgesamt hat die Differenzierung der Motive zugenommen; rückläufig war hingegen die Zahl der Befragten ohne bekundetes Motiv.

2.32 Grundsätzliche Stellungnahme oder taktische Entscheide?

Schon vor der Abstimmung, aber auch in den ersten Kommentaren, war es vor allem in der Gegnerschaft der GSoA-Initiative geläufig, Ja-Stimmende in zwei Gruppen aufzuteilen:

- in «*harte*» *ArmeegegnerInnen*, welche gegen jegliches Militär eingestellt sind und dem Volksbegehren aus Überzeugung zustimmten, und
- in «*weiche*» *ArmeegegnerInnen*, die angesichts des praktisch sicheren Abstimmungsausgangs ihrem Unmut in bestimmten Bereichen der Armee Luft verschaffen wollten und den Stimm-Zettel als Denk-Zettel benutzten.

Als hauptsächlichstes Unterscheidungskriterium wählten wir das in der Fachliteratur diskutierte Argument der strategischen bzw. taktischen Stimmabgabe²³.

Figur 2-10:

Grundsätzliche und taktische Stimmabgabe in beiden Lagern

Nein-Stimmende

- grundsätzliche GegnerInnen der Initiative (bzw. harte ArmeebefürworterInnen)	50 %
- unentschieden	4 %
- taktische GegnerInnen der Initiative (bzw. weiche ArmeebefürworterInnen)	8 %
- keine Angabe	2 %

Ja-Stimmende

- weiche ArmeegegnerInnen (bzw. taktische BefürworterInnen der Initiative)	12 %
- unentschieden	2 %
- harte ArmeegegnerInnen (bzw. grundsätzliche BefürworterInnen der Initiative)	20 %
- keine Angabe	3 %

23 Vgl. etwa M. Gärtner: Voter's Expectations and Elections Prediction, Univ. Konstanz 1975 und die darauf aufbauenden Überlegungen des «taktischen Wählens».

In unserer Untersuchung liessen wir die Befragten sich selber einordnen; damit wollten wir den Mangel jeder Einschätzung von aussen vermeiden²⁴. In der Tat ergaben sich die folgenden Stärkeverhältnisse: 20 Prozent der Teilnehmenden (56% der Ja-Stimmenden) bezeichneten sich selber als «harte ArmeegegnerInnen», 12 Prozent der Stimmenden (33% des Ja-Lagers) sahen sich selber als Denktettel-Stimmende. Bei den Nein-Stimmenden handelte es sich mehrheitlich um Personen, welche die GSoA-Initiative grundsätzlich ablehnten (50% der Teilnehmenden oder 78% der Nein-Stimmenden). 8 Prozent sagten von sich selber, sie hätten eigentlich gerne Ja gestimmt. Angesichts der Nein-Kampagne gegen ein Trotz-Ja bzw. angesichts der plötzlichen Popularität des Vorhabens liessen sie sich jedoch umstimmen. Insgesamt 11 Prozent der Teilnehmenden – praktisch gleich stark in beiden Lagern – waren bezüglich einer solchen Einteilung unentschieden.

Dies führt uns zu folgendem *Fazit*:

- *Denk-Zettel-Stimmen*: Eine Minderheit von einem Drittel sieht sich selber als Denktettel-Stimmende. Das für sie typischste Motiv ist die Reform der Armee bzw. den falschen Stellenwert, den sie geniesst. Ihre Haltung zum Militär ist distanziert skeptisch, verunsichert und reformorientiert.
- *Unterschiede im Ja-Lager*: Für die grundsätzliche Armeegegnerschaft kennzeichnend sind besonders die Kritik der Sinnlosigkeit von Armee und die Forderung nach einer umfassenden oder gewaltfreien Friedenspolitik. Die Vermutung, die Friedenspolitik habe vor allem gutgläubige Armeebefürworter verführt, erweist sich als unzutreffend.
- *Gemeinsamkeiten im Ja-Lager*: Die Grenzen einer solchen Typisierung zeigen sich vor allem bei den finanziellen und den persönlichen Motiven. Solche Nennungen finden sich sowohl bei grundsätzlichen ArmeegegnerInnen als auch bei den Denktettel-Stimmenden gleich häufig.

2.33 Unterstützung von Argumenten Pro und Kontra Armeeausschaffung

Erst in einem zweiten Umgang haben wir eine Reihe von 14 Argumenten vorgelegt, die während der Kampagne von befürwortender oder ablehnender Seite vertreten worden waren. Den Befragten gaben wir die Möglichkeit, bei jeder Vorgabe einzeln Stellung zu nehmen. Sie mussten sich nicht mehr für die wichtigsten Beweggründe entscheiden. Auch konnten sie unabhängig von ihrem Stimmentscheid durch die Bewertung von Sichtweisen aus dem eigenen oder fremden Lager differenzierende Akzente setzen.

Aus der Vielzahl *sicherheitspolitischer Argumente* der *Kontra-Seite* entschieden wir uns für:

- die Garantie von Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit durch die Armee;
- die positive Erfahrung mit der immerdauernden, bewaffneten Neutralität und
- den Defensivcharakter des Schweizer Militärs als Vorbild für andere Armeen.

24 Die Interview-Vorgabe lautete: «Nach der Abstimmung wurde viel darüber diskutiert, was ein 'Ja' oder 'Nein' zur Initiative bedeutet. Ganz ehrlich gesagt, welche der beiden Meinungen trifft auf Sie eher zu: (nur Ja-Stimmende) – Mein 'Ja' zur Initiative ist eine grundsätzliche Ablehnung der Armee. – Mein 'Ja' zur Initiative ist vor allem eine taktische Unterstützung für eine aussichtslose Initiative. (nur Nein-Stimmende) – Mein 'Nein' zur Initiative ist eine grundsätzliche Befürwortung der Armee. – Mein 'Nein' ist vor allem eine taktische Ablehnung einer populären Initiative.» Antwortmöglichkeiten jeweils noch «weiss nicht / unentschieden» und «keine Angabe».

Das Militär als schützende, defensive und neutrale Instanz hat für 6 oder 7 von 10 Befragten Gültigkeit (vgl. *Figur 2-11a*). Damit sind die Grundpfeiler der Rechtfertigung bei einem etwa gleich grossen Bevölkerungsanteil verankert, wie am 26. November Nein-Stimmen resultierten. Bei den Initiativ-GegnerInnen selber waren es sogar neun von zehn, die sich diesbezüglich einverstanden erklärten. Allerdings haben diese Argumente über diesen Kreis hinaus an Integrationskraft verloren. Besonders die bewaffnete Neutralität und die Armee als Voraussetzung für die Souveränität wirken polarisierend. Die BefürworterInnen der Armeeabschaffung teilen diese Haltungen nicht.

In der Einschätzung des Defensivcharakters der Schweizer Armee scheiden sich die Geister schon im Ja-Lager stärker. Eigentlich nur jene, welche das Militär radikal ablehnen, widersetzen sich dieser Ansicht, sei es, weil für sie überhaupt keine Armee ein Vorbild ist, oder weil sie jedes Wehrwesen als potentiell aggressiv ansehen. Alle übrigen Befragten sehen das schweizerische Militär zurückhaltend, auf die eigene Verteidigung ausgerichtet.

Auf der *Pro-Seite* haben wir ausgewählt :

- den Schutz durch die Armee als Täuschung bezüglich neuer existentieller Bedrohungen ;
- die überflüssige, nationalstaatliche Verteidigung angesichts der wirtschaftlichen Verflechtung über die Grenzen hinaus und
- die Verteidigungschancen der Schweiz im Atomkrieg.

Die stärkste Unterstützung bei den Pro-Argumenten findet sich bei der *Unmöglichkeit, sich im Atomkrieg verteidigen zu können*. Drei von vier Befragten glauben trotz Armee, Zivilschutz und Gesamtverteidigung nicht an ein Überleben in einem solchen Angriffsfall. Alle *Typen von Ja- oder Nein-Stimmenden sind überwiegend dieser Ansicht*. Allerdings hängt die Bewertung von der eingeschätzten Möglichkeit eines solchen Krieges ab ; auch wirkt das Argument noch nicht überall in gleicher Weise : Die Befürworter der Armee stehen trotz dieses Defizits zu ihr ; für die Ja-Stimmenden ist es ein Hinweis auf die Absurdität von Waffen, Krieg und militärischem Denken überhaupt.

Die beiden anderen sicherheitspolitischen Argumente erweisen sich als weniger zugkräftig. Vor allem umstritten ist, ob die wachsende ökonomische Interdependenz als Begründung für einen Verzicht der Armee dienen kann. 29 Prozent sind davon überzeugt. Wer am 26. November nein sagte, ist eher von einer «Sowohl-als-auch»-Haltung überzeugt : Sie lehnen wirtschaftliche Zusammenarbeit über den Nationalstaat nicht ab ; aber sie sehen die Armee weiterhin als Voraussetzung für dessen Souveränität. Wie die nachstehenden Ausführungen zeigen werden, wandelt sich auch bei ihnen das Bedrohungsbild weg von den klassischen Gefahren ; doch ist dies kein Grund, keine Armee als Rückversicherung für alle mehr zu haben.

Das *Fazit* lautet hier : Die gegnerischen Sichtweisen in sicherheitspolitischen Fragen überwiegen ; sie werden in der Regel von rund zwei Dritteln der Befragten geteilt. Die Verteidigungsfähigkeit im Atomkrieg ist das grösste Defizit. Die polare «entweder / oder»-Haltung, die mit der GSoA-Initiative gestellt wurde, konnte deshalb in diesem Bevölkerungssegment keine Gewinne verbuchen. Umgekehrt gilt, dass sich gegen ein Drittel mit den

Figur 2-11a:

*Bewertung zentraler Kontra-Argumente zur GSoA-Initiative
(sicherheitspolitischer Bezug)*

Vorgabe	Bezugsgruppe	einverstanden	nicht einver-	keine Angabe
		%	standen %	keine Angabe %
		(Zeilenprozentuierung)		
«Die Schweizer Armee ist ein Musterbeispiel eines Wehrwesens, das rein defensiv ist und niemanden bedroht.»	Stimmberechtigte	72	23	5
	Ja-Stimmende	46	49	5
	hartes Ja	33	56	11
	weiches Ja	69	28	3
	Nein-Stimmende	89	9	2
	weiches Nein	80	14	6
	hartes Nein	92	6	2
				0.00 0.69
«Der Anspruch der Bevölkerung auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit ist ohne Armee nicht mehr gewährleistet.»	Stimmberechtigte	59	35	6
	Ja-Stimmende	14	78	8
	hartes Ja	5	91	4
	weiches Ja	25	69	7
	Nein-Stimmende	87	10	3
	weiches Nein	70	23	7
hartes Nein	90	8	2	
				0.00 0.60
«Die Schweiz muss auch in der heutigen Zeit an der bewaffneten Neutralität unbedingt festhalten.»	Stimmberechtigte	64	30	6
	Ja-Stimmende	18	75	7
	hartes Ja	7	89	4
	weiches Ja	29	64	7
	Nein-Stimmende	93	5	2
	weiches Nein	83	11	6
hartes Nein	96	2	2	
				0.00 0.73

Lesebeispiel:

Die erste Interview-Vorgabe befürworteten total 72% der Befragten. 23% sind mit ihr nicht einverstanden; 5% äusserten sich hier nicht. Unter den Ja-Stimmenden betragen die Anteile 46 bzw. 49 bzw. 5%. Differenzieren wir noch nach grundsätzlichen und taktischen Ja-Stimmen, ergeben sich Anteile von 33% bzw. von 69%, die zustimmen. Insgesamt ist der Zusammenhang zwischen dem Stimmverhalten und der Argumentenbewertung sehr stark ($\Gamma = 0.69$) und verallgemeinerungsfähig ($\chi^2 = 0.00$).

offiziellen Rechtfertigungsgründen der Schweizer Armee nicht oder nur bedingt anfreunden kann.

Wie beurteilen die Befragten die *gesellschaftspolitischen Argumente* pro und kontra Armee? Auch hier haben wir in der Öffentlichkeit kontrovers vertretene Standpunkte einem Test zu den wirtschaftlichen Konsequenzen, dem Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft die Bedeutung der Armee für Männer und Frauen unterzogen.

Figur 2-11b:

*Bewertung zentraler Pro-Argumente zur GSoA-Initiative
(sicherheitspolitischer Bezug)*

Vorgabe	Bezugsgruppe	einverstanden	nicht einver-	keine Angabe
		%	standen %	%
		(Zeilenprozentuierung)		
«Im Krieg mit Atomwaffen hat die Schweiz keine Abwehrchance mehr.»	Stimmberechtigte	72	19	9
	Ja-Stimmende	89	8	3
	hartes Ja	95	5	0
	weiches Ja	84	13	4
	Nein-Stimmende	62	28	10
	weiches Nein	73	16	11
	hartes Nein	60	30	10
				0.00 0.54
«Das Militär verhindert, auf die heutigen Bedrohungen wie die Belastung der Umwelt und soziale Ungleichheiten weltweit eine angemessene Antwort zu geben.»	Stimmberechtigte	39	41	20
	Ja-Stimmende	52	36	12
	hartes Ja	58	33	9
	weiches Ja	40	43	17
	Nein-Stimmende	31	49	20
	weiches Nein	38	43	19
	hartes Nein	30	49	21
				0.00 0.31
«In einer Welt, in der wir wirtschaftliche alle aufeinander angewiesen sind, braucht es keine Armee mehr.»	Stimmberechtigte	29	62	9
	Ja-Stimmende	71	22	12
	hartes Ja	87	10	3
	weiches Ja	52	40	8
	Nein-Stimmende	5	90	20
	weiches Nein	15	63	22
	hhartes Nein	4	77	18
				0.00 0.68

Vordergründig fällt die Popularität der wirtschaftlichen oder finanziellen Argumente auf beiden Seiten auf (vgl. *Figur 2-12a*): Drei Viertel der Befragten, noch deutlichere Anteile bei den Nein-Stimmenden und auch eine Mehrheit der taktisch Ja-Stimmenden schlossen negative Konsequenzen bezüglich Arbeitsplätzen nicht aus. Umgekehrt hätten sich zwei Drittel andere Verteilungen öffentlicher Gelder oder Steuerersparnisse versprochen, wenn die Armee abgeschafft worden wäre. Die Zustimmung ist in erster Linie deshalb hoch, weil sich jeweils namhafte Anteile im gegenüberliegenden Lager mit den Ansichten einverstanden erklärten. Wer Ja stimmte, schloss Arbeitsplatzverluste nicht aus. Auch wer Nein stimmte, dachte, eine Abschaffung hätte Geld einsparen helfen. Für die Handlungsrelevanz heisst dies, dass diese Argumente den Stimmenscheid nicht massgeblich beeinflussen haben.

Die beiden anderen ausgewählten *Nein-Strategien* werden nur noch von Minderheiten akzeptiert. Neubewertet wird die Wehrpflicht als Gegenstück zu den politischen Rechten. Seit

der Einführung des Frauenstimmrechts ist dieser Grundsatz faktisch durchbrochen; Frauen haben politische Rechte, ohne Militärdienst zu leisten. Aber auch das Selbstverständnis wandelt sich: Nur noch bei den ArmeebefürworterInnen ist dieser Brückenschlag geläufig. Ihre Antipoden verstehen die politischen Rechte voraussetzungslos; dies gilt bei den grundsätzlich Ja-Stimmenden vollumfänglich, bei den taktisch Votierenden mehrheitlich.

Figur 2-12a:

*Bewertung zentraler Kontra-Argumente zur GSoA-Initiative
(gesellschaftspolitischer Bezug)*

Vorgabe	Bezugsgruppe	einverstanden	nicht einver-	keine Angabe	
		%	standen %	%	
(Zeilenprozentuierung)					
«Die Abschaffung der Armee hat einen Verlust an Arbeitsplätzen zur Folge.»	Stimmberechtigte	73	22	5	
	Ja-Stimmende	47	47	6	
	hartes Ja	33	61	4	
	weiches Ja	69	29	2	
	Nein-Stimmende	89	8	3	
	weiches Nein	84	14	2	
	hartes Nein	92	6	2	
				0.00	0.56
«Die Wehrpflicht ist das notwendige Gegenstück zu den Bürgerrechten.»	Stimmberechtigte	45	41	14	
	Ja-Stimmende	18	69	13	
	hartes Ja	6	83	11	
	weiches Ja	34	52	14	
	Nein-Stimmende	66	28	6	
	weiches Nein	67	22	1	
	hartes Nein	63	30	7	
				0.00	0.45
«Eigentlich wird man erst in der Rekrutenschule wirklich zum Mann.»	Stimmberechtigte	34	58	8	
	Ja-Stimmende	10	85	5	
	hartes Ja	4	92	4	
	weiches Ja	18	81	1	
	Nein-Stimmende	48	44	8	
	weiches Nein	39	59	2	
	hartes Nein	51	40	9	
				0.00	0.51

Kritisch ist die Haltung zur Sozialisationsfunktion der Armee für Männer. Ausgehend von einem traditionellen Gesellschaftsbild, von einer klaren geschlechtsspezifischen Rollenenteilung und der Vorherrschaft der Männer in Beruf und Öffentlichkeit, kommt der Rekrutenschule eine besondere Erziehungsfunktion zu. Sie war die formende «Schule der Nation»; durch sie wurde man zum Mann. Die Unterstützung einer solchen Auffassung ist nur noch bei einem Drittel vorhanden. Eine (knapp) befürwortende Mehrheit zeigt sich nur bei den harten GegnerInnen der GSoA-Initiative.

Aber auch die beiden weiteren *Pro-Strategien* sind nicht mehrheitsfähig. Vor allem stiess die Ansicht auf grössere Ablehnung, die Armee garantiere mit ihren Verhaltensformen zuerst die Aufrechterhaltung der patriarchalen Gesellschaft. Eigentlich nur die harten

Figur 2-12b:

*Bewertung zentraler Ja-Argumente zur GSoA-Initiative
(gesellschaftspolitischer Bezug)*

Vorgabe	Bezugsgruppe	einverstanden	nicht einver-	keine Angabe
		%	standen %	%
		(Zeilenprozentuierung)		
«Mit der Abschaffung der Armee können wir Steuern sparen oder viel Geld sinnvoller einsetzen.»	Stimmberechtigte	64	31	5
	Ja-Stimmende	94	5	1
	hartes Ja	98	2	0
	weiches Ja	90	8	2
	Nein-Stimmende	45	50	5
	weiches Nein	48	46	8
	hartes Nein	42	54	4
				0.00 0.78
«Die vielen Militärdienste belasten den einzelnen in seiner beruflichen oder privaten Entwicklung.»	Stimmberechtigte	41	48	11
	Ja-Stimmende	71	19	10
	hartes Ja	80	13	7
	weiches Ja	66	24	10
	Nein-Stimmende	21	70	9
	weiches Nein	27	64	9
	weiches Ja	18	73	9
				0.00 0.54
«Hierarchie, Drill und Kampf dienen vor allem der Aufrechterhaltung der patriarchalen Gesellschaft.»	Stimmberechtigte	37	47	16
	Ja-Stimmende	63	25	2
	hartes Ja	73	19	9
	weiches Ja	49	33	18
	Nein-Stimmende	20	65	15
	weiches Nein	32	55	13
	hartes Nein	19	66	15
				0.00 0.45

ArmeegegnerInnen sind hier einverstanden. Was die Belastung des Individuums durch den Militärdienst betrifft, unterscheiden sich wieder Ja- und Nein-Stimmende. Wer für die GSoA-Initiative war, der findet sich in der persönlichen oder beruflichen Entwicklung durch die intensive und lang andauernde Verpflichtung in der Milizarmee belastet – eine Haltung, für die Nein-Stimmende nur in Ausnahmefällen Verständnis zeigen.

Wie sahen die beiden Lager die *GSoA-Initiative* (vgl. *Figur 2-13*)? Die harte Formulierung eines Teils der GegnerInnen, die GSoA-AnhängerInnen seien Landesverräter und die Abschaffung der Armee sei ein radikaler Angriff auf die Schweiz, polarisierte schon im Nein-Lager. Sie wurde auch insgesamt von keiner Mehrheit der Befragten getragen (48%). Die

Ja-Stimmenden selber verwarfen dieses Bild über sich selber sehr deutlich. Umgekehrt zog auch das «Perestroika»-Bild der ArmeeabschafferInnen nur bei einer Minderheit: 46 Prozent der Bevölkerung glaubten, dass der Verzicht auf das Militär ein Beitrag zum sanften, sozialen und solidarischen Umbau der Gesellschaft sei. Besonders die harten Armeebefürworter widersprachen diesem Argument deutlich.

Figur 2-13:

Bewertung der GSoA-Initiative aus befürwortender und gegnerischer Sicht

Vorgabe	Bezugsgruppe	einverstanden	nicht einver-	keine Angabe
		%	standen %	%
		(Zeilenprozentuierung)		
«Die Abschaffung der Armee ist ein Angriff auf unseren Staat.»	Stimmberechtigte	48	47	5
	Ja-Stimmende	11	88	1
	hartes Ja	5	95	0
	weiches Ja	16	82	2
	Nein-Stimmende	72	24	4
	weiches Nein	64	34	2
	hartes Nein	77	19	4
				0.00 0.62
«Mit der Initiative zur Abschaffung der Armee geht es um einen sanften, sozialen und solidarischen Umbau der Schweiz.»	Stimmberechtigte	46	32	22
	Ja-Stimmende	80	8	12
	hartes Ja	85	6	9
	weiches Ja	77	16	7
	Nein-Stimmende	28	49	23
	weiches Nein	43	36	21
	hartes Nein	28	52	20
				0.00 0.56

Als *Fazit* zu den gesellschaftspolitischen Argumenten nennen wir:

- *Polarisierte Ansichten:* Die gesellschaftspolitischen Rechtfertigungen der Armee sind stärker umstritten. Überwogen die sicherheitspolitischen Argumente der GegnerInnen, so haben wir hier eine gespaltene Schweiz vor uns. Die Zustimmungsdifferenzen betragen im Ja- und Nein-Lager durchschnittlich 50 Prozent.
- *Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Ja-Lager:* Die harten und weichen ArmeegegnerInnen sind nicht in allen Bewertungen verschieden. Polar sind die Meinungen im Ja-Lager, wenn es um die Arbeitsplätze und wenn die Armee als Garant der patriarchalen Gesellschaft geht.
- *Relativierte Zugkraft ökonomischer Argumente:* Eines der üblicherweise zugkräftigsten Motive – wirtschaftliche Nachteile durch Neuerungen – wurde wenigstens teilweise neutralisiert; wie wir schon mit der Motivanalyse gezeigt haben, war es nur beschränkt handlungsrelevant.

- *Keine mehrheitsfähigen Alternativen?* In den anderen überprüften Stellungnahmen bricht der Konsens zusehends auseinander: Die Sichtweise der Initiativ-GegnerInnen verlieren an Unterstützung. Den BefürworterInnen einer Abschaffung ist es indessen nicht gelungen, mehrheitsfähige Motive zu formulieren.

2.4 Militärfragen in der direkten Demokratie

Werfen wir zum Abschluss die Frage auf, wie weit der festgestellte Wertwandel bei Armeevorlagen sichtbar wird.

2.41 Zum sicherheitspolitischen Stellenwert der Armee

Die Einstellungen zum sicherheitspolitischen Stellenwert der Armee lassen sich anhand

- der Verteidigungswürdigkeit,
- der Verteidigungsnotwendigkeit und
- der Verteidigungsfähigkeit

erfassen²⁵. Diese drei Faktoren bestimmen den Verteidigungswillen, mit der das Stimmverhalten gekoppelt war. Umgekehrt ist dieses Einstellungsbündel nicht unabhängig vom Bedrohungsbild, das sich die Bevölkerung macht. In Anlehnung an bestehende Untersuchungen haben wir eine Reihe von Zusatzfragen formuliert bzw. vereinzelt bestehende Ergebnisse systematisch zusammengestellt. Die hauptsächlichen diesbezüglichen Erkenntnisse lauten:

- *Verteidigungsnotwendigkeit:* Die Notwendigkeit der Verteidigung wird verbreitet akzeptiert (vgl. *Figur 2-14*)²⁶. 72 Prozent der Stimmberechtigten befürworten diese Forderung; 26 Prozent lehnen sie ab. Bis zu Beginn der 80er Jahre haben verschiedene Umfragen stets einen Wert von 85 Prozent mit positiver Haltung ergeben. Seither hat sich die Stabilität auf einem *vergleichsweise hohen Niveau in einen negativen Trend* verwandelt. Durchschnittlich drei Prozent (oder rund 120 000 Personen) wechseln pro Jahr ihre Meinung. Auch ist der Anteil rückläufig, der die Notwendigkeit für «absolut» hält. 1988 war es nur noch etwas mehr als die Hälfte; bei den unter 40jährigen hielt schon damals eine Minderheit von nur 42 Prozent die Armee für «zwingend» notwendig. – Praktisch parallel zur Verteidigungsnotwendigkeit entwickelte sich die persönliche Bereitschaft, im Angriffsfall Gewalt anzuwenden²⁷. Gegenwärtig bejahen 72 Prozent diese Frage; ein Fünftel verneint eine solche Notwendigkeit; der Rest hat keine Meinung. Auch hier ist die Tendenz seit 1983 rückläufig.

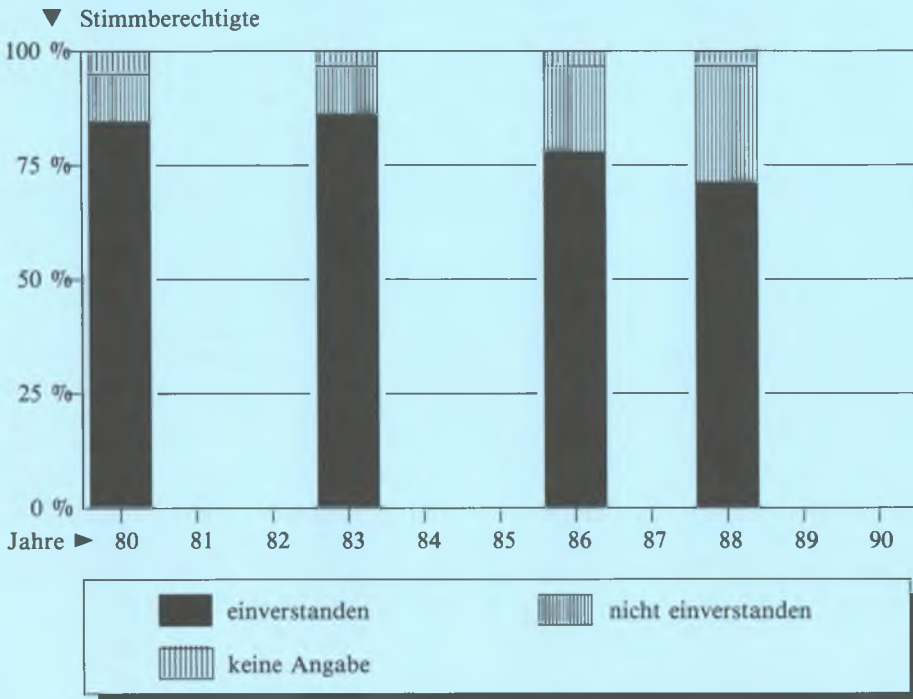
25 Vgl. den methodischen Anhang.

26 Die Interview-Vorgabe lautet: «Sind Sie der Meinung, dass es für die Schweiz notwendig ist, eine Armee zu unterhalten?» Die Antwortmöglichkeiten waren (1986/88): notwendig; eher notwendig; eher nicht notwendig; nicht notwendig und keine Angabe.

27 Die Interview-Vorgabe lautet: «Soll sich Ihrer Meinung nach die Schweiz im Falle eines militärischen Angriffs mit Waffengewalt wehren, oder soll sie sich nicht wehren?» Die Antwortmöglichkeiten waren: ja mit Waffengewalt wehren; nein nicht wehren und keine Angabe.

- **Verteidigungswürdigkeit:** Höher eingestuft als die Notwendigkeit einer militärischen Abwehrbereitschaft wird die Verteidigungswürdigkeit des Landes²⁸. Die positive Beantwortung dieser Frage hängt in erster Linie von der Identifikation der BürgerInnen mit dem Land; auf politischem Gebiet haben sich die Demokratie, der Rechtsstaat, die persönlichen Freiheiten und die Unabhängigkeit vom Ausland als besonders wichtig erwiesen. In der Tat befürworten fast 9 von 10 Befragten die Verteidigungswürdigkeit der Schweiz. Wenn diese 15 bis 20 Prozent stärker unterstützt wird als die Verteidigungsnotwendigkeit, lässt sich die Differenz als Kern des Potentials verstehen, das andere Mittel – wie die gewaltfreie oder nichtmilitärische Verteidigung – der Abwehr ausschliesslich bevorzugt. Denkbar ist auch, dass diese Befragten den nationalstaatlichen Rahmen angesichts der jüngsten welt- und europapolitischen Veränderungen bloss noch als bedingt geeignet ansehen.

Figur 2-14:
Notwendigkeit Armee – Trends in den 80er Jahren



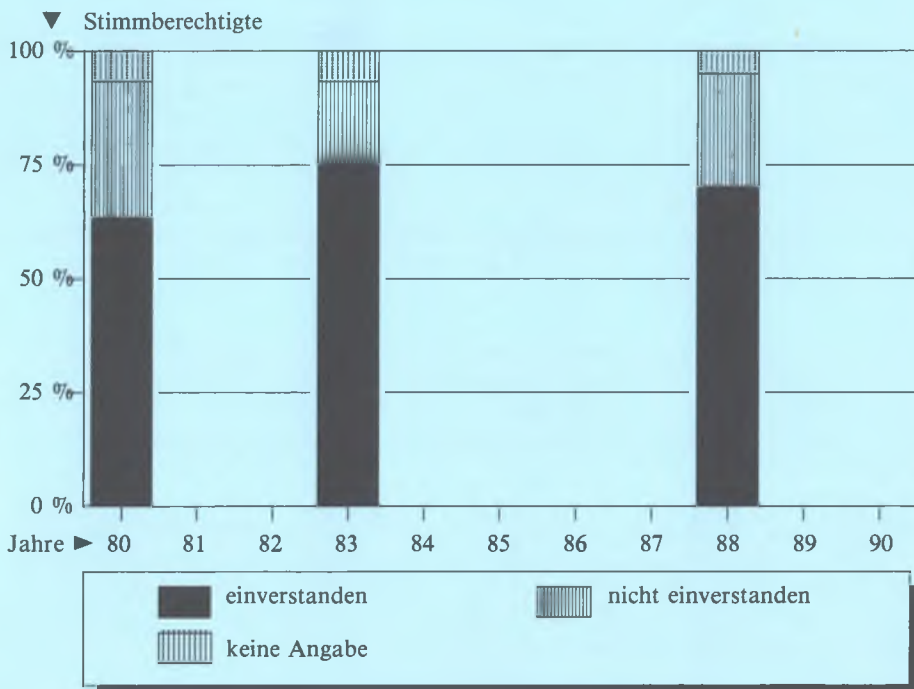
VOX-Analyse, 26. November 1989, Quellen: Haltiner (1986), Univox (1988)

28 Die Interview-Vorgabe lautete: «Die Schweiz ist es wert, verteidigt zu werden», die Antwortmöglichkeiten waren 'einverstanden', 'nicht einverstanden' und 'keine Angabe'.

- **Verteidigungsfähigkeit:** Tiefer eingestuft als die Notwendigkeit wird die Fähigkeit der Schweizer Armee, das Land tatsächlich verteidigen zu können (vgl. *Figur 2-15*). Allerdings kommt es hier auf den ausgewählten Aspekt an: Das Militär begründet sein Dasein zuerst mit einer abschreckenden Wirkung; erst in zweiter Linie ist die Armee zur Abwendung kriegerischer Angriffe da.
 - An einen Beitrag zur *Dissuasion* glauben nur zwei Drittel der Stimmberechtigten. Über die Zeit hinweg ist kein klarer Trend ersichtlich; wir können bei der zugeschriebenen Abschreckung von einem Schwanken in einer bestimmten Bandbreite über die Hälfte ausgehen²⁹.
 - Die Abwehrchancen in einem konventionellen Krieg sind nach Ansicht der Bevölkerung geringer. Hier zweifelt erstmals eine Mehrheit an der Fähigkeit, sich mit der Armee erfolgreich widersetzen zu können. Nur 46 Prozent glauben daran, in einem Angriffsfall nach herkömmlichem Muster zu bestehen. Ein Trend über die Zeit hinweg ist nicht ersichtlich.

Figur 2-15:

Dissuasionsbeitrag Armee – Trends in den 80er Jahren

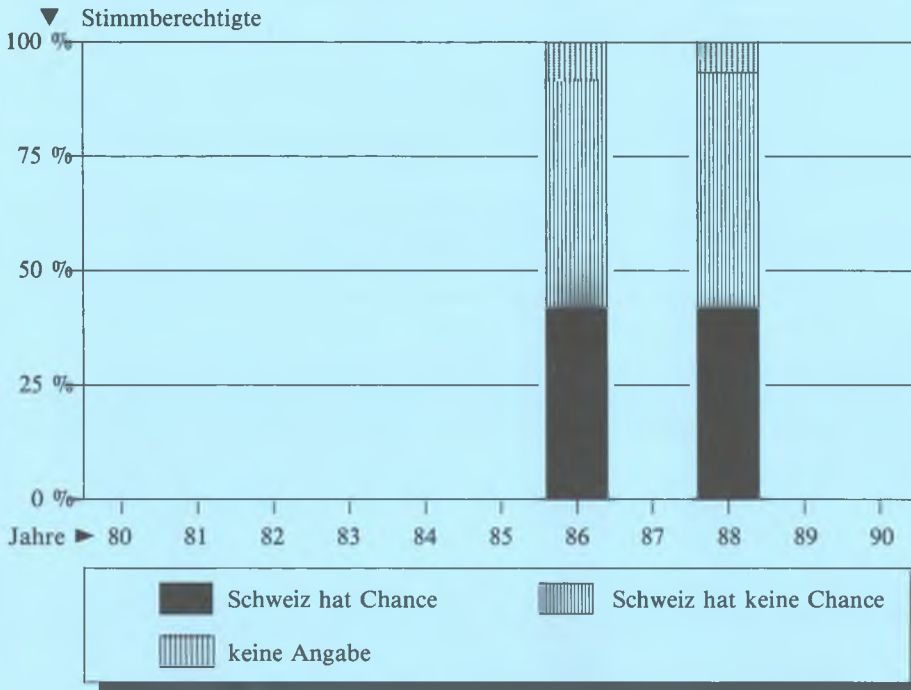


VOX-Analyse, 26. November 1989, Quellen: Haltiner (1986), Univox (1988)

29 Vor allem in Ländern mit direkter Kriegserfahrung resultieren tiefere Werte für den zugeschriebenen Dissuasionswert.

Figur 2-16:

Abwehrchancen konventionell – Trends in den 80er Jahren



VOX-Analyse, 26. November 1989, Quellen: Univox (1988), Tages-Anzeiger (1989)

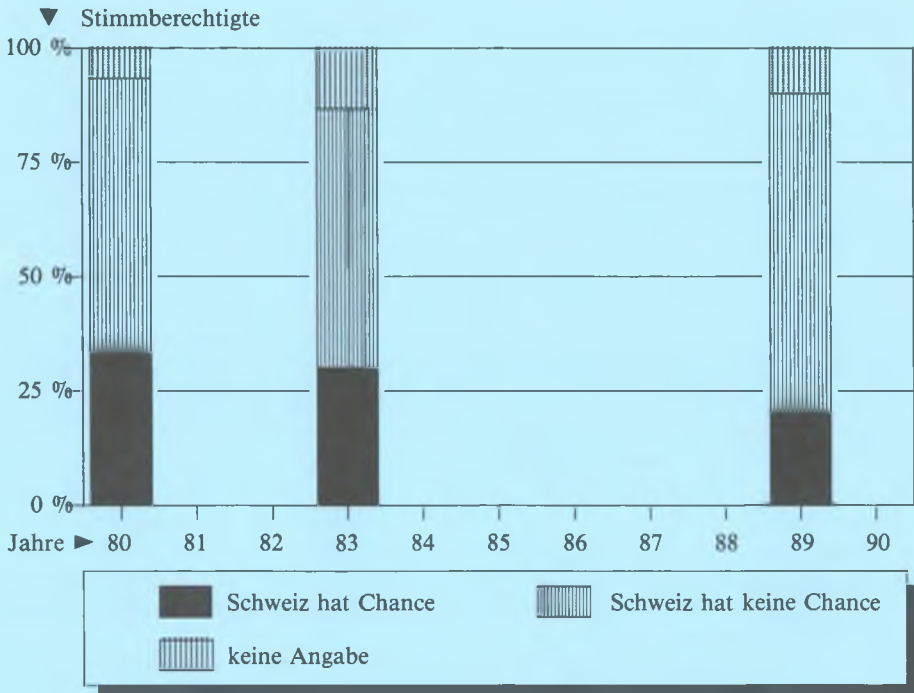
- Wie wir schon beim Argumententest gesehen haben, ist es mit den angenommenen Abwehrchancen im atomaren Krieg am schlechtesten bestellt. Zu den obigen Feststellungen kommt hier hinzu, dass die nicht der Glaube an die Verteidigungsfähigkeit gering ist; er hat im Verlaufe der 80er Jahre auch deutlich abgenommen.

Das «*erhebliche Glaubwürdigkeitsdefizit*» (Haltiner 1986), das schon zu Beginn der 80er Jahre festgestellt worden ist, *hat seither noch zugenommen*. Die Diskrepanz zwischen der Verteidigungswürdigkeit, -notwendigkeit und -fähigkeit ist nicht unabhängig vom Bedrohungsbild und von den Antworten, welche die Armee auf diese Situation gibt. Seit der letztmaligen Überprüfung des sicherheitspolitischen Konzepts der Schweizer Armee (1973) haben sich die objektive und subjektive Bedrohungslage verändert; letztere lässt sich anhand von Befragungen wie folgt resümieren:

- **Kriegswahrscheinlichkeit:** Die Entspannungspolitik in Europa hat die Einschätzung der politischen Lage durch die Bevölkerung verbessert. Mit diesem Wandel ist auch die wahrgenommene Kriegsgefahr rückläufig. Glaubte 1983 ein Drittel, ein neuer

Figur 2-17:

Abwehrchancen atomar – Trends in den 80er Jahren



VOX-Analyse, 26. November 1989, Quellen: Haltiner (1986), Vox (1990)

Weltkrieg sei wahrscheinlich, ist der Vergleichswert gegenwärtig viel tiefer. Gerade noch 7 Prozent gaben (vor den allerneuesten Entwicklungen in Osteuropa) an, in naher Zukunft mit einem Krieg zu rechnen. Wenn ein Trend zur Beruhigung festzustellen ist, darf dies nicht direkt mit den oben referierten Einstellungen verglichen werden; in dieser Frage handelt es sich um eine Wahrnehmung der Aussenwelt, die sich rasch neuen Gegebenheiten anpasst.

- **Bedrohungslage:** Im Wandel ist auch das allgemeine Bedrohungsbild. Die rein militärischen Gefahrenquellen sind durch eine Reihe anderer Bedrohungsmomente überlagert worden. Subjektiv sind dies
 - die Umweltbelastung oder technischen Katastrophen mit bleibenden Schäden für die Natur und Mensch;
 - der Drogen-Krieg und Aids;
 - Terroranschläge, Geiselnahmen und Entführung zur politischen Destabilisierung;
 - die Überbevölkerung in der Dritten Welt, Flüchtlingsströme rund um die Erde und die Verschuldungskrise in den Entwicklungsländern sowie
 - wirtschaftliche Erpressung durch Rohstoff- oder Energieverknappung.

Qualitativ gewertet kann dies als Bedrohungsbild im Übergang von einer «(Nach-)Kriegsgesellschaft» zu einer «Risikogesellschaft»³⁰ bezeichnet werden.

Folgende Punkte möchten wir als *Fazit* hervorheben:

- *Notwendigkeit bejaht*: Armeevorlagen, die auf der *Ja/Nein-Dimension* angesiedelt sind, haben bis auf weiteres keine Chance in Volksabstimmungen. Das Potential, das die Notwendigkeit der militärischen Verteidigung des Landes rundweg ablehnt, beträgt ein Viertel; es ist allerdings leicht im Zunehmen begriffen. Damit werden Werte für die harte Armeegegnerschaft an der oberen Grenze bestätigt, die wir bei der Motiv-Analyse durch Selbsteinschätzungen ermittelt haben.
- *Differenzierte Haltungen*: Aus dem Ergebnis zur GSoA-Initiative zu schliessen, die Schweiz erscheine den Schweizer und Schweizerinnen überhaupt nicht mehr verteidigungswürdig, ist insgesamt nicht zutreffend. Die Verteidigungsnotwendigkeit und -würdigkeit des Landes werden stärker unterstützt als Nein-Stimmen resultierten; dies bedeutet, dass sich hier auch im Ja-Lager teilweise Zustimmung findet. Umgekehrt wird der Armee in geringerem Masse eine Verteidigungsfähigkeit attestiert, als die GSoA-Initiative abgelehnt wurde; in diesem Fall ergibt sich auch im Nein-Lager ein Zweifel an der wirklichen Verteidigungsfähigkeit.
- *Defizite*: Die hauptsächlichsten sicherheitspolitischen Schwachstellen in den Augen der Bevölkerung sind einerseits der Atomkrieg, teilweise aber auch der partiell fehlende Glaube, sich in einem konventionellen Krieg verteidigen zu können. Sodann ist der Wandel des Bedrohungsbildes weg vom klassischen Kriegsverständnis hin zu diffusen Gefahrenquellen durch die Umwelt, Sucht, Technik oder durch einzelne nicht-staatliche Akteure zu erwähnen.
- *Gorbatschow und die Friedensbewegung?* Monokausale Erklärungen der hier festgestellten Wandlungerscheinungen, etwa über einen «Gorbatschow-Effekt», halten wir für kurzichtig³¹. Zutreffender erscheint, dass die Abrüstungsbemühungen die ablaufenden Prozesse beschleunigen. Der Atomkrieg bzw. die Unmöglichkeit, sich verteidigen zu können, ist das älteste und verbreitetste Einfallstor; er bedroht die Legitimation der Armee schon länger. Aber auch die anderen hier vorgestellten Indikatoren aussen- oder sicherheitspolitischer Art sind spätestens 1983 ins Rutschen geraten. Haben die Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluss, einen Raketenkrieg in Europa und der Protest der Friedensbewegung zu Beginn der 80er Jahre grössere, untergründige und bleibendere Wirkungen gehabt, als dies nach dem Verschwinden aus den Schlagzeilen angenommen worden ist?

2.42 Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung der Armee

Der Einstellungswandel gegenüber der Armee lässt sich auch vor dem Hintergrund einer geänderten gesellschaftspolitischen Bedeutung interpretieren. Weniger die aktuelle Welt-

30 Vgl. U. Beck : Die Risikogesellschaft, Frankfurt am Main 1987.

31 Vgl. stellvertretend K.W. Haltiner : «Abgeschaffte Bedrohung – Abschaffung der Armee», Institut für militärische Sicherheitspolitik der österreichischen Landesverteidigungsakademie, Velm 1989.

lage und die Einschätzung des Militärs als Instrument, mehr jedoch ihr Standort in der Gesellschaft sind demnach die hauptsächliche Ursache des Wandels der Armee gegenüber. Gerade eine Milizarmee ist durch die breite Erfassung der (männlichen) Bevölkerung den Veränderungen der eigenen Gesellschaft besonders ausgesetzt. Deutlich zum Ausdruck kommt dies in den seit 15 Jahren ermittelten Antworten zum zugeschriebenen Stellenwert für Individuum und Gesellschaft. Es lassen sich drei Positionen unterscheiden³²:

- **Leitbild:** Für die Strukturierung und Gestaltung des sozialen Lebens spielt die Armee bei diesem Bevölkerungsteil die zentrale Rolle. Militärische Lebens- und Denkweisen, die sich bewährt haben, sollen auch im zivilen Bereich Gültigkeit haben. Durch die Überlagerung wichtiger wirtschaftlicher, gesellschaftlicher politischer und militärischer Positionen soll ihr Einfluss auch ausserhalb von Kriegszeiten massgeblich bleiben. Mit der Zugehörigkeit zur Armee schliesslich bezeugt der Bürger seine Ehrenhaftigkeit. Die Unterstützung der Armee ist in erster Linie Ausdruck einer diffus-emotionalen Loyalität.
- **Notwendiges Übel:** Nicht mehr die nationale Symbolik oder gesellschaftliche Leitbildfunktion sind entscheidend. Vielmehr wird die Armee nach funktionalen Gesichtspunkten beurteilt. Persönliche oder gesamtgesellschaftliche Zweck/Mittel-Abwägungen bestimmen ihren Stellenwert. Die Armee wird als Institution bejaht; sie wird allerdings nurmehr als notwendiges Übel unterstützt. Sie ist als Teil einer Gesellschaft akzeptiert, die nicht mehr im Krieg steht, aber ihre Zukunft nicht kennt.
- **Bedeutungslosigkeit:** Die Armee ist für einen dritten Typ von BürgerInnen sicherheits- und gesellschaftspolitisch überholt. Ihre Existenz erscheint bloss noch als Belastung für Individuum und Gesellschaft. Auf sie könnte ohne Nachteile und Verluste verzichtet werden. Die gewünschte Abschaffung war der sinnvolle Schritt aus der überflüssigen Festung.

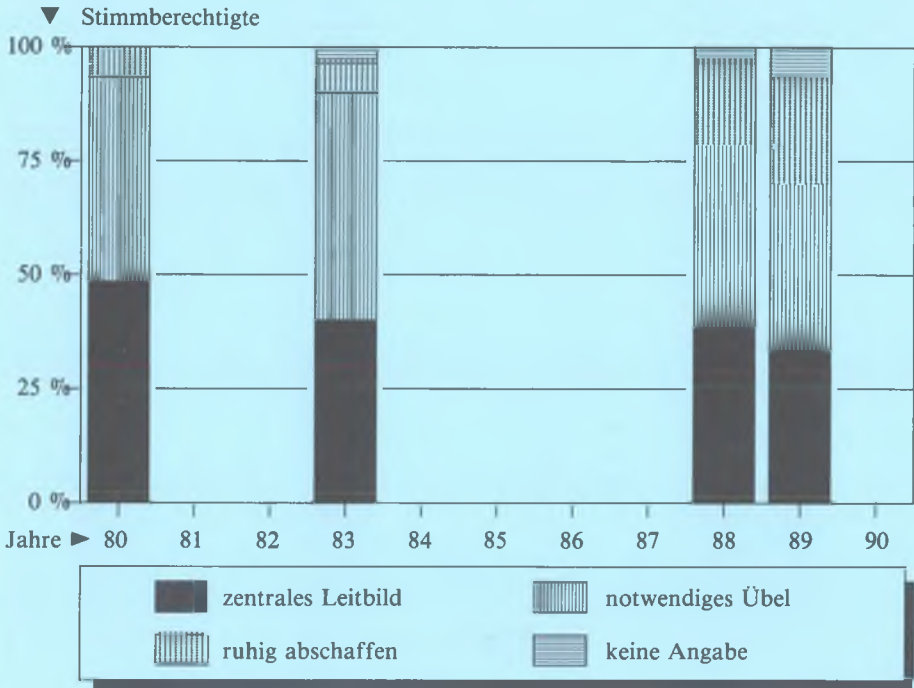
Mithin lohnt es sich, zwei Etappen zu unterscheiden: Bis zu Beginn der 80er Jahre nahm die Zentralität des Militärs zugunsten einer instrumentellen Haltung ab; die dritte Position blieb vorerst weitgehend marginal. Voreilig hat sich indessen der Schluss erwiesen, hierbei *die* Form der Umbewertung in der Nachkriegszeit zu sehen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre hat sich die Kritik radikalisiert. Bei weiter abnehmender Zentralität ist auch die instrumentelle Haltung rückläufig. *Einzig die völlige Bedeutungslosigkeit nimmt zu.* Dass es sich hierbei nicht nur um einen besonderen Effekt der Nachuntersuchung zur Armeeabschaffungsinitiative handelt, zeigt eine Kontrollbefragung, die im Dezember 1988 durchgeführt worden ist und praktisch die gleichen Ergebnisse lieferte:

- Für rund 35 Prozent der Stimmberechtigten (1976: 48%) hat die Armee weiterhin einen zentralen gesellschaftlichen Stellenwert; sie haben in der weitaus überwiegenden Zahl die Armeeabschaffungsinitiative abgelehnt.

32 Die Interview-Vorgabe lautet: «Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei solcher nenne ich ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen könnten: - Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so. - Das Militär ist ein notwendiges Übel. - Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.» Antwortmöglichkeiten gab es zudem: weiss nicht und keine Angabe.

Figur 2-18:

Gesellschaftliche Bedeutung der Armee – Trends in den 80er Jahren



VOX-Analyse, 26. November 1989, Quellen: Haltiner (1986), Pol. Kultur (1988), VOX (1990)

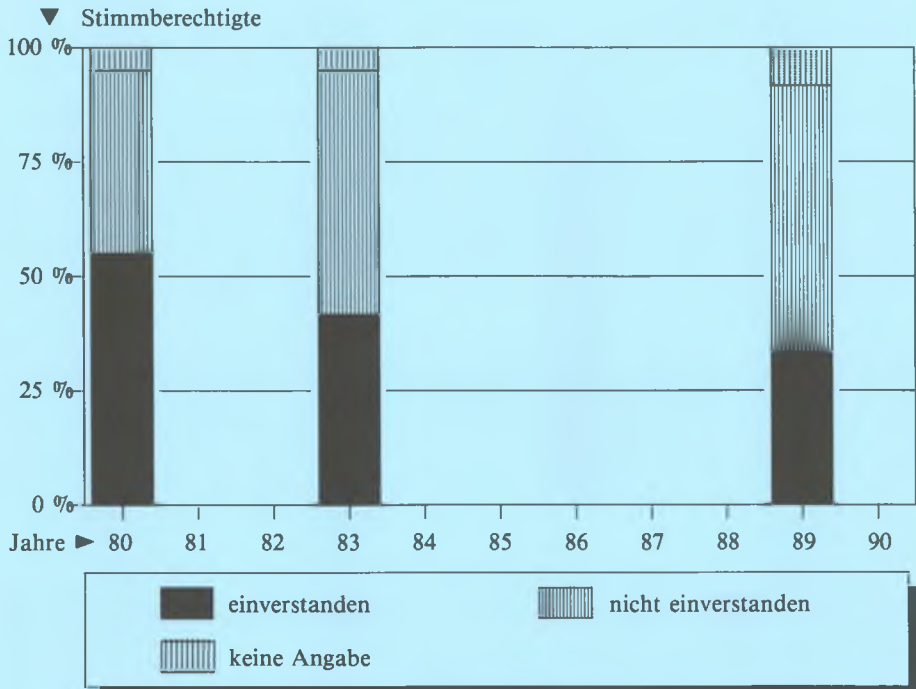
- Rund 37 Prozent der Stimmberechtigten (1976: 44%) zeigen dem Militär gegenüber eine instrumentelle Haltung. Sie haben zu drei Viertel die Armeeabschaffungsinitiative abgelehnt.
- Für 24 Prozent der Stimmberechtigten (1976: 6%) hat die Armee überhaupt keinen positiven Stellenwert mehr; sie haben der Armeeabschaffungsinitiative praktisch geschlossen zugestimmt.

Der Korrelationskoeffizient zum Stimmverhalten ist mit 0.77 ausserordentlich hoch. Dies heisst mit anderen Worten, dass der Entscheid zur GSoA-Initiative Ja oder Nein zu stimmen, in hohem Masse auch als Ausdruck der Wichtigkeit der Armee verstanden werden kann. Eine ganze Reihe anderer Haltungen zur Armee sind von diesem längerfristigen Bedeutungswandel betroffen; greifen wir drei heraus, die verschiedene Ausmasse beleuchten³³:

33 Weitere Aspekte beleuchtet hierzu: R. Meyer Schweizer, H.J. Schweizer-Meyer: «The Impact of Value Change on the Perception of Security Policy in Switzerland», International Society of Political Psychology, Tel Aviv 1989.

Figur 2-19:

Erziehungsinstanz für Männer – Trends in den 80er Jahren



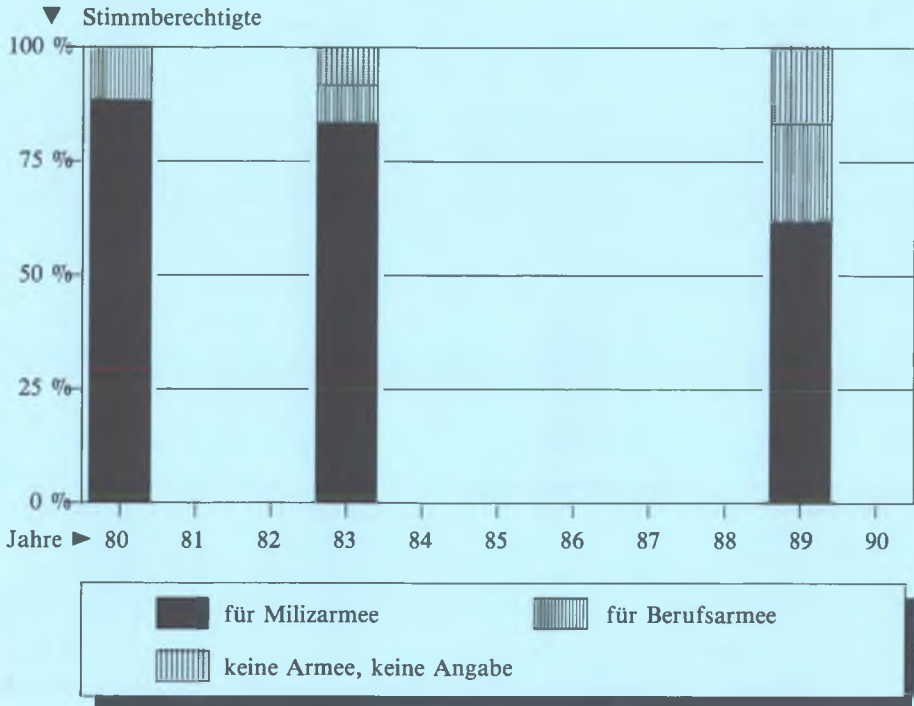
VOX-Analyse, 26. November 1989, Quelle: Univox (1986), Univox (1988), Vox (1990)

- **CH-Zement oder Machtinstrument:** Vor allem das Überleben des Zweiten Weltkrieges hat das Gemeinschaftsgefühl und die Identifikation mit der Gemeinschaft, der Nation, dem Staat gestärkt. Dem Militär kam die Funktion zu, die Bevölkerung über alle Gräben hinweg zusammenschweissen. Die daraus abgeleitete Ansicht, die Armee halte das Land zusammen, verliert an Zugkraft. Momentan bejahen dies noch 46 Prozent der Befragten. Damit einher geht die Wahrnehmung der Armee als Herrschaftsinstrument, das zuerst den Mächtigen im Lande dient. Im gleichen Masse, wie die erste Ansicht schwindet, steigt die zweite an. Auch sie kann mit 43 Prozent gegenwärtig (noch) keine Mehrheit überzeugen.
- Von der Umdeutung des gesellschaftlichen Stellenwertes noch wenig betroffen ist das *Milizprinzip*³⁴. Dies rührt einmal von der einzigartigen Bedeutung für die politische

34 1989 lautete die Interview-Vorgabe: «Unsere Armee besteht bekanntlich grossenteils nicht aus Berufssoldaten, sondern aus Bürgern der verschiedensten Berufe, die von Zeit zu Zeit Militärdienst leisten. Halten Sie das für eine gute Lösung, oder würden Sie eine Berufsarmee von Freiwilligen vorziehen?» Die Antwortmöglichkeiten waren: gegen Berufsarmee; für Berufsarmee; gegen Armee an sich / keine Angabe. Früher lautete die Vergleichsfrage: «Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?» Zudem waren als Antworten möglich: weiss nicht und keine Angabe.

Figur 2-20:

Miliz- / Berufsarmee – Trends in den 80er Jahren



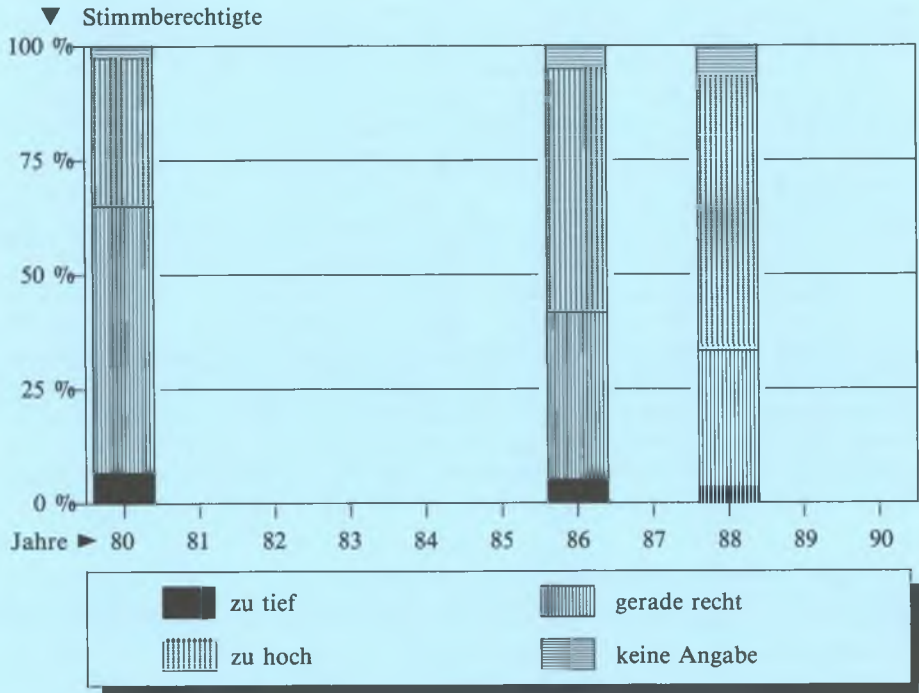
VOX-Analyse, 26. November 1989, Quellen: Meyer (o.J.), Haltiner (1986), Tages-Anzeiger (1989)

Kultur, aber auch für die Ausgestaltung des politischen Systems her. Sodann sind die Konflikte hier komplizierter: Die Kritik kommt von Seiten der Armee selber, weil sie zunehmend feststellt, dass nur eine Armee mit einem Kernbestandteil Berufssoldaten modernen Anforderungen des Krieges und der Waffen genügt. Umgekehrt ist die Unterstützung der Berufsarmee in jenen Gruppen grösser, die schon stärker auf Distanz zum Militär gegangen sind. Total 61 Prozent der Befragten unterstützen heute das Milizprinzip; auch hier ist der Trend seit 1976 konstant negativ. Interessant auch, dass die Antwort auf die Alternative «Miliz- oder Berufsarmee» stärker verweigert wird, weil die Frage zunehmend falsch gestellt erscheint.

- Am meisten betroffen sind dagegen die *Militärausgaben*. Fast unabhängig von ihrer effektiven Höhe hat das starke Gefühl zugenommen, es werde zuviel ausgegeben. Der Trend lässt sich über die ganzen 80er Jahre verfolgen. Momentan sind es nur 35 Prozent, welche die gegenwärtigen Militärausgaben für «gerade richtig» erachten. Wenn dabei die effektive Höhe nur grob bekannt ist, ist dies nicht eine Besonderheit der

Figur 2-21:

Einstellung Militärausgaben – Trends in den 80er Jahren



VOX-Analyse, 26. November 1989, Quelle: VOX (1980), Univox (1988)

Armeeaussgaben: Alle grossen Beträge können in ihrem Ausmass nur schlecht erfasst werden. Für die Haltung hierzu ist das Gefühl wichtiger, das bei mehr als der Hälfte der Bevölkerung eindeutig negativ ist.

Im Hinblick auf Militärvorlagen in der direkten Demokratie lässt sich folgendes *Fazit* ziehen:

- **Bedeutungsverlust:** Insgesamt findet sich bei der gesellschaftspolitischen Beurteilung der Armee eine kritischere Haltung als bei der sicherheitspolitischen Bewertung. Zudem ist die Tendenz hier durchwegs negativ. Zwischen den gewandelten Vorstellungen breiterer Bevölkerungsteile und dem effektiven gesellschaftspolitischen Standort der Armee wächst die Lücke. Vor allem bei der Legitimierung der Armee in Friedenszeiten ist zu erwarten, dass ohne Reformwille inskünftig die Kritik stärker wird.
- **Radikalisierte Kritik:** Die Distanzierung zur Armee drückt sich in einer veränderten Bewertung der Wichtigkeit aus. Dabei hat zuerst eine instrumentelle Haltung der Armee gegenüber an Boden gewonnen; in jüngster Zeit wächst eher die radikale Kritik

an der Institution. Vor allem unter Jungen nimmt die Haltung stark zu, der militärische und der zivile Bereich seien konsequent zu trennen. Mit Reformwille allein ist dieser Haltung nicht beizukommen.

- *Vorteilhafte Doppelkampagne*: Angesichts der rasch erodierenden, traditionellen Wertvorstellungen kann sich eine Kampagne zunehmend weniger auf jene Bevölkerungsteile konzentrieren, für welche die Armee weiterhin eine zentrale Bedeutung hat und die keine Kritik erträgt. Vielmehr gilt es, auch jene BürgerInnen anzusprechen, die sich eher durch eine instrumentelle Einschätzung der Armee auszeichnen und Armeereformen nicht verschliessen.
- *Doppelte Armeekritik*: Aber auch die Gegnerschaft der Armee kommt aus zwei verschiedenen Richtungen. Neue Werthaltungen sind entweder nachmaterialistischer Art, wobei traditionelle Sicherheits- und Akzeptanz mit Orientierungen wie Solidarität, Kreativität, Partizipation, Ästhetik oder Ökologie konfrontiert werden, oder aber neo-materialistischer Art, die sich durch einen Individualismus, persönliche Kosten/Nutzen-Rechnung oder durch verschiedene Spielarten des Egoismus auszeichnen. Armeekritische Vorlagen, die nicht auf der Ja/Nein-Dimension angesiedelt sind, sondern direkt die Wichtig/Unwichtig-Dimension ansprechen (Stellenwert, Toleranz, Kostenfrage etc.), erscheinen aussichtsreicher, wenn sie auch das gewachsene Potential der radikalen ArmeegegnernInnen wie am 26. November zu mobilisieren vermögen.

2.43 Radikalisiertes Verhalten als Folge des Wertwandels?

In den letzten 12 Jahren wurde insgesamt fünf Mal über armeekritische Vorlagen entschieden. Dabei sprachen vor allem die Rothenthurm-Initiative, aber auch das Volksbegehren für ein Rüstungsreferendum andere Motivgruppen an; im ersten Fall war es der Umweltschutz, welcher der Vorlage zum Erfolg verhalf; im zweiten Fall waren auch rein finanzielle Überlegungen mit im Spiel. Das Verhältnis von Individuum und Armee, bzw. die Bedeutung des Militärs in der heutigen Gesellschaft wurden direkt durch die beiden Zivildienst-Initiativen und das Volksbegehren zur Armeeausschaffung tangiert; deshalb stellt sich anhand dieser drei Volksentscheide die Frage, ob der über Umfragen festgestellt Wandel der Armee gegenüber im Abstimmungsverhalten Auswirkungen hat^{34a}.

Zunächst hat die *Radikalität der aufgestellten Forderungen zugenommen*. Die erste Zivildienst-Initiative war noch in Form einer allgemeinen Anregungen gehalten; im Detail liess sie vieles offen. 1984 schon postulierte der zweite diesbezügliche Vorstoss die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst. Mit der Armeeausschaffungsinitiative nun ging es nicht mehr um die Frage der Toleranz Minderheiten gegenüber, sondern um die Institution schlechthin. Sodann fällt auf, dass die *Zustimmungsquoten national praktisch identisch sind*. Alle drei Volksbegehren erhielten rund 35 Prozent der Stimmen. Verwerfen wir die Hypothese, dass es in der Schweiz ein konstantes Potential ArmeegegnernInnen in dieser Grössenordnung gibt, so drängt sich folgende Interpretation auf: *In der betrachteten Zeit-*

34a Vgl. auch R. Eppele-Gass: Friedensbewegung und die direkte Demokratie in der Schweiz., Diss., Frankfurt am Main 1988.

Figur 2-22:
Überblick über Stand und Veränderung der 14 verfügbaren Indikatoren zu «Armee in einem gewandelten Umfeld»

Indikator	Zustimmungsgrad		Entwicklungsstendenzen	
	quantitativ	qualitativ	quantitativ	qualitativ
Verteidigungswürdigkeit	88% einverstanden	sehr hoch	—	weitgehend stabil
Verteidigungsnotwendigkeit	72% einverstanden	hoch	— 3%/Jahr	seit 1983 sinkend
Bereitschaft zur gewalts. Verteidigung	72% einverstanden	hoch	— 3%/Jahr	seit 1983 sinkend
Dissensionsbeitrag der Armee	65% einverstanden	hoch	—	schwankend
Verteidigungsfähigkeit konventionell	46% hat Chance	minderheitlich	—	stabil
Verteidigungsfähigkeit atomar	28% hat Chance	tief	— 1%/Jahr	seit 1980 leicht sinkend
Kriegswahrscheinlichkeit	7% eher wahrscheinl.	sehr tief	— 5%/Jahr	seit 1983 stark sinkend
Bedeutung der Armee	33% zentral	tief	— 1%/Jahr	seit 1976 leicht sinkend
Sozialisationsfunktion für Männer	33% einverstanden	tief	— 1%/Jahr	seit 1976 leicht sinkend
Dienstplicht und Bürgerrecht	45% einverstanden	minderheitlich	— 4%/Jahr	seit 1983 stark sinkend
Zusammenhalt der Gesellschaft	46% einverstanden	minderheitlich	— 2%/Jahr	sinkend
Instrument der Mächtigen	43% einverstanden	minderheitlich	+ 2%/Jahr	steigend
Milizprinzip der Armee	61% einverstanden	hoch	— 2%/Jahr	seit 1976 sinkend
Höhe der Armeeausgaben	35% gerade richtig	tief	— 4%/Jahr	seit 1980 stark sinkend

Bemerkungen:

- a) Die Prädikate wurden wie folgt verteilt: über 80% 'sehr hoch'; über 60% 'hoch'; über 50% 'mehrheitlich'; über 40% 'minderheitlich'; über 20% 'tief'; darunter sehr tief.
- b) Die Prädikate wurden wie folgt verteilt: unter 1%/Jahr 'weitgehend stabil'; 1%/Jahr 'leicht sinkend/leicht steigend'; 2-3%/Jahr 'sinkend/steigend'; 4-5% pro Jahr 'stark sinkend/stark steigend'; ohne längerfristigen Trend: 'schwankend'. 1 Prozent entspricht 40'000 Personen.

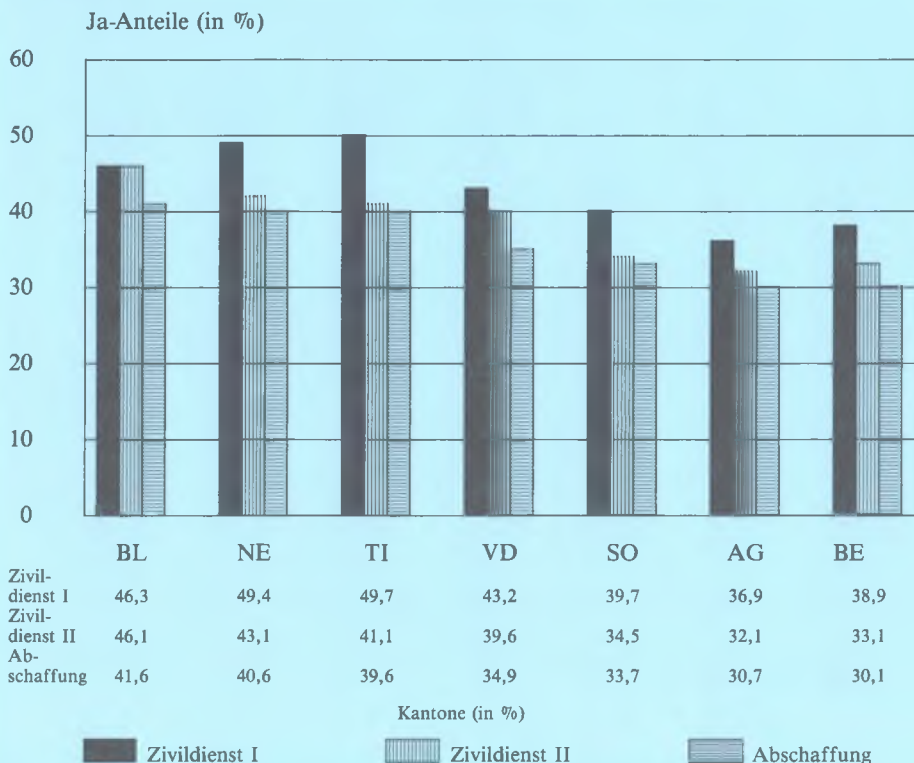
spanne fand nicht nur wert- und einstellungsmässig ein Wandel statt; auch ist die Bereitschaft angestiegen, radikale Forderungen zu befürworten.

Aufgeteilt nach Kantonen ergeben sich die folgenden interessanten Differenzierungen:

- In den Kantonen *Baselland, Neuenburg, Tessin, Waadt, Solothurn, Aargau und Bern* trifft die Radikalisierungstendenz in der Bevölkerung nicht zu. Mit den weiterreichenden Forderungen ist die Unterstützungsbereitschaft gesunken. Wenn sich die Ja-Anteile auch auf einem sehr unterschiedlichen Niveau befinden, so waren sie doch bei der GSoA-Initiative kleiner als bei der ersten Zivildienst-Abstimmung.
- Unklar ist die Tendenz in den Kantonen *Basel-Stadt, Zürich, Fribourg, Zug, Schaffhausen, Graubünden, Luzern, Thurgau und Uri*. Hier ist keine eindeutige Entwicklung über die drei Abstimmungen ersichtlich. Der Ja-Anteil blieb über die ganze Zeit praktisch konstant.

Figur 2-23:

Kantone mit abnehmendem Ja-Anteil bei armeekritischen Initiativen



VOX-Analyse, 26. November 1989. Quelle: Bundesblatt

- Das Gegenteil findet sich besonders in den Kantonen *Jura und Genf*. In diesen Ständen ist der Ja-Anteil auf hohem Niveau gewachsen. Dies hat bei der GSoA-Initiative in beiden Fällen zur Ja-Standesstimme geführt. In den übrigen Kantonen sollte die wuchtige Verwerfung des GSoA-Anliegens nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zu einer späten Enttabuisierung der Armee geführt und einen wachsenden Anteil armeekritischer Stimmen bewirkt hat; hierzu zählen besonders

Appenzell-Ausserrhoden

Appenzell-Innerrhoden

Nidwalden

Obwalden

St. Gallen

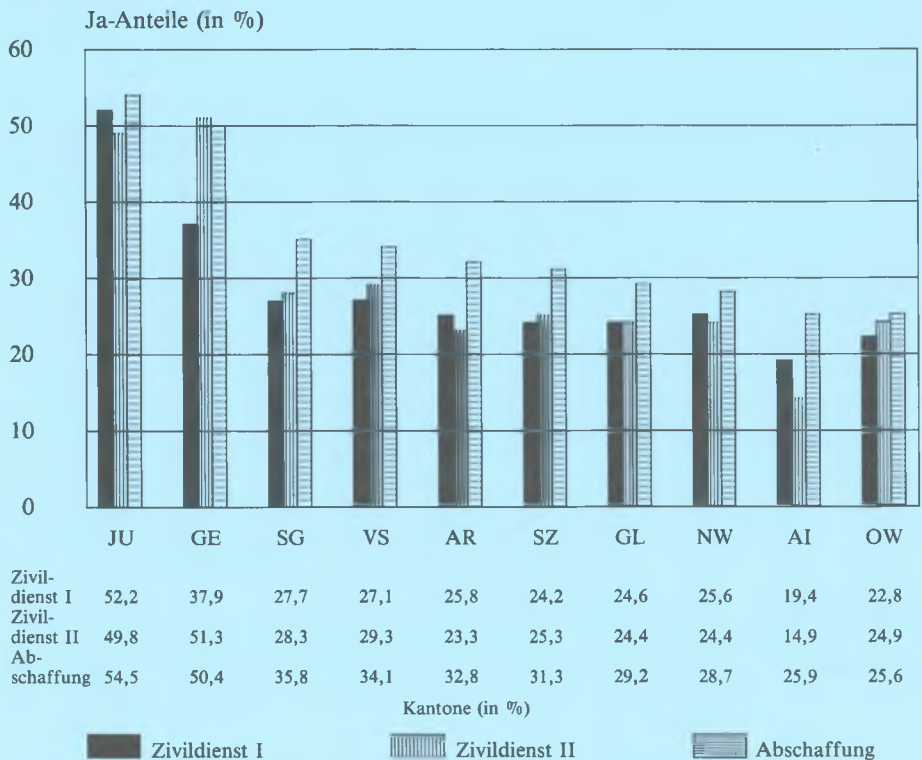
Schwyz

Glarus

und Wallis.

Figur 2-24:

Kantone mit zunehmendem Ja-Anteil bei armeekritischen Initiativen



VOX-Analyse, 26. November 1989. Quelle: Bundesblatt

3) Der Ausgang der Volksinitiative «Pro Tempo 130/100»

- *Folgten die AnhängerInnen der Parteien und die Mitglieder der Automobilclubs den Stimmempfehlungen für Tempo 130/100?*
- *«Rösti-Graben» – und was sonst: Welche gesellschaftlichen Konflikte drücken sich im Abstimmungsergebnis aus?*
- *«Sicherheit», «Umwelt» oder «Freiheit»: Was waren die Motivationen der Befürworter- und GegnerInnen?*
- *Wäre das Ergebnis anders gewesen, hätten die StimmbürgerInnen auch über 130/80 entscheiden können?*
- *Parolen von Verbänden und Parteien: Welche Prognosekraft kommt den Stimmempfehlungen zu?*

Die Volksinitiative «Pro Tempo 130/100» verlangte, die Höchstgeschwindigkeiten von 130 km/h auf Autobahnen und 100 km/h auf Ausserortsstrassen in der Bundesverfassung zu verankern. Begründet wurde dies in erster Linie damit, die seit 1987 geltenden, strengeren und wirksameren Abgasvorschriften für Motorfahrzeuge seien eine dauerhafte Alternative zu den kurzfristig beschlossenen Notstandsmassnahmen im Gefolge des Waldsterbens. Die Behörden lehnten das Volksbegehren indessen ab, weil dieses den Anstrengungen auf dem Gebiete der Verkehrssicherheit, des Umweltschutzes und des Energiesparens zuwiderlaufe. Der Bundesrat hatte beschlossen, an den Tempo-Limiten von 120 bzw. 80 weiterhin festzuhalten. In der Volksabstimmung vom 26. November wurde das Begehren, das von einem Automobiljournalisten lanciert worden war und innert kurzer Zeit 256'000 Unterschriften erhalten hatte, *mit 38 Prozent Ja-Stimmen verworfen*. Insgesamt stimmten sechs Stände für die Änderung; die *17 anderen Kantone* zogen wie die Mehrheit der Bevölkerung den Status quo vor.

Wir versuchen in der Folge das Ergebnis unter drei Schwerpunkten zu analysieren:

- Das politische und gesellschaftliche Profil der Ja- bzw. Nein-Stimmenden;
- die Motive für ein Ja- bzw. ein Nein und die Argumentenunterstützung sowie
- die Bedeutung von Parolen für den Abstimmungsausgang bzw. die Vorhersage des Ergebnisses eines Urnengangs.

3.1 Das Profil der beiden Lager

3.1.1 Analyse nach politischen Merkmalen

Erst nach einem längeren Seilziehen fassten alle Regierungsparteien ihre definitive *Stimmempfehlung* (vgl. *Figur 3-1*). Dem Entscheid kam eine doppelte Bedeutung zu: einmal als *Stellungsbezug* zu einer konkreten Sachfrage; sodann als Ausdruck des politischen Führungswillens für eine kohärente Verkehrspolitik trotz Ablehnung des Verfassungsartikels für eine KVP.

Figur 3-1:

Stimmempfehlungen organisierter Akteure zur Tempo-Initiative

Akteure	Nein-Empfehlung	Ja-Empfehlung
Behörden	Bundesrat Parlament	
Parteien	FDP ^a , CVP ^b , SVP ^c , SPS, LdU, EVP, GPS GB, POCH, PdA, NA	LPS, AP
Verbände der Wirtschaft		Schweiz. Gewerbe- verband
Verbände der ArbeitnehmerInnen	Schweiz. Gewerkschaftsbund Christlich-nationaler Gewerkschafts- bund	
Interessengruppen Schweizer Ärzte, Beratungsstelle für Unfallverhütung	VCS, SGU, Verbindung der	TCS, ACS

a) Abweichende Haltung von 8 Kantonalparteien.

b) Abweichungen von 1 Kantonalpartei.

c) Abweichung von 6 Kantonalparteien.

Vor allem bei der FDP, aber auch bei der SVP war nicht von Beginn weg klar, in welche Richtung der Entscheid fallen würde. Schliesslich befanden sich auf *nationaler Ebene* alle Regierungsparteien auf der gleichen Seite: Wie der Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes *verwarfen* sie die Geschwindigkeitsinitiative. Von den kleineren Parteien verfochten nur die (vorwiegend in der deutschsprachigen Schweiz verankerte) Schweizerische Auto- und (primär in der welschen Schweiz beheimatete) Liberale Partei den Standpunkt der InitiantInnen. Allerdings zeigten sich schon auf *kantonomer Ebene* Risse im neu gekitteten Konsens: Bei der FDP scherten 8 Kantonalparteien, bei der SVP 6 und bei der CVP 1 Kantonalpartei aus und warben für die Annahme des Volksbegehrens. Am stärksten war der Widerspruch in der Westschweiz. Von den Verbänden engagierten sich der ACS und der TCS für die Sache der InitiantInnen. Gefolgschaft fanden sie beim Schweizerischen Gewerbeverband, während sich die übrigen Spitzenverbände der Wirtschaft zurückhielten. Die beiden grössten ArbeitnehmerInnen-Organisationen stellten sich gegen das Volksbegehren. Engagiert hatten sich im Abstimmungskampf der GegnerInnen auch einzelne Umwelt-Organisationen, die Vereinigung schweizerischer Ärzte und die Beratungsstelle für Unfallverhütung.

Folgen die *AnhängerInnen bzw. Mitglieder* der wichtigsten Organisationen diesen Stimmempfehlungen? Betrachten wir zunächst die interessantesten Einzelergebnisse (vgl. *Figur 3-2*):

Figur 3-2:

Das Stimmverhalten bei der Tempo-Initiative nach politischen Merkmalsgruppen

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Verallgemeinerungs- fähigkeit ^a	Stärke des Zusammen- hangs ^b
Total	38		
• Parteiidentifikation :		0.00	(0.10)
- LPS	63		
- SVP	21		
- FDP	43		
- CVP	35		
- LdU / EVP	6		
- GPS / GP	3		
- SPS	30		
- POCH / PdA	35		
- keine Parteibindung	42		
• Mitgliedschaft in Verkehrs- oder Automobilclubs:			
- ACS	42	0.00	(0.17)
- TCS	48	0.00	0.32
- VCS	5	(0.12)	(0.04)
• Mitgliedschaften in Verbänden:			
- Gewerkschaften (wie SGB/CNG)	36	(0.66)	(0.08)
- Angestelltenverbände (wie SKV)	48	0.01	(0.10)
- Berufsverbände (wie Gewerbe-, Bauernverband)	35	(0.84)	(0.04)
• Links/Rechts-Orientierung :		0.00	0.23
- ganz rechts	71		
- rechts	44		
- mitte	31		
- links	21		
- ganz links	0		
- kann sich nicht einordnen	21		
• Materialismus / Nachmaterialismus-Orientierung:		0.00	0.37
- rein materialistische Werte	54		
- gemischte Werte	40		
- rein nachmaterialistische Werte	24		

Bemerkungen :

- a) Bei der Verallgemeinerungsfähigkeit handelt es sich um den Chi-Quadrat-Test. Dieser gibt an, mit welcher Sicherheit, der in der Untersuchung gefundene Zusammenhang auch in der Realität gilt. Je näher er bei Null ist, desto kleiner ist die Irrtumswahrscheinlichkeit ; üblicherweise wird eine Sicherheit von 95% ($p < 0.05$) als nötig angesehen.
- b) Beim Stärkemaß handelt es sich um Korrelationskoeffizienten. Sie geben an, wie stark der Zusammenhang zwischen dem Merkmal (unabhängige Variable) und dem Stimmverhalten (abhängige Variable) ist. Je mehr der Koeffizient von Null abweicht, desto stärker ist der Zusammenhang. Koeffizienten, die näher als 0.20 bei 0 liegen, werden nicht mehr weiter interpretiert. Bei ordinalskalierten Variablen (wie der Links/Rechts-Skala) handelt es sich um den Koeffizienten Gamma ; bei nominalskalierten Variablen (z.B. bei der Parteibindung) um Cramer's V.

- Die FDP-Basis stimmte zu 57 Prozent gegen eine Erhöhung der Tempo-Limiten; unter den Parteien war sie am meisten gespalten.
- Bei der CVP betrug die Übereinstimmung mit der nationalen Parole 65 Prozent.
- Bei den Sozialdemokraten zeigten sich 70 Prozent mit dem Standpunkt der GegnerInnen einverstanden.
- Die SVP war mit 4 zu 1 am deutlichsten gegen die Vorlage.

Soweit gültige Rückschlüsse gemacht werden können, waren Mehrheiten der *kleinen Parteien* in der Mitte, im grünen oder linken Lager bei den GegnerInnen. Zu zwei Dritteln befürwortet wurde die Vorlage von den AnhängerInnen der Liberalen Partei und der Schweizerischen Autopartei. Wer zu keiner Partei neigt – und das waren mehr als ein Drittel der Teilnehmenden –, stand mit 58 prozentiger Sicherheit im Nein-Lager.

Wenn die SVP von den grossen Gruppierungen am geschlossensten erscheint, bedarf dies einer Erklärung: Schon die Kantonsresultate hatten eine günstigere Haltung der französisch sprechenden Landesteile gezeigt. Betrachten wir nun das Stimmverhalten der grossen Parteien *nach Sprachregionen*, so stimmten in der *deutschen Schweiz* bei der SPS, der SVP und der CVP jeweils 70 bis 75 Prozent *gegen* die Vorlage; bei der FDP waren 3 von 5 AnhängerInnen dafür. In der *Westschweiz* waren nicht nur *Mehrheiten* der Liberalen, sondern auch der CVP und der FDP für die Volksinitiative. Sogar die Anhängerschaft der SPS erwies sich in zunehmendem Masse gespalten. Weil die SVP in der französischen Schweiz nur schwach vertreten ist, zeigte sich ihre Basis unter den Regierungsparteien am *geschlossensten*.

Trotz des Deutsch/Welsch-Grabens vermochten die Parteien die Mehrheit der Anhängerschaft für ihre Ja-Parole zu gewinnen. Dies gilt nicht für die beiden grössten *Automobilclubs*. Sie hatten die Ja-Parole herausgegeben. Unsere Umfrage ergibt bei beiden Organisationen eine Gespaltenheit mit ganz leichtem Übergewicht beim Nein. Auch hier wiederholt sich die gleiche Erklärung: In der Westschweiz stimmten Mehrheiten von rund 70 Prozent für die Initiative; in der deutschsprachigen Schweiz blieben die Ja-Anteile jedoch unter 40 Prozent. Insgesamt blieben die Grössenordnungen gewahrt, wie sie bei den Parteien beschrieben wurden. *Nur waren die Stimmempfehlungen konträr*. Geschlossen trat der VCS auf; gemäss Umfrage folgten die Mitglieder zu 95 Prozent der Nein-Empfehlung.

Wenn es gilt, jenseits von speziellen Gruppen die hauptsächlichen politischen Konfliktlinien zu benennen, ragt die *Materialismus/Nachmaterialismus-Dimension* heraus. Reine MaterialistInnen befürworteten die Tempo-Vorlage; bei den NachmaterialistInnen votierten 3 von 4 gegen die Geschwindigkeitsinitiative. Entscheidend waren jedoch auch hier die Personen mit gemischten Werthaltungen. Sie blieben insgesamt sehr nahe beim Gesamtdurchschnitt von 3 zu 2 gegen die Tempo-Initiative. Hingegen waren das politische Vertrauen oder das politische Interesse für das Stimmverhalten nicht massgeblich. Ablehnung bzw. Befürwortung verteilten sich hier zufällig.

3.12 Analyse nach gesellschaftlichen Merkmalen

Nach *gesellschaftlichen Merkmalsgruppen* betrachtet, erweist sich das Bild vielfältiger (vgl. *Figur 3-3*). Klare Nein-Haltungen ergaben sich besonders bei den älteren BürgerInnen

Figur 3-3:

Das Stimmverhalten bei der Tempo-Initiative nach gesellschaftlichen Merkmalsgruppen

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Verallgemeinerungsfähigkeit ^a	Stärke des Zusammenhangs ^b
Total	38		
<i>Gesellschaftliche Merkmale der Person:</i>			
• Geschlecht		0.00	0.30
- Männer	43		
- Frauen	30		
• Alter		0.00	(0.18)
- 20-29jährige	43		
- 30-39jährige	40		
- 40-49jährige	40		
- 50-59jährige	42		
- 60-69jährige	20		
- 70jährige und älter	20		
• Schulbildung		0.03	(0.12)
- Obligatorische Schulen	38		
- Berufsschule u.ä.	41		
- Gymnasium, Universität	30		
• Berufliche Stellung		0.00 (0.18)	0.47 (0.04)
- Erwerbstätige total	47		
- Nur Teilerwerbstätige	28		
. Selbständige, Leitende (. Landwirte)	46 48		
. Angestellte und BeamInnen in mittlerer Stellung	43		
. Übrige Angest. u. BeamInnen	37		
. ArbeiterInnen	51		
- Nicht-Erwerbstätige total	23	(0.29)	(0.08)
. in Ausbildung	35		
. im Haushalt tätig	21		
. in Pension	22		
<i>Merkmale des Haushaltes:</i>			
• Lebensstandardklasse		0.05	(0.11)
- LSK I	49		
- LSK II	37		
- LSK III	38		
- LSK IV	30		
• Autobesitz		0.00	0.55
- kein Auto im Haushalt	18		
- Auto im Haushalt	43		
. für Arbeit unbedingt angewiesen	60	0.00	0.37
. für Haushalt unbedingt angewiesen	61	0.00	0.25
. für Freizeit unbedingt angewiesen	62	0.00	0.32

Fortsetzung siehe nächste Seite

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Verallgemeinerungsfähigkeit ^a	Stärke des Zusammenhangs ^b
Merkmale der Region:			
• Sprachzugehörigkeit		0.00	0.23
– Deutsche Schweiz	30		
– Französische Schweiz	54		
(– Italienische Schweiz)	35		
• Siedlungsart		(0.42)	(0.07)
– Grossstädtische Agglomerationen	37		
– Mittel- / kleinstd. Agglomerationen	36		
– Landgemeinde	40		

Bemerkungen:

- Bei der Verallgemeinerungsfähigkeit handelt es sich um den Chi-Quadrat-Test. Dieser gibt an, mit welcher Sicherheit, der in der Untersuchung gefundene Zusammenhang auch in der Realität gilt. Je näher er bei Null ist, desto kleiner ist die Irrtumswahrscheinlichkeit; üblicherweise wird eine Sicherheit von 95% ($p < 0.05$) als nötig angesehen.
- Beim Stärkermass handelt es sich um Korrelationskoeffizienten. Sie geben an, wie stark der Zusammenhang zwischen dem Merkmal (unabhängige Variable) und dem Stimmverhalten (abhängige Variable) ist. Je mehr der Koeffizient von Null abweicht, desto stärker ist der Zusammenhang. Koeffizienten, die näher als 0.20 bei 0 liegen, werden nicht mehr weiter interpretiert. Bei ordinalskalierten Variablen (wie der Siedlungsart) handelt es sich um den Koeffizienten Gamma; bei nominalskalierten Variablen (z.B. Sprachzugehörigkeit) um Cramer's V.

(80% Nein bei den über 60jährigen), bei den Nicht-Erwerbstätigen insgesamt (77% Nein) und Personen, die im Haushalt tätig sind (79%). Erwähnt seien auch die 70 Prozent Frauen, die gegen erhöhte Tempo-Limiten gestimmt haben. In unserer Umfrage ergaben sich bei den ArbeiterInnen eine hauchdünne Ja-Mehrheit; stark überdurchschnittlich waren die entsprechenden Anteile bei den Erwerbstätigen überhaupt, bei den Landwirten und in der Oberschicht.

Auf einer abstrakten Ebene lassen sich nebst der *Sprachzugehörigkeit* die folgenden statistisch relevanten *gesellschaftlichen Konfliktlinien* benennen:

- **Autobesitz:** Selbstredend wäre ein grosser Unterschied zwischen Besitzern und Nicht-Besitzern eines Automobils gewesen. Dies trifft bedingt zu: Richtig ist, dass die Initiative bei Stimmenden ohne Auto keine grossen Sympathien fand. Die Inhaber eines Automobils müssen allerdings zweigeteilt werden. Auch hier stimmte eine Mehrheit der Teilnehmenden gegen höhere Tempo-Limiten. Sie verstanden es, ihr wohlverstandenes Selbstinteresse richtig einzuschätzen. Hingegen stimmten Personen, die ihr Automobil für die Arbeit, die Hausarbeit oder Freizeit als unbedingt nötig erachteten, mehrheitlich Ja.
- **Erwerbstätigkeit:** Wenig entscheidend ist der ausgeübte Beruf. Der Bruch verläuft vielmehr zwischen Vollzeitbeschäftigten und den übrigen Stimmenden. Wer zu 100 Prozent arbeitet, neigte in viel höherem Masse zu einem Ja. Im Arbeitsprozess integriert (und unter Druck gesetzt) zu sein, war ein für die Annahme der Initiative förderlicher Grund.

- *Geschlecht*: Auch beim Geschlecht zeigten sich Differenzen. Männer stimmten zu 13 Prozent mehr für die Tempo-Erhöhung als Frauen. Dies erscheint uns erwähnenswert, weil das Geschlecht nur selten statistisch relevante Unterschiede im Stimmverhalten hervorruft.

Speziell betrachtet sei noch der Gegensatz zwischen den *Landesteilen*. Der «Rösti-Graben» gehört einerseits zu den üblichen Interpretationsmustern bei Verkehrsabstimmungen; andererseits verwiesen die GegnerInnen der Initiative darauf, das Ergebnis sei in erster Linie die Folge eines ungeschickten Verhaltens gewisser PolitikerInnen. Statistisch signifikante Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Schweiz ermittelten wir 1980 beim Gurten-Obligatorium, 1984 bei der Schwerverkehrsabgabe und der Autobahn-Vignette. Hingegen wurde die Ablehnung der KVP und der VCS-Schwerverkehrs-Initiative nicht sonderlich durch den «Rösti-Graben» charakterisiert. Auch die Treibstoffvorlage und die Bahn 2000 wurden mehrheitlich in beiden Sprachgruppen unterstützt. Deutsch / Welsch-Gegensätze zeigen sich systematisch bei jenen Verkehrsvorlagen, die zuerst regulativ sind bzw. als solche thematisiert werden. Auf der Basis einer latenten Anti-Bern-Stimmung oder des selbstverständlichen Individualismus mobilisieren sie in der Westschweiz eine stärker negative Haltung. Bei Verkehrsvorlagen, die zuerst materielle Interessen berühren, unterscheiden sich die Sprachgruppen bezüglich ihrer verkehrspolitischen Präferenzen kaum mehr.

Unsere Ergebnisse über positive Zusammenhänge lassen sich auch umgekehrt interpretieren: Von den überprüften unabhängigen Variablen erwiesen sich die Schicht, die Bildung und das Stadt/Land-Kontinuum als *kaum massgeblich*. Schwach war der Zusammenhang mit dem Alter.

Mit Ausnahme einer Mehrheit der WestschweizerInnen, der Auto-Fans und der äussersten Rechten haben die anderen Gruppen die 1985 gesenkten Tempo-Limiten weitgehend akzeptiert.

3.2 Aspekte der Meinungsbildung

Nähern wir uns dem Abstimmungsergebnis von einer zweiten Seite: Welches waren die hauptsächlichen Beweggründe der Ja- bzw. Nein-Stimmenden? Im Falle der Tempo-Vorlage hatten die Befragten die Möglichkeit, sich in dreifacher Hinsicht zu äussern: Zuerst wurden sie ohne jegliche Unterstützung gebeten, sich über ihre Motivationen zu äussern. Damit bekundeten sie gleichzeitig, welches der wichtigste Beweggrund war, der zu einem Ja oder Nein geführt hatte. Zweitens fragten wir danach, ob die Befragten der Ansicht sind, sich in erster Linie zur konkreten Sachfrage geäußert zu haben, oder aber ihre Stellungnahme als grundsätzliches Votum Pro oder Kontra Verkehrspolitik der Bundesbehörden verstehen. Drittens gaben wir eine Liste mit Argumenten aus der Kampagne vor, zu denen sich alle Befragten unabhängig vom Abstimmungsverhalten äussern konnten.

Bei den *Nein-Stimmenden* findet sich eine klare Situation; sie erinnert in starkem Masse an die Schwergewichte der Kampagneninhalte. Genannt seien:

- **Sicherheit:** Die Tempo-Vorlage ist in erster Linie mit der Sicherheitsfrage gewonnen worden. Die Geschwindigkeit gilt als Unfall-Ursache Nummer 1. Bei der Frage nach dem wichtigsten Beweggrund für ein Ja stellten 41 Prozent der Nein-Stimmenden (oder 25% der Teilnehmenden) Sicherheitsüberlegungen ins Zentrum. Damit erwies sich dieses Argument als zugkräftigstes; es war am stärksten handlungsrelevant. Für diese Gruppe Befragter hätte die Sicherheit der AutofahrerInnen, aber auch anderer VerkehrsteilnehmerInnen gelitten, falls die Tempo-Begrenzungen erhöht worden wären.
- **Umweltsituation:** Eine zweite Gruppe Nein-Stimmender drückte in erster Linie umweltpolitische Motive aus. Die Situation der Luft, des Waldes oder der Natur insgesamt erlaube es nicht, an den bestehenden Limiten zu rütteln. Für 13 Prozent im Nein-Lager (oder 9% unter den Teilnehmenden Total) war dies der Hauptgrund.
- **Verfassungsfrage:** Entgegen ersten Interpretationen vor allem unter den meinungsbildenden Kräften blieb die Wirkung der dritten Auseinandersetzung randständig. Für nur 5 Prozent (bzw. 3%) war die Kontroverse um die Verankerung der Tempo-Limiten in der Verfassung die hauptsächlichste Begründungsweise.
- **Notwendigkeit der jetzigen Massnahmen:** Für 28 Prozent der Nein-Stimmenden (oder 18% der Teilnehmenden) sind die jetzigen Tempo-Limiten nötig, gerade richtig oder auch das absolut denkbare Minimum. Ohne weiteres auszuführen, erscheint diesen Befragten schon der Status quo als (weitreichender) Kompromiss. Er sollte auf keinen Fall (in Richtung Erhöhung der Tempo-Beschränkungen) geändert werden.

Eine Mehrheit gewichtete demnach «Sicherheit» und «Ökologie» höher als «Freiheit» und «Zeitgewinn». Wer Ja stimmte, wählte eine der folgenden hauptsächlichlichen Begründungen:

- **Ausbaustandard und Recht klaffen auseinander:** Am häufigsten vertreten wurden Motive, die vom Angebot ausgehen. Die Strassen seien in der Schweiz gut ausgebaut und eigentlich für höhere Geschwindigkeiten konzipiert. Das Angebot sollte voll genutzt werden können. Eine Variante hiervon fand sich in der allgemeineren Argumentation, wonach das geltende Recht die Freiheiten unnötig einschränke. Mit der Initiative sei es darum gegangen, den vorherrschenden Fahrstil zu legalisieren. Insgesamt nannten dies jedoch nur 12 Prozent der Stimmenden bzw. 29 Prozent der BefürworterInnen als wichtigstes Anliegen.
- **Nur gegen Tempo 120 (bzw. 80):** Ähnlich gelagert waren auch Argumente, wonach nur ein Teil der Initiative unterstützt wurde. So machten 18 Prozent der Ja-Stimmenden (oder 7% der Teilnehmenden) geltend, wegen den Tempo-Limiten auf Autobahnen Ja gestimmt zu haben. Umgekehrt sind es 3 bzw. 1 Prozent, die nur wegen Beschränkungen auf Überlandstrassen für die Vorlage waren.
- **Flüssiger Verkehr:** Auffällig ist, in welcher Form die gegnerischen Argumentationsweisen – in umgekehrter Form – als Motive für die Tempo-Initiative zum Vorschein kamen. So fanden sich mit der Sicherheit und Umwelt die beiden hauptsächlichlichen

Grafik 3-4:

Spontan geäußerte primäre Entscheidungsmotive bei der Tempo-Initiative

Motive nach Stimmmverhalten	Nein- resp. Ja-Stimmende in % der Nennungen	Stimmende in % der Befragten
<i>Nein-Stimmende</i>		
• Undifferenzierte Kontra-Motive	4	2
• Verfahrensfrage	5	3
• Sicherheit	41	25
• Umwelt	13	9
• Status quo genügt	13	9
• Status quo zu schwach	14	9
• Parolen, Behördenempfehlung	1	0
• Übrige und diffuse Kontra-Motive	5	3
• Keine Angabe	3	2
	100	
<i>Ja-Stimmende</i>		
• Undifferenzierte Pro-Motive	11	4
• Verhalten/Recht entsprechende Möglichkeiten	29	12
• Sicherheit	8	3
• Umwelt	7	3
• Nur gegen Tempo 120	18	7
• Nur gegen Tempo 80	3	1
• Persönliche Betroffenheit	4	1
• Parolen, Behördenempfehlung	1	0
• Übrige und diffuse Pro-Motive	16	6
• Keine Angabe	4	1
	100	100
Total	100	100

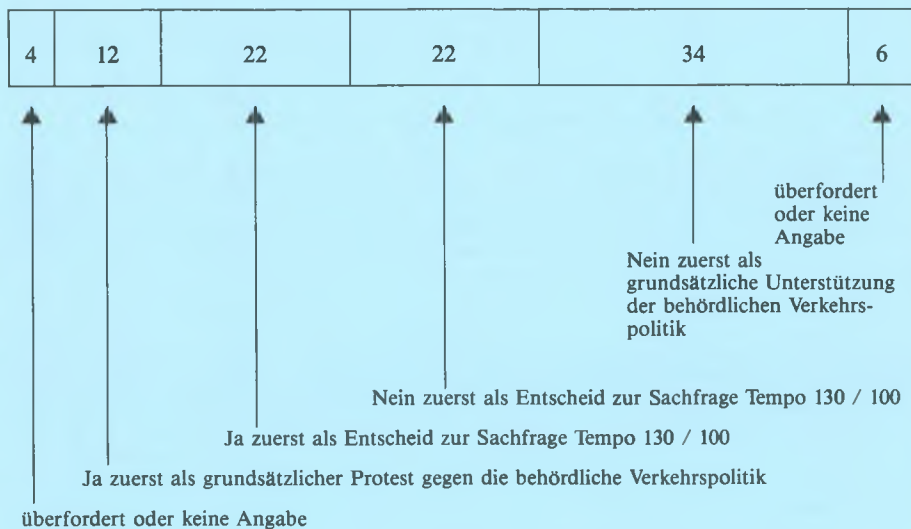
Strategien der Nein-Stimmenden auch unter den Ja-Motiven. Hier wurde allerdings begründet, höhere Geschwindigkeiten verflüssigten den Verkehr und würden so zur Verkehrssicherheit oder zur Minderung der Umweltbelastung beitragen.

In einem zweiten Schritt wurden die Befragten aufgefordert, ihre Beweggründe grob einzuteilen. Bei der Armeeabschaffung versuchten wir, das taktische Stimmen zu erfassen. Im Verkehrsbereich geht es darum, wie gross der *allgemeine Protest* ist, der sich im Abstimmungsergebnis ausdrückt bzw. inwiefern die Befragten ihr Ja oder Nein von der *Sachfrage* abhängig machten.

- 46 Prozent sehen in ihrem Entscheid auch eine grundsätzliche Stellungnahme zur Verkehrspolitik der Behörden. Dabei überwiegt die positive Einschätzung. 12 Prozent der Stimmenden haben in erster Linie gegen den Bundesrat protestieren wollen. 34 Prozent der Teilnehmenden sehen in ihrem Nein auch eine Unterstützung des Kurses der Regierung.

Figur 3-5:

Gewichtung von Protest-Stimmen und Entscheiden zur Sachfrage bei der Tempo-Initiative



- 44 Prozent wollen ihren Entscheid vor allem als Stellungnahme zur Sachfrage verstanden wissen. Sie verteilen sich genau gleich stark auf beide Lager (je 22% der Teilnehmenden).
- Je 5 Prozent sahen sich bei der Fragestellung ausser Stande, sich einzuteilen, oder aber sie verweigerten die Angabe.

Von einem verbreiteten Protest gegen die Verkehrspolitik des Bundesrates kann also kaum die Rede sein.

Auf den ersten Blick ist das Ergebnis aus dem *Argumententest*, der dritten Möglichkeit, die Meinungsbildung zu analysieren, nicht identisch. Zwar ergibt sich auch hier ein Übergewicht bei den gegnerischen Sichtweisen. Allerdings werden die Umweltargumente stärker befürwortet als die Aussagen zur Sicherheit. Der Widerspruch löst sich auf, wenn die Unterschiede in den Vorgehensweisen berücksichtigt werden: Beim *Argumententest* ging es um die Abklärung deren Akzeptanz. Vor allem bei Sichtweisen die – wie die Frage der Regelung in der Verfassung – von beiden Lagern mehr oder weniger identisch bewertet werden, kann geschlossen werden, dass deren entscheidende Handlungsrelevanz gering ist. Umgekehrt ist die Unterstützung des hart formulierten Argumentes zur Sicherheit quantitativ nicht sehr gross; qualitativ war es für die Befragten jedoch sehr wichtig.

Interessant schliesslich die Frage, ob eine andere Abstimmungssituation zu einem anderen Abstimmungsergebnis geführt hätte? Politisch standen noch weitere Varianten gemässigerer Lockerungen von Tempo-Limiten zur Diskussion. Besonders die Kombination der bestehenden Beschränkungen auf Überlandstrassen und der früheren Limiten auf National-

Figur 3-6:
Gewichtung zentraler Argumente zur Tempo-Initiative

Vorgabe	Bezugsgruppe	einstimmig %	nicht einstimmig % (Zeilenprozentuierung)	keine Angabe %
<i>Kontra-Argumente</i>				
«Tiefere Tempolimiten sind ein sinnvoller Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität.»	SB	62	32	6
	JS	16	77	6
	NS	85	12	3
			0.00	0.71
«Feste Tempolimiten gehören nicht in die Bundesverfassung.»	SB	53	25	22
	JS	51	26	23
	NS	58	24	18
			0.00	0.05
«Tempo 100/130 erhöht die Sicherheit auf den Strassen und senkt die Zahl der schweren Unfälle.»	SB	26	66	8
	JS	35	51	14
	NS	23	75	2
			0.00	0.22
<i>Pro-Argumente</i>				
«Das Automobil ist am Zustand des Waldes viel weniger schuld als die Umweltfanatiker behaupten.»	SB	48	42	10
	JS	82	13	5
	NS	31	58	11
			0.00	0.69
«Die gesenkten Tempolimiten sind ein unzulässiger Angriff des Staates auf die persönliche Bewegungsfreiheit.»	SB	27	65	7
	JS	64	32	5
	NS	11	86	4
			0.00	0.68
«Damit der Bundesrat für immer weiss, was die Bevölkerung will, gehören die Tempolimiten in die Bundesverfassung.»	SB	26	54	20
	JS	29	53	18
	NS	25	59	15
			0.00	0.08

SB: Stimmberechtigte Total JS: Ja-Stimmende Tempo-Initiative NS: Nein-Stimmende Tempo-In.

strassen schien politische Realisierungschancen zu haben. Im Sinne eines *Denkspiels* hatten die Befragten die Möglichkeit, Präferenz zu äussern, hätten sie gleichzeitig über drei Varianten abstimmen müssen:

- Das Nein-Lager wird aus verständlichen Gründen etwas kleiner; es bleibt jedoch in einer realtiven Mehrheit (48% für Status quo; 46% Tempo-Erhöhen).
- Die neue gemässigte Variante wird unmittelbar nach der Ablehnung der Tempo-Initiative positiver beurteilt als die radikalere Volksinitiative. Allerdings lassen sich keine neuen Mehrheiten in Richtung des Kompromisses ausmachen.

Fazit: Bleibend ist, dass die Tempo-Limiten als Folge des Waldsterbens verschärft wurden. Den BefürworterInnen der Initiative ist es nicht gelungen, die Tempo-Beschränkungen

Figur 3-7:
Potentielles Stimmverhalten bei anderer Ausgangslage

Präferenzen bei drei Möglichkeiten	Total Stimmende	Verteilung nach Stimmverhalten Ja/Nein zu Tempo-Initiative		
- für 120/80	48	2	:	98
- eher für 80/130	28	42	:	58
- für 100/130	18	90	:	10

Lesebeispiel:

Hätten wir gleichzeitig über drei Möglichkeiten abstimmen können, hätten 28% für 80/130 gestimmt. Diese 28% stammen zu 42% aus dem Lager der effektiv Ja-Stimmenden, zu 58% aus dem Lager der Nein-Stimmenden. Die erste Spalte ergibt nicht 100%, da nur diejenigen Stimmenden berücksichtigt wurden, die in der Präferenz-Frage eine Angabe machten.

wieder rückgängig zu machen. Eine Mehrheit hat sich an die neuen Limiten gewöhnt. Das Nein signalisiert damit auch eine Zustimmung zur Luftreinhaltepolitik des Bundesrates. Jedenfalls hat ihn die Absage an die Tempo-Initiative für weitere Vorkehren zur Beruhigung des Strassenverkehrs gestärkt. Die GegnerInnen des Volksbegehrens müssen aber damit leben, dass der hauptsächliche Beweggrund, die Umweltsituation, einige Jahre nach der Einführung an Überzeugungskraft verloren hat. Im Sinne einer Verweigerungsmacht bleibt die Minderheit der AutobesitzerInnen, die für die Tempo-Erhöhung gestimmt haben, nicht unbedeutend.

3.3 Aussage- und Prognosekraft von Parolen bei Verkehrsabstimmungen

Der Verkehrsbereich gehört zu jenen Politikfeldern, die stark den direktdemokratischen Entscheidungen unterworfen sind. Deshalb sei noch versucht, die bisherigen Ergebnisse in einem grösseren Rahmen darzustellen. Greifen wir hier einen Aspekt heraus; *die Stimmempfehlungen, die im Vorfeld einer Abstimmung von Behörden, Parteien und Verbänden herausgegeben werden*. Dabei interessiert uns einerseits, welchen Beitrag zur Meinungsbildung bei den Anhängerschaften sie haben, andererseits wie weit der Parolenspiegel dazu verwendet werden kann, den Abstimmungsausgang zu prognostizieren.

Üblich ist es, vom Inhalt einer Vorlage auszugehen und die Annahme- oder Ablehnungschancen einer Vorlage zu bestimmen. Bei ganz einfachen, in ihrem Kern klar ersichtlichen und alltäglichen Verhaltensweisen berührenden Vorlagen mag dies sinnvoll sein³⁵, bei abstrakteren, in ihren Auswirkungen nur schwer abschätzbaren Kompetenzvorlagen halten wir indessen die *politische Auseinandersetzung* während der Kampagne für entscheidender.

35 Vgl. etwa H.R. Buob: Die Autobahnvignette. Eine Fallstudie zur politischen Willensbildung in der Schweiz, Diss. Freiburg i.Ue. 1989.

Wir postulieren: *Die Chancen der Annahme einer Vorlage im Verkehrsbereich hängt direkt mit dem Konflikt zusammen, der vor einer Abstimmung sichtbar ist.* Zur Überprüfung stehen uns die acht verkehrspolitischen Abstimmungen auf eidgenössischer Ebene zur Verfügung (vgl. *Figur 3-8*), bei denen wir vergleichbare Nachanalysen besitzen und bei denen der Parolenspiegel vollständig rekonstruiert werden konnte.

Figur 3-8:

Die eidg. Verkehrsabstimmungen der 80er Jahre im Überblick

Vorlage	Abstimmungsart	Datum	Beteiligung in %	Ja-Stimmen in %	Ja-Stimm. absolut
Gurten-Obligatorium	F	30.11.80	42,0	53,0	—
Treibstoffzölle	O	27.02.83	32,0	52,7	15,5
Schwerverkehrsabgabe	O	26.02.84	52,8	58,7	16,5
Autobahn-Vignette	O	26.02.84	52,8	53,0	14,5
VCS-Schwerverkehrsinitiative	I	07.12.86	34,7	34,7	0,0
Bahn 2000	F	06.12.87	47,7	57,0	—
Koordinierte Verkehrspolitik	O	12.06.88	42,0	46,5	4,0
Tempo 130/100	I	26.11.89	68,6	38,0	6,0

Abkürzungen:

F = Fakultatives Referendum; O = Obligatorisches Referendum; I = Initiative

Hypothese 1:

Die Art des Konfliktes, den die politische Elite im Hinblick auf die Abstimmung wählt, bestimmt deren Ausgang. Überprüft wird dieser Aspekt des Konfliktes durch den Koalitionstyp, der in der Befürwortung oder Ablehnung einer Vorlage zum Ausdruck kommt.

Hypothese 2:

Die Stärke des Konfliktes, den die politische Elite im Hinblick auf die Abstimmung wählt, bestimmt deren Ausgang. Überprüft wird dieser Aspekt des Konfliktes durch die Stärke der Opposition, die in der gesamthaften Abweichung von der Behördenhaltung zum Ausdruck kommt.

Wir beschränken uns hier auf Operationalisierung durch Abstimmungsparolen. Wir sind uns im klaren, dass eine qualitative und quantitative Analyse der Kampagnen sinnvoller wäre; beides war jedoch im Rahmen der vorliegenden Studie nicht zu leisten. Für die genaue Bewertung der Parolen verweisen wir auf die Bemerkungen zur *Figur 3-9*.

3.31 Die Bedeutung des Koalitionstyps

Aus plausiblen Gründen halten wir Initiativen und *Referenden* auseinander. Bei diesen ergeben sich in den 80er Jahren alle Koalitionstypen und Konfliktstärken³⁶:

- *Koalitionstyp 1 a*: *Opposition* aus den Automobilverbänden und den bürgerlichen Parteien gegen eine Behördenvorlage: *Schwerverkehrsabgabe, Autobahn-Vignette, Bahn 2000 und der KVP*.
- *Koalitionstyp 1 b*: Linke und grüne *Opposition*, ergänzt durch die Aussenseiter, gegen eine Behördenvorlage: *Treibstoffzoll-Vorlage*.
- *Koalitionstyp 1 c*: *Aussenseiter-Opposition* gegen eine Behördenvorlage: *Gurten-Obligatorium*.

Bei *Initiativen* ist die Ausgangslage umgekehrt. Wir können davon ausgehen, dass sie in der Regel durch die Behörden abgelehnt werden und der Grad der Unterstützung von besonderem Belang ist, die sie unter den Parteien und Verbänden findet. Die beiden Fälle, die wir haben, verweisen auf zwei unterschiedliche Koalitionen:

- *Koalitionstyp 2 a*: *Unterstützung* aus dem linken und grünen Lager: *VCS-Schwerverkehrsinitiative*.
- *Koalitionstyp 2 b*: *Unterstützung* aus den Automobilverbänden und dem bürgerlichen Lager: *Tempo 130/100*.

Das wichtigste Ergebnis zur Hypothese 1 lautet: Ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Koalitionstyp und dem Abstimmungsausgang besteht nicht. *Kein Koalitionstyp kann auf jeden Fall damit rechnen, direkt Erfolg zu haben*.

3.32 Die Bedeutung der Oppositionsstärke

Hingegen ist die Übereinstimmung zwischen der *Oppositionsstärke* und dem Abstimmungsausgang (Hypothese 2) augenfällig:

- *Ergebnis 1*: Eine *Referendumsvorlage* wird *angenommen*, wenn die Elite-Opposition schwach oder mittel bleibt. Dies gilt (belegt) bei bürgerlicher, linker oder Aussenseiter-Opposition.
- *Ergebnis 2*: Eine *Referendumsvorlage* wird *abgelehnt*, wenn eine starke Elite-Opposition vorliegt. Dies gilt (belegt) bei bürgerlicher Opposition.
- *Ergebnis 3*: Eine *Initiative* kann selbst bei starker Elite-Unterstützung scheitern. Dies gilt (belegt) bei links-grüner oder bei bürgerlicher Unterstützung.

36 Ausführlich hierzu äussern sich W. Linder, C. Longchamp: «Parteien, Parteiimages und Konflikte in Verkehrsfragen», UNIVOX-Jahresbericht IIb, Zürich 1989; ferner W. Linder, C. Longchamp, H. Hirter, K. Holenstein, L. Meyer: Detailanalyse der KVP-Abstimmung, Schlussbericht an den Stab für Gesamtverkehrsfragen, 2 Bde., FSP, Bern 1988.

Figur 3-9:
Behördenempfehlungen und Parteiparolen bei den eidg. Verkehrsabstimmungen der 80er Jahre

Parteien	Gurt-obligatorium	Treibstoffzölle	Schweizer-verkehrsabg.	Autob.-Vignette	VCS Initiative	Bahn 2000	KVP	Tempo 130 / 100	Behörd.-konform.
<i>Behörden</i>									
CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	—
SPS	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	7,0
FDP	4/2	1	4	2	0/3	1	5	0	6,3
SVP	frei	frei	0	0/1	0	0	Ja	Nein	5
NA/Vigil.	0/4	-/5:9	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	8/1
EVP	Ja	Ja	9	9	0	1	5	8/1	5
LdU	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	6
POCH	2	0	7	3	0	3	8	6	6
PdA	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	6
GPS	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	6
GB	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	5
LP	—	—	Ja	frei	frei	frei	Ja	Nein	4,5
AP	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	4,5
—	—	—	—	—	—	Nein	Nein	Ja	3
—	—	—	—	—	—	Nein	Nein	Ja	0
<i>Unterstützungsgrad</i>									
quantitativ	4,0	3,5	3,4	3,7	3,2	4,2	3,1	3,3	
qualitativ	stark	mittel	mittel	mittel	schwach	stark	schwach	mittel	
ACS	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	—	Nein	Ja	2
TCS	Ja	Ja	Nein	Nein	(Nein)	Ja	Nein	Ja	3,5
VCS	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	5
ASTAG	—	Nein	Nein	Nein	Nein	—	Nein	Ja	1
<i>Unterstützungsgrad</i>									
quantitativ	2,5	2,0	1,0	1,0	1,0	3,0	1,0	1,0	
qualitativ	stark	mittel	schwach	schwach	schwach	stark	schwach	schwach	

Lebeispiel:

Beim Gurten-Obligatorium empfahl die CVP auf nationaler Ebene die Ja-Parole; 4 Kantonalparteien widersprachen dem; 2 gaben die Stimme frei. Bei der Treibstoff-Vorlage gab die SPS die Stimme frei; 5 Kantonalparteien traten für ein Ja, 9 für ein Nein ein.

Bemerkungen:

Der Index «Behördenkonformität» bezieht sich jeweils auf eine Partei oder einen Verband. Er berechnet sich aufgrund der Übereinstimmung von Behördenempfehlung und Partei- bzw. Verbandsparole. Sind diese identisch, geben wir 1 Punkt, weichen sie ab, geben wir 0 Punkte. Bei innerparteilichen Konflikten wird der Punkt um einen Drittel verringert, wenn 4 und mehr Kantonalparteien bei der SPS, FDP, CVP bzw. 3 und mehr bei der SVP abweichen. Bei 8 bzw. 6 oder mehr abweichenden Kantonalparteien wird der Punkt um zwei Drittel verringert. Umgekehrt gilt, wenn die nationale Parole von der Behördenempfehlung abweicht, sich jedoch auf kantonaler Ebene Zustimmung ergibt. Bei den kleineren Parteien wurde auf die interne Differenzierung verzichtet. Maximal kann eine Partei auf 8 Punkte kommen; die effektive Streuung liegt – bei 7 Parolen – zwischen 7 (CVP) und 0 Punkten (APS). Bei den Verbänden sind innere Differenzierungen selten; sie werden nicht erfasst.

Der Index «Unterstützungsgrad» bezieht sich jeweils auf eine Abstimmung. Er basiert für die Regierungsparteien und die Verbände auf der gleichen Punktierung wie die Behördenkonformität. Die Nicht-Regierungsparteien erhalten zusammen einen Punkt, wenn ihre nationalen Parolen voll mit der Behördenempfehlung übereinstimmen; ansonsten wird dieser antellsmässig reduziert. Bei maximalem Konsens erhält die Abstimmung einen Unterstützungsgrad von 5; bei maximalem Konflikt (alle Parteien stellen sich geschlossen gegen die Behörden) ergibt sich der Wert 0. Real schwanken die Werte zwischen 4,2 (Bahn 2000) und 3,1 (Koordinierte Verkehrspolitik) bzw. zwischen 3,0 und 1,0.

Der Zusammenhang kann nicht nur qualitativ gefasst und beschrieben werden. Er lässt sich auch quantifizieren und mittels einer Regressionsrechnung zu einem Prognose-Modell entwickeln³⁷. Als Indikator der Oppositionsstärke kommen in Frage:

- *Modell 1*: Parteiparolen und Abstimmungsausgang;
- *Modell 2*: Verbandsparolen und Abstimmungsausgang;
- *Modell 3*: Parteiparolen *und* Verbandsparolen sowie der Abstimmungsausgang.

Die hauptsächlichen Ergebnisse (vgl. *Figur 3-10*) lauten: Alle drei hier verwendeten Prognosemodelle sind sehr einfach; sie sind aber ausserordentlich leistungsfähig: Berücksichtigen wir in der beschriebenen Form nur die Partei- oder Verbandsparolen, lassen sich (in einer ex-post-Prognose) in fünf von sechs Fällen die richtigen Mehrheiten vorhersagen. Die durchschnittliche Abweichung zwischen dem prognostizierten und dem effektiven Ja-Anteil schwankt zwischen 2 bis 3 Prozent. Dies kann noch verbessert werden, wenn gleichzeitig beide Parolenspiegel berücksichtigt werden: *In allen 6 verkehrspolitischen Referendumsabstimmungen lässt sich die richtige Mehrheit voraussagen; die durchschnittliche Abweichung beträgt noch 2,5 Prozentpunkte*³⁸.

Bleibt die Frage nach der *Interpretation*. Diese kann in zweierlei Hinsicht erfolgen:

- *Vorhersage*: Bis hierher handelte es sich um ein Modell, das versucht, nachträglich den Einfluss der Parolen auf den Abstimmungsausgang zu gewichten. Je grösser die Zahl der Fälle ist, desto sicherer wird die Prognose. Ein gesättigtes Modell für ex-post-Prognosen liesse sich dann auch auf zukünftige Verkehrsabstimmungen anwenden. Ist der Parolenspiegel vollständig bekannt, kann (innerhalb bestimmter Grenzen) ein Erfahrungswert folgender Qualität bestimmt werden: Wenn der Konflikt, der in den Partei- und Verbandsparolen zum Ausdruck kommt, sich in üblicher Weise auf die Kampagne niederschlägt, dann entspricht die Prognose des Abstimmungsausganges dem Erfahrungswert³⁹.
- *Kausalanalyse*: Eine Kausalinterpretation halten wir dagegen für nicht zulässig. Falsch wäre es, die Gewichtungen als direkte Bestimmungsfaktoren des Einflusses von Parteien oder Verbänden zu identifizieren. Oder noch direkter: Eine veränderte Parteiparole bei

37 Vgl. hierzu auch F. Schneider: Der Einfluss der Wirtschaftsverbände auf die Politik, Zürich 1985. Wir übernehmen das methodische Instrumentarium, ohne alle Folgerungen der Studie zu teilen. – Die Grundformel der Regressionsrechnung lautet: Prognosewert y (in %) = b (in %) + $a_1 \times$ Unterstützungsgrad (in %) bis $a_n \times$ Unterstützungsgrad (in %).

38 Entsprechende Quantifizierungen für Initiativen sind angesichts der sehr geringen Datenlage kaum möglich. Immerhin ergäben schon erste Einschätzungen ein realistischeres Bild als im Vorfeld der Tempo-Abstimmung gezeichnet worden ist. Verglichen mit Umfragen ist damit die statistische Fehlerquelle so gross wie bei einer Stichprobe von 3000 Befragten (unter +/- 1,5%). Allerdings ist die Sicherheit noch etwas geringer. Bei Stichproben gehen wir davon aus, dass die Vorhersage in 95 Prozent der Fälle, das heisst 19 von 20 Abstimmungen, zutrifft. Die Regressionsrechnungen beruhen gezwungenermassen auf nur 6 Referendumsfällen.

39 Innerhalb der beschriebenen Grenzen gilt im Hinblick auf weitere verkehrspolitische Referenden (gegenwärtig) die folgende Formel (Partei- und Verbandsparolen): Prognosewert Referendumsabstimmung (in %) = 24% + 9 mal Unterstützungsgrad Parteien – 2% mal Unterstützungsgrad Verbände.

Figur 3-10:

Modellwerte für den Abstimmungsausgang und effektive Abstimmungsergebnisse bei den eidg. Verkehrsabstimmungen der 80er Jahre aufgrund von ex-post-Prognosen

Vorlage / Bewertung	Ex post-Prognosen mit Partei- parolen	Verbands- parolen	Parteien- und Verbandsparolen
KVP	50.5	52.4	49.9
Treibstoff	52.7	53.8	51.5
Gurten	53.8	52.4	55.3
Vignette	55.4	54.5	55.0
Bahn 2000	56.5	55.2	55.8
Schwerverkehr	52.2	52.4	52.6
<hr/>			
Richtige Mehrheit prognostiziert	5 von 6	5 von 6	6 von 6
durchschnittl. Abweichung			
Prognose / Ergebnis	2,2 %	2,7 %	2,5 %

einer Regierungspartei (Änderung des Konfliktgrades um 1 Punkt) bewirkt nicht direkt 9% höhere bzw. tiefere Unterstützung einer Vorlage. Zulässig halten wir höchstens den folgenden Schluss: Die Varianz des Abstimmungsergebnisses schwankt stärker in Abhängigkeit des Konfliktes, der in den Parteien manifest wird; insgesamt sie reagieren auf Entwicklungen in der Bevölkerung sensibler. Dieser wiederum kann massgeblich durch die Position der Verbände bestimmt sein. Ein direkter Schluss von Verbandsparolen auf den Abstimmungsausgang ist dagegen wenig gesichert. Erklärt wird dies in erster Linie dadurch, dass die politischen Loyalitäten stärker durch die (mehr gefühlsmässigen) Parteibindungen strukturiert sind als durch die Mitgliedschaft in einem Automobilclub, die primär durch Nützlichkeitsüberlegungen im Bereich von Dienstleistungen erfolgt. Parolen und Stimmverhalten von Verbandsspitzen und -basis stimmen eher im Sinne einer passiven Unterstützung überein: Sind sie identisch, ist es gut; ist eine Haltung unter den Mitgliedern vorhanden und abweichend, sind die eigenen Ansichten wichtiger. Entsprechend provokativ wirkten die Parolen beim TCS und ACS.

Um eigentliche Kausalanalysen durchführen zu können, genügt es nicht, auf dem bisher hoch aggregierten Analyseniveau zu bleiben. Nötig ist es, wenigstens auf einer mittleren Ebene nach der Wirkung von Parolen für die Anhängerschaften und die parteipolitisch Ungebundenen zu fragen. *Die VOX-Analysen erlauben hierzu differenziertere Schlussfolgerungen*; greifen wir die hauptsächlichen Erkenntnisse für Verkehrsabstimmungen heraus (vgl. *Figur 3-11*):

Die Anhängerschaften der Regierungsparteien *folgen in der Regel den Parteiparolen*. Dies gilt für alle Konfliktstärken. Gegensätzliche Mehrheiten zu den Parteiparolen sind selten; erwähnenswert ist höchstens das Gurten-Obligatorium (SVP und SPS). Die Übereinstimmung ist nicht sonderlich; sie variiert im Schnitt der sechs verkehrspolitischen Re-

Figur 3-II:
 Ja-Anteile nach Parteibindungen bzw. Mitgliedschaften in Verkehrsverbänden bei den eidg. Verkehrsabstimmungen der 80er Jahre
 (typologisiert)

Vorlage	Gurten- obligatorium	Bahn 2000	Treib- stoffzölle	Schwer- verkehrsabg.	Autobahn- Vignette	KVP	Tempo 130 / 100	VCS- Initiative
	%	%	%	%	%	%	%	%
FDP	52	57	55	66	56	33	44	24
SVP	46	30	86	51	63	30	21	12
CVP	62	61	70	68	63	56	35	22
SPS	47	63	49	66	52	69	30	45
NA./Vigilance	—	58	—	84	66	—	—	—
LdU	51	72	24	80	78	46	6	44
GPS	—	52	—	71	28	70	3	77
POCH/PdA	—	69	0	69	45	0	42 35	69
PUG	49	45	47	42	44	39	42	31
ACS	—	—	—	—	—	—	42	19
TCS	—	—	—	—	—	—	48	27
VCS	—	—	—	—	—	—	5	96
Total	52	57	59	53	57	49	38	34

Bemerkungen:

Die Angaben stammen aus den VOX-Analysen eidg. Urnengänge; wir geben die gewichteten Prozentwerte wieder. Merkmalsgruppen, die in Klammer gesetzt sind, verstehen sich nur als Trends. Wo entsprechende Angaben nicht publiziert wurden, steht ein Strich.

PUG = Parteungebundene

ferenden von 57 Prozent bei der FDP über 60 Prozent bei der SPS und CVP zu 64 Prozent bei der SVP. *Verallgemeinern wir noch mehr, können wir davon ausgehen, dass bei Verkehrsvorlagen eine Parolenbefolgung von 60 Prozent durch die AnhängerInnen der Parteien die Regel ist*⁴⁰. Die Parteiungebundenen hingegen sind unabhängig vom Konflikttyp bei Verkehrsvorlagen ein *Nein-Potential*. Der Ja-Anteil variiert zwischen 39 Prozent und 49 Prozent. Mit ihrem Protest ist in jedem Fall – und wie es in der zeitlichen Abfolge scheint – zunehmend zu rechnen. Als Verallgemeinerung können wir einsetzen: *Die parteipolitisch ungebundenen Stimmenden sind bei Verkehrsabstimmungen ein Nein-Potential im Verhältnis von 56 zu 44.*

Eine entsprechende Formel für den Abstimmungsausgang muss noch das Gewicht der beiden BürgerInnen-Typen berücksichtigen; bei einer durchschnittlichen Mobilisierung können wir davon ausgehen, dass die Parteiungebundenen 30 Prozent der Stimmenden ausmachen; die Anhängerschaften der Parteien insgesamt ergeben die anderen 70 Prozent. Die *erklärende Formel* berücksichtigt nur:

- das Gewicht der Parteiungebundenen,
- den Konfliktgrad (im Verhältnis zur idealen Konsens-Situation),
- den durchschnittlichen Grad der Befolgung von Parteiparolen.

Figur 3-12:

Modellwerte für den Abstimmungsausgang und effektive Abstimmungsergebnisse bei den eidg. Verkehrsabstimmungen der 80er Jahre aufgrund von VOX-Analysen

Vorlage / Bewertung	Ex post-Prognosen aufgrund der Parolenbefolgung (Angaben in %)
KVP	49.8
Treibstoff	51.2
Gurten	52.8
Vignette	51.5
Bahn 2000	53.1
Schwerverkehr	51.0
Richtige Mehrheit prognostiziert	6 von 6
durchschnittl. Abweichung Prognose / Ergebnis	2,8 %

Praktisch heisst dies: Bei einer Referendumsabstimmung tragen die AnhängerInnen (bei durchschnittlich starker Geschlossenheit) 42 Ja-Prozente bei; die Parteiungebundenen ergeben 14 Prozent Ja. Total kann ein Verkehrsreferendum mit einem Ausgang von 56 zu 44 rechnen. Umgekehrt gilt, dass bei vollständiger Verwerfung einer Vorlage der Nein-Anteil durch die Parteiungebundenen 42 Prozent, der Parteigegebenen jedoch 16 Pro-

40 Bei der Initiative ist eine entsprechende Verallgemeinerung angesichts der sehr wenigen Fälle noch wenig angebracht.

zent beträgt; die Vorlage wird im Verhältnis von 42 zu 58 abgelehnt. *Zwischen 56 und 42 Prozent Ja schwankt der effektive Ja-Anteil entsprechend dem Konfliktgrad*⁴¹.

Fragen wir also danach, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, dass eine *Verkehrsvorlage Erfolg* hat; unterscheiden wir auch hier Referenden und Initiativen:

- *Ergebnis 1:* Im Falle eines Referendums hilft die latente Nein-Haltung der parteipolitisch Ungebundenen den Opponenten. Für sie gilt es nicht, zugunsten einer bestimmten Vorlage Überzeugungsarbeit zu leisten, sondern alles zu sammeln, was gegen einen bestimmten Vorschlag spricht. Unterstützen mindestens zwei Regierungsparteien ein fakultatives Referendum durchschnittlich geschlossen, ist das Potential gegeben, die Vorlage zu Fall zu bringen; eine schwächere Opposition genügt in der Regel nicht. Unterstützen umgekehrt höchstens zwei Regierungsparteien ein obligatorisches Referendum, ist die kritische Grenze erreicht.
- *Ergebnis 2:* Im Falle einer Initiative liegt die Latte höher. Die befürwortende Koalition muss nicht nur unter den Parteigegebenen eine Mehrheit zustandebringen; sie muss auch noch die schlechten Startchancen durch die Vorgabe unter den Parteungegebenen ausgleichen. Unter drei Regierungsparteien, die sich für eine Initiative einsetzen, dürfte dies nicht zu machen sein. Als Variante können auch zwei Regierungsparteien und die grosse Mehrheit der Kleinparteien genügen.
- *Ergebnis 3:* Spezieller wäre der Fall, wenn eine Initiative so formuliert ist, dass sie der Verdrussstimmung unter den Parteigegebenen in der Stossrichtung deutlich Rechnung trägt, oder der Bundesrat und das Parlament von ihrer bisherigen Politik abweichen und ein Volksbegehren befürworten.

Die vorliegenden Ergebnisse sind erst ein Beginn. Aufgezeigt wurde ein neuer Weg, wie Abstimmungsprognosen gemacht werden können. Die bisherigen Resultate stützen sich allerdings auf noch zu wenig Fälle, um im Verkehrsbereich Allgemeingültigkeit zu erlangen.

41 Die Formel selbst lautet (aufgrund der durchschnittlichen Parolenbefolgung bei Verkehrsreferenden): Prognosewert Referendumsabstimmung (in %) = 42% + 14 × Unterstützungsgrad (in %).

4) Methodischer Steckbrief der Untersuchung

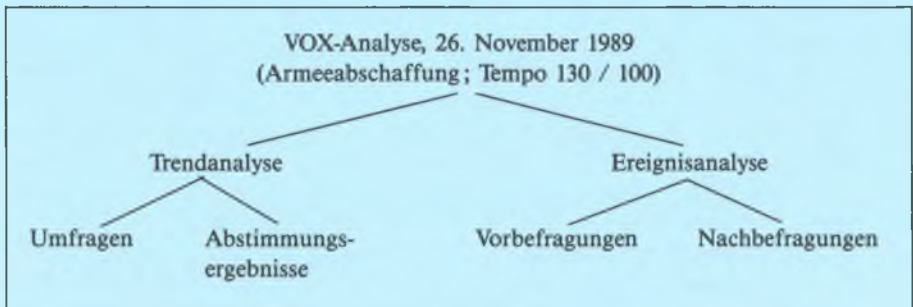
- Welche Daten liegen der Interpretation zugrunde?
- Wo ist die übliche VOX-Analyse erweitert worden?
- Wer wurde befragt?

4.1 Die Forschungsanlage

Die vorliegende VOX-Analyse baut auf einer besonderen Forschungsanlage auf. Beschränkten sich die bisherigen Studien auf punktuelle Nachanalysen, so ist dies hier in zweifacher Hinsicht erweitert worden: Um den kurzfristigen Wandel in der Meinungsbildung erfassen zu können, sind bei der GSoa-Initiative fünf bzw. drei Monate vor der Abstimmung jeweils eine repräsentative Auswahl von Stimmberechtigten befragt worden. Dabei verfolgten wir nicht die Absicht, spektakuläre Voranalysen vorzulegen, sondern Hinweise für die Veränderungen unter dem Eindruck der Kampagne zu erhalten. Unterstützt wird diese Fragestellung durch (zeitliche) Rückerinnerungsfragen in der Nachuntersuchung. Um den längerfristigen Wandel zu erfassen, dem sich die Armee gegenübersteht, werden seit rund 15 Jahren in periodischen Abständen Umfragen durchgeführt; teilweise bauen sie auf einem Satz konstanter (oder wenigstens vergleichbarer) Fragen auf. Soweit möglich, haben wir die Trendanalysen zur Beschreibung längerfristiger, nicht durch die Kampagne verursachter Veränderungen verwendet.

Grafik 4-1:

Überblick über das Forschungskonzept der VOX-Analyse vom 26. November 1989



4.11 Zum Konzept der Nachbefragung

Der standardisierte Ansatz der VOX-Analysen⁴² ist darauf angelegt,

- die zentralen Verhaltensweisen bei Abstimmungen (Teilnahme, Sachentscheid),
- die wichtigsten Beweggründe hierfür (Motive und Argumentenunterstützung) und

42 Vgl. C. Longchamp: «Die VOX-Analysen als Beispiel politischer Sozialforschung», in: Marktforschung Schweiz, Handbuch 1988/89, Einsiedeln 1987.

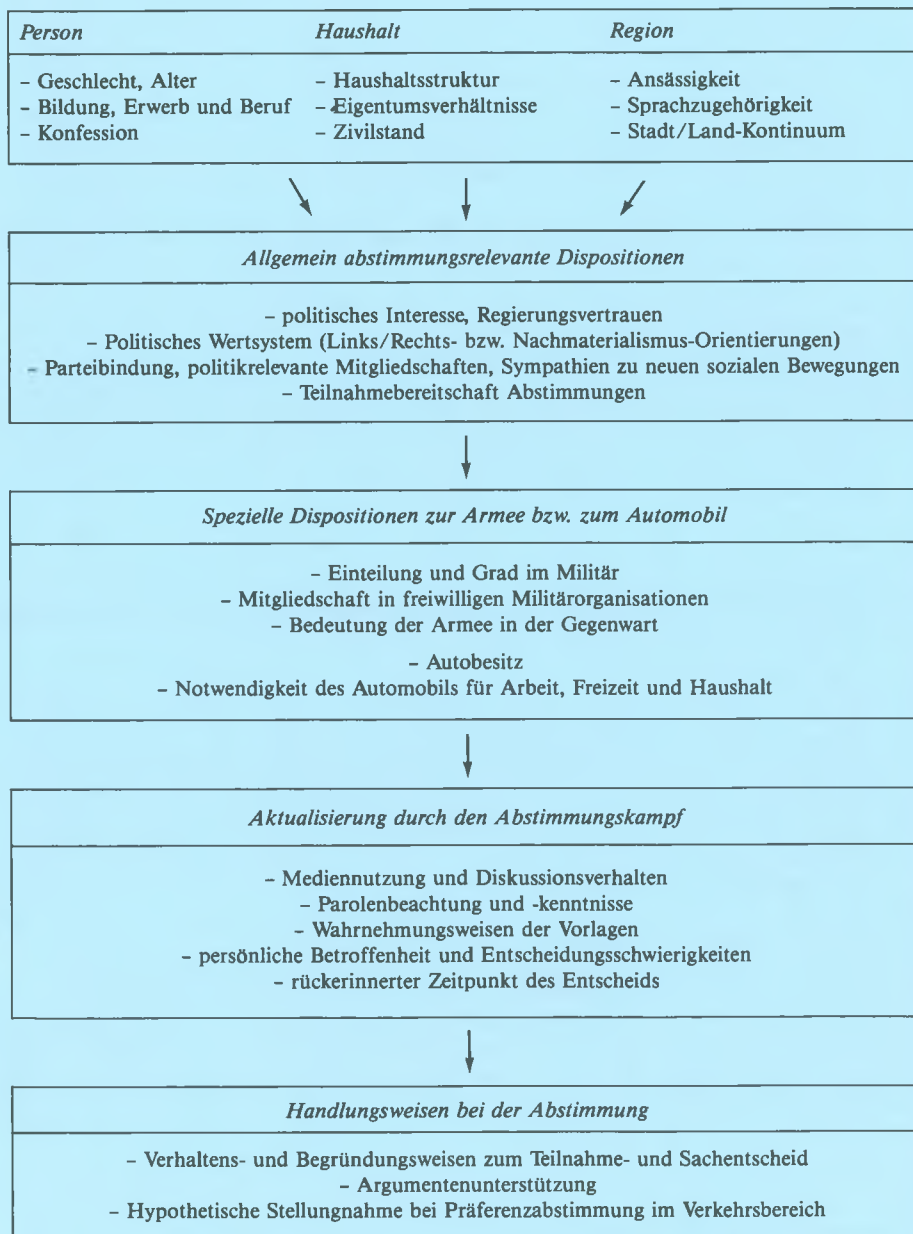
- die grundlegenden Voraussetzungen wie das Wissen über die Vorlagen und die Kenntnisse der Parolen
- zu erfassen. Dabei steht der in der Meinungsforschung übliche Satz an beschreibenden Hintergrundmerkmalen der Individuen, der Haushalte und der Regionen zur Verfügung. In der vorliegenden Studie ist der Standardteil in verschiedener Hinsicht – besonders bezüglich der politischen Dispositionen – erweitert worden:
- Einmal wurde den Bindungen zu Parteien besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Weniger als 15 Prozent der Stimmberechtigten sind Mitglieder einer Partei. Diese Gruppe, aufgeteilt auf mehr als ein Dutzend im Parlament vertretene Gruppierungen, ergäbe keine sinnvollen Grössenordnungen für unsere Untersuchungen. Deshalb orientieren wir uns an dem in den Sozialwissenschaften üblichen Konzept der Parteibindung. Dieses richtet sich in erster Linie nach der Identifikation mit einer Partei als Ganzes, ihren politischen Zielen oder den hauptsächlichen RepräsentantInnen. Sie kann auch als «psychologische Mitgliedschaft» aufgefasst werden.
 - Hinreichend aussagekräftige Abstimmungsanalysen sind in der Schweiz kaum zu realisieren, wenn sie einer Besonderheit der Stimmbürgerschaft nicht Rechnung tragen: So nehmen nur 30 Prozent der Berechtigten regelmässig an gesamtschweizerischen Volksentscheiden teil. Ein Fünftel will mit der besonderen Form der demokratischen Entscheidungsfindung in der Schweiz nichts mehr zu tun haben oder aber verzichtet auf die Wahrnehmung seiner Rechte. Verbleibt eine Gruppe von rund 50 Prozent, die sich gelegentlich beteiligen. Ihnen wird bei der Analyse und Berichterstattung ein besonderes Gewicht beigemessen.
 - Die zunehmende Zahl parteipolitisch Ungebundener (1986 Höchststand mit 57%) verlangt, die politischen Orientierungen jenseits von Parteibindung zu strukturieren. Hierzu haben wir zwei zentrale Werthaltungen berücksichtigt:
 - *Links/Rechts-Orientierung*⁴³: Die Befragten mussten sich auf einer Skala von 0 bis 10 bzw. von «links» bis «rechts» selber einstufen. Dabei ging es nicht darum, was die Befragten unter diesen Begriffen verstehen; vielmehr wird dieser Indikator für die traditionelle Orientierung im politischen Spektrum verwendet. Um genügende Fallzahlen zu erhalten, haben wir einige Zusammenlegungen vorgenommen. Die Verteilungen lauten: «ganz links» 4%; «links» 22%; «in der Mitte» 30%; «rechts» 21%; «ganz rechts» 2%. Immerhin 17% wollten oder konnten sich in dieser Dimension nicht (mehr) einordnen; 3% verweigerten die Angabe.
 - *Materialismus / Nachmaterialismus-Orientierung*⁴⁴: In unserer Untersuchung verwendeten wir die seit 1983 unverändert eingesetzte Nachahmung der Skala von Ronald Inglehart. Sie wird eingesetzt, um den Übergang von materialistischen Orientierungen (wie die physische Überlebenssicherung und die Befriedigung materieller Bedürfnisse) zu nachmaterialistischen Werten (wie der Partizipation, der Selbstverwirklichung und der Umweltorientierung) zu erfassen. Dabei mussten die Befragten

43 Vgl. R. Inglehart, D. Sidjanski: «Electeurs et dimension gauche-droite», in: D. Sidjanski et al.: Les Suisses et la politique, Berne et Francfort 1975.

44 Grundlegend sind: R. Inglehart: The Silent Revolution. Changing public Opinion and political Styles. Princeton 1987 sowie R. Inglehart: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt a.M. 1989.

Grafik 4-2:

Forschungskonzept der Nachanalyse zur eidg. Abstimmung vom 26. November 1989



aus sechs politischen Zielen jene zwei auswählen, denen ihrer Meinung nach die höchste Priorität zukommt. Je nach Auswahl ergeben sich «rein materialistische Orientierungen» (27%), «gemischte Orientierungen» (insgesamt 64%) und «rein nachmaterialistische Orientierungen» (9%).

- *Bedeutung des Militärs*⁴⁵: Um der individuellen Bedeutung der Armee im Hinblick auf die GSoA-Abstimmung mehr auf die Spur zu kommen, haben wir einen in der Forschung häufig verwendeten Indikator speziell berücksichtigt. Die Befragten mussten sich entscheiden, ob das Militär für sie ein zentrales Leitbild darstellt, ob sie es eher als notwendiges Übel wahrnehmen oder für weitgehend bedeutungslos halten.
- *Bedeutung des Automobils*: Um die Bedeutung des Automobils zu erfassen, haben wir zuerst zwischen AutobesitzerInnen und den übrigen Stimmberechtigten entschieden. Ferner haben wir nach der subjektiven Bedeutung des Privatwagens gefragt. Wir unterschieden hierbei die wahrgenommene Notwendigkeit für den Arbeitsweg, für Haushaltsbesorgungen bzw. für die Freizeit.
- Politik wird meist nicht über die (abstrakte) Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Merkmalsgruppen vermittelt, sondern über die Mitgliedschaft oder Anhängerschaft zu politikrelevanten Gruppierungen. Hierfür haben wir den VOX-Standardteil wie folgt erweitert:
 - *Politikrelevante Mitgliedschaften*: Insgesamt haben wir die Zugehörigkeit zu zehn politikrelevanten Organisationen abgeklärt. In der Auswertung wurden nebst der Mitgliedschaft zu wirtschaftlichen Verbänden jene Interessengruppen berücksichtigt, die sich im Vorfeld der Abstimmung besonders geäußert haben. Wer in gar keiner der zehn Gruppierungen Mitglied war, gilt als «unorganisiert».
 - *Neue soziale Bewegungen*⁴⁶: Erstmals im Rahmen der VOX-Analysen wurde der Versuch unternommen, auch die Anhängerschaft von neuen sozialen Bewegungen miteinzubeziehen. Vor allem im Zusammenhang mit der GSoA-Abstimmung erschien uns diese Form von Bezugsgruppen nebst den Parteien, Verbänden und direkt betroffenen Interessenorganisationen sinnvoll. Dabei ermittelten wir die folgenden Stärkeverhältnisse für SympathisantInnen: Umweltbewegung: 39 Prozent der Stimmberechtigten; Friedensbewegung: 33 Prozent, Frauenbewegung: 16 Prozent der Frauen bzw. 11 Prozent der Männer.

4.12 Zum Konzept der Voruntersuchungen

Die Voruntersuchungen berücksichtigen in hypothetischer Form ähnliche Fragestellungen wie die Nachanalyse: Wer wird wie stimmen, bzw. weshalb wird so gestimmt. Dabei verzichteten wir auf übliche die Sonntagsfrage; der Verdacht einer Prognose wäre auch für die Befragten zu nahe gelegen und hätte gerade bei der GSoA-Initiative eine künstliche Antwortverweigerung produzieren können.

45 Vgl. K.W. Haltiner: Milizarmee. Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Frauenfeld 1986.

46 Vgl. K.W. Brand: Neue soziale Bewegung. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale, Opladen 1982. Spezieller für die Schweiz: M. Dahinden (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen, Zürich 1987.

Die Befragten wurden hingegen aufgefordert, zuerst in allgemeiner Form über Vor- und Nachteile einer Armeeabschaffung nachzudenken. Erst am Schluss hatten sie sich zu entscheiden, ob die Beibehaltung oder Abschaffung vorteilhafter sei, oder ob sie diesbezüglich unentschieden seien⁴⁷. So ergab sich indirekt die Möglichkeit, potentiell Ja- bzw. Nein-Stimmende zu ermitteln und die Gruppe der Unentschlossenen zu charakterisieren. Durch dieses Vorgehen lagen ebenfalls die wichtigsten Motivstrukturen vor.

4.13 Zur Trendanalyse

Bei den längerfristig angelegten Umfragen zur Analyse von Trends wurden die im GfS-Forschungsinstitut bzw. im Forschungszentrum für schweizerische Politik greifbaren Untersuchungen systematisch ausgewertet; im wesentlichen standen zur Verfügung⁴⁸:

- *«Werte und Wertordnungen der schweizerischen Bevölkerung»*, durchgeführt vom Institut für Soziologie der Universität Bern⁴⁹ (Befragung 1976; stellvertretend verwendet für 1980);
- *«Milizarmee im Wandel»*, Randauszählung einer GfS-Befragung, durchgeführt von K.W. Haltiner im Rahmen des NFP 11 «Sicherheitspolitik»⁵⁰ (Befragungszeitpunkt: 1983);
- *«UNIVOX-Stichwort Verteidigung»*, durchgeführt von der GfS in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen⁵¹ (Befragungszeitpunkte 1986 und 1988);
- *«Das Bild der Schweizer Armee»*, Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung im Auftrag des Tages-Anzeigers⁵² (Befragungszeitpunkt 1989).

Wir beschränken uns zuerst auf jene Interview-Vorgaben, die wenigstens dreimal gestellt worden sind; nur so ist zuverlässig ein Trend zu ermitteln. Wo es sich aus sachlichen Gründen aufdrängte, bestimmte Indikatoren zu verwenden, berücksichtigen wir ausnahmsweise auch Fragen mit nur zwei Messpunkten⁵³.

- 47 Die Fragevorgaben lauteten: Einleitung: «Am 26. November dieses Jahres kommt die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» zur Abstimmung. Ziele der Initiative sind: – Vollständige Abschaffung der Schweizer Armee innert 10 Jahren und sofortige Einstellung der militärischen Ausbildungstätigkeit. – Verfassungsmässige Verpflichtung der Schweiz zur Entwicklung einer umfassenden Friedenspolitik.» Frage 1: «Welches ist aus ihrer Sicht der denkbare Hauptvorteil dieser Initiative? Welche anderen Vorteile hätte die Initiative auch noch?» – Frage 2: «Und welches ist aus Ihrer Sicht der denkbare Hauptnachteil dieser Initiative? Welche anderen Nachteile hätte die Initiative auch noch?» – Frage 3: «Wenn Sie an sich selber denken und alle Vorteile und Nachteile dieser Initiative vergleichen . . . sehen Sie dann alles in allem eher mehr Vorteile, eher mehr Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile etwa die Waage?»
- 48 Kontrollierend beigezogen wurde auch: «Wie denkt das Schweizervolk über die Landesverteidigung. Ergebnisse einer Repräsentativ-Umfrage, Zürich 1971.
- 49 Hauptsächliche Veröffentlichung: R. Meyer: «Die Einstellung der Bevölkerung zur Milizarmee», in: SAMS-Informationen, 2 (1978).
- 50 Hauptsächliche Veröffentlichung: K.W. Haltiner: Milizarmee. Bern, Frauenfeld 1986.
- 51 Hauptsächliche Veröffentlichungen: A. Riklin: UNIVOX Stichwort IVB, GfS und HSG, Zürich 1988.
- 52 Hauptsächliche Veröffentlichung: R. Blum, D. van Lennep: «Wie militarisiert ist unsere Gesellschaft? Schweizervolk bewahrt gleichzeitig Distanz und Nähe zur Armee», in: Tages-Anzeiger, 25.9.1989.
- 53 Vgl. hierzu: O.D. Duncan: «Measuring Social Change via Replication of Surveys», in: K. Land, S. Spilerman (eds.): Social Indicators Modells, New York 1975, pp. 105 und R. Prost: Praxis der Umfrageforschung, ZUMA, Köln 1965.

Grafik 4-3:

Trendindikatoren für «Die Armee in einem gewandelten Umfeld»

Sicherheitspolitische Aspekte der Armee	Gesellschaftspolitische Aspekte der Armee
<ul style="list-style-type: none">- Verteidigungsnotwendigkeit der Armee- Verteidigungswürdigkeit der Armee- Verteidigungsfähigkeit (atomar)- Verteidigungsfähigkeit (konventionell)- Kriegswahrscheinlichkeit- Dissuasionswirkung der Armee- Gewaltsame Verteidigung	<ul style="list-style-type: none">- Gesellschaftliche Bedeutung der Armee- Sozialisation junger Männer- Militärdienst und Bürgerrecht- Milizprinzip der Armee- Zusammenhalt durch die Armee- Armee als Instrument der Mächtigen- Einstellung zu Militärausgaben

4.2 Die Stichprobe

Das GfS-Forschungsinstitut besorgte die Umsetzung der Untersuchung. Die Feldarbeit umfasste 961 Schweizer BürgerInnen zwischen 20 und 84 Jahren. Gegenüber üblichen Stichproben aus der Marktforschung ist damit die Abdeckung der RentnerInnen besser; hingegen verzichten wir darauf, Jugendliche unter 20 Jahren zu befragen.

Die Interviews fanden zwischen dem 27. November 1989 und dem 21. Dezember 1989 statt. Bei der Nachuntersuchung wurden insgesamt 56 geschulte BefragterInnen eingesetzt. Die Voruntersuchungen wurden in den Monaten Juli bzw. September 1989 durchgeführt.

Die Bildung der Stichproben erfolgte jeweils in zwei Schritten, die Zufalls- und Quotenelemente berücksichtigen:

- **Befragungszentren:** Mittels eines Zufallsverfahrens wurden rund 100 Ortschaften in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz ausgesucht; dabei waren die Verteilungen nach Sprachgruppen und im Stadt/Land-Kontinuum vorgegeben. In den Voruntersuchungen ist das Tessin nicht berücksichtigt worden.
- **Befragte Personen:** In jedem Befragungszentrum fanden 10 Interviews statt. Die Auswahl der Personen besorgten die InterviewerInnen selber. Dabei hatten sie sich an Vorgaben zu Geschlecht, Alter und Beruf zu halten, die den Verteilungen aus der Volkszählung entsprechen.

Die Stichprobe wurde angelegt, um die hauptsächlichsten nationalen Trends zu erfassen. Lokalen Betroffenheiten wurden nicht besonders berücksichtigt; deshalb äussert sich der Bericht nicht speziell zu den direkten Auswirkungen von Waffen- oder Flugplätzen bzw. hoher Konzentration des Militärs als Arbeitgeber.

Das GfS-Forschungsinstitut hat jedes zehnte Interview telefonisch nachkontrolliert. Bei der Nachbefragung liessen sich im Rayon Luzern nur 40 der vorgesehenen 70 Interviews verwenden. Über die ermittelten Verteilungen zu den Quotenvorgaben gibt die *Grafik 4-4* Auskunft.

Grafik 4-4:

Zusammensetzung der Stichproben für die VOX-Analyse vom 26. November 1989

Quotierte Merkmalsgruppen	Nachanalyse %	Voranalyse 1 %	Voranalyse 2 %
Total Befragte	n = 961	n = 687	n = 737
<i>Quotierte Regionsmerkmale:</i>			
• Sprachzugehörigkeit			
Deutsche Schweiz	70	74	75
Französische Schweiz	25	26	25
Italienische Schweiz	5	—	—
• Siedlungsart			
Grossstädtische Agglomerationen	38	36	37
Mittel-/kleinstädtische Agglomerationen	20	21	20
Landgemeinden	42	43	43
<i>Quotierte Individualmerkmale:</i>			
• Geschlecht			
Männer	50	50	50
Frauen	50	50	50
• Alter			
20-39jährige	42	41	38
40-64jährige	39	39	41
65-84jährige	19	20	21
• Erwerb und Beruf:			
Erwerbstätige Total	64	65	61
davon:			
- Selbständige, Leitende Funktionen	25	23	23
- Landwirte	4	5	6
- Angestellte und BeamtInnen in mittlerer Stellung	35	39	37
- Übrige Angestellte u. BeamtInnen	19	15	15
- ArbeiterInnen	17	18	19
Nicht-Erwerbstätige Total	36	35	39
davon:			
- in Ausbildung	10	11	11
- im Haushalt	52	50	51
- in Pension	38	39	38

Ausgehend von der Stichprobengrösse beträgt die maximale Standardabweichung \pm 3 Prozentpunkte bei der Nachanalyse (\pm 4 Prozentpunkte bei den Voruntersuchungen). Wird ein Wert von 50 Prozenten angegeben, liegt der effektive Anteil (mit 95%iger Wahrscheinlichkeit) zwischen 47 und 53 (bzw. 46 und 54) Prozenten. Grössere Verzerrungen sind nicht statistischer Art.

Zur Eichung der Stichprobe können bekannte Vergleichszahlen herangezogen werden : Im Schnitt stimmen die ermittelte und effektive Stimmabgabe gut überein (4% Differenz). Dies wird auch im vorliegenden Fall bestätigt : Bei der Armeeabschaffungsinitiative ermittelten wir unter den Teilnehmenden die folgenden Stärkeverhältnisse : 36 Prozent Ja, 61 Prozent Nein ; 1 Prozent leer ; 2 Prozent Antwortverweigerung. Unter den materiell Stimmenden ergibt dies ein Verhältnis von 37 zu 63. Damit beträgt die Abweichung zum effektiven Stimmergebnis 1 Prozent ; dies wurde in den tabellarischen Darstellungen berücksichtigt. Bei der Tempo-Vorlage war die Genauigkeit schlechter : In der Nachanalyse gaben 70% an, Nein gestimmt zu haben ; 30% zählten sich zum Ja-Lager. Die grössere Differenz wurde durch ein Gewichtungsverfahren ausgeglichen ; dieses bewirkt, dass die 30% Ja-Stimmen in allen Merkmalsgruppen linear aufgestockt wurden. Bei der Stimmbeteiligung schliesslich ermittelten wir 81 Prozent UrnengängerInnen. Erfahrungsgemäss ist dieser Wert zu hoch ; die 12 Prozent zur effektiven Beteiligung ergeben sich unserer Ansicht nach aus der Tatsache, dass die völlig apolitischen BürgerInnen, die sich bei Abstimmungen auch nicht beteiligen, nicht für ein einstündiges politisches Interview gewinnen lassen. Bezüglich der aktiven Stimmbürgerschaft ist diese Verzerrung nicht ausschlaggebend. Insgesamt können wir also davon ausgehen, dass die *Stichprobe den üblichen Ansprüchen entspricht und für die hauptsächlichen Erkenntniszwecke genügend robust ist.*

Die Analyse der Daten, die in diesem Bericht veröffentlicht sind, erfolgte in beiden beteiligten Instituten ; alle Ergebnisse sind mit dem Programmpaket SPSS/PC+ ermittelt worden. Merkmalsgruppen mit weniger als 30 Nennungen wurden nicht weiter ausgewertet ; dies betrifft (unter den Teilnehmenden) namentlich das Stimmverhalten der AnhängerInnen kleiner Parteien.

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 1989

Hauptergebnisse
«Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende
Friedenspolitik»

Überrascht, verunsichert oder erfreut zeigte sich die Schweiz am Abend des 26. November 1989: Fast einmalig viele Bürger und Bürgerinnen – 68,6 Prozent der Stimmberechtigten – hatten sich in einer *Volksabstimmung zur Armeeabschaffungsinitiative* der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) geäußert. 1'903'797 oder 64,4 Prozent lehnten das «radikalste Begehren seit Bestehen des Bundesstaates» ab. 1'052'218 oder 35,6 Prozent setzten sich zugunsten des «zweitwichtigsten Ereignisses des Jahres nach dem Fall der Berliner Mauer» ein. Zwei Kantone befürworteten die Initiative; die anderen 21 Stände stützten die Haltung von Bundesrat und Parlament.

In der Analyse fällt zuerst die starke Polarisierung der Bevölkerung auf: Die Schweiz war in der Frage der Armeeabschaffung *tief gespalten*; gegensätzliche Mehrheiten fanden sich vor allem bei den Parteianhängerschaften und nach Altersgruppen:

- Wer bürgerliche *Parteisymphathien* hegt, zeigte kaum Verständnis für die Armeeabschaffung. Die ermittelten Nein-Anteile schwankten zwischen 91 % (SVP und FDP) und 84 % (CVP). Auch die SympathisantInnen der EVP, des LdU und der äussersten Rechten waren im Nein-Lager. Hingegen bewürworteten Mehrheiten der SPS (64% Ja), GPS (79%) und der POCH/PdA (92%) das GSoA-Anliegen. Damit erwiesen sich die Verhältnisse an der Basis dieser Parteien akzentuierter als in den Parteispitzen, die mit Ausnahme der äussersten Linken Stimmfreigabe empfohlen hatten.
- Diametral standen sich auch die *Generationen* gegenüber. Ja-Mehrheiten ergaben sich unter den Stimmenden, die nach 1950 geboren wurden. Die 20–30jährigen sagten im Verhältnis von 3 zu 2 Ja zur Abschaffung der Armee; die 30–40jährigen waren in zwei genau gleich starke Lager gespalten. Dagegen verwarfen die Über-60jährigen das Anliegen der GSoA mit 87 zu 13 äusserst wichtig.

Von mittlerer Stärke waren auch die Gegensätze zwischen den Bildungsschichten (80% Ja unter den heute Studierenden; 51 % unter den AbsolventInnen einer höheren Bildung) und bezüglich der gesellschaftlichen Integration: Wer ein Haus besitzt und schon länger ansässig ist, stellte sich klarer gegen die Initiative. Knapp signifikant war noch der Stadt/Land-Gegensatz. Dahinter verblassen alle übrigen überprüften gesellschaftlichen Konfliktlinien. Dies gilt zuerst für die Sprachzugehörigkeit, aber auch für das Geschlecht. Einzig

SympathisantInnen der neuen Frauenbewegung weichen bei den Frauen mit einer mehrheitlich positiven Haltung zur Initiative deutlich ab.

Zur Deutung dieser Ergebnisse lassen sich zwei *zentrale zusammenhängende Erklärungsmuster* vorbringen:

- Am besten erklärt wird das Stimmverhalten durch individuell gültige *Werthaltungen*. Zeitvergleiche ergeben für die Schweiz einen starken Wandel hin zu nachmaterialistischen Werten. Generationen, die ihr politisches Weltbild in den Kriegsjahren oder unmittelbaren Nachkriegszeit formierten, hängen stärker materiellen Werthaltungen an. Für sie sind Ruhe und Ordnung, wirtschaftliches Wachstum bzw. Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder Inflation besonders wichtig; sie votierten klar gegen die Abschaffungsinitiative. Wer hingegen in den späten 60er Jahren oder danach politisiert wurde, stellt mehr die Ökologie, die Partizipation und die freie Meinungsäußerung ins Zentrum; diese Befragten wandten sich in hohem Masse von der Armee und ihrem Sicherheitsdenken ab.
- Die *Stellung in der Armee* selber ergibt einen zweiten, zentralen Erklärungsansatz. Bei jenen, auf die sich das Militär am stärksten stützt, war «der Gang aus Festung» besonders hoch. So stimmten die Soldaten im «Auszugsalter» zu 72% für die Armeeabschaffung. Dahinter stecken auch individualistische Kosten/Nutzen-Abwägungen: Vor allem in den jüngsten Generationen sinkt die Engagementbereitschaft für die Gemeinschaft, wenn die Aufwand/Ertrag-Rechnung negativ ausfällt. Für die jungen Soldaten erscheinen die Anforderungen der rigiden Strukturen der Armee und die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten zunehmend widersprüchlich. Schon bei Männern im Landsturm und in der Landwehr trifft dies jedoch kaum mehr zu; hier ist die Bejahung der Armee sogar etwas stärker als im Schnitt der übrigen Altersgenossen.

Das andere Kennzeichen der Abstimmung zur Armeeabschaffung ist die *Höhe der Zustimmung*. Die hauptsächlichsten Gründe für den überraschend hohen Ja-Anteil sehen wir in *zwei grundlegenden, häufig jedoch unterschätzten Veränderungen* der schweizerischen Stimmbürgerschaft begründet: 2 von 5 Teilnehmenden entscheiden sich bei Abstimmungen losgelöst von parteipolitischen Überlegungen. Je polarisierter die Situation ist, desto eher spielen sie in der annähernden Patt-Situation das Zünglein an der Waage. Die Parteungebundenen waren zwar insgesamt keine ArmeegegnerInnen. Sie zeigten sich aber unbefangener und distanzierter zur Armee als die bürgerliche Gegnerschaft. Mit 39% Ja lagen sie am nächsten beim gesamtschweizerischen Schnitt. Sodann half die ausserordentlich gute Mobilisierung den ArmeegegnerInnen. Die regelmässigen UrnengängerInnen stimmten zu 71% nein; dagegen betrug das Verhältnis unter den gelegentlich Teilnehmenden nur 59 zu 41. Beide Entwicklungen sind dauerhafter Natur; mit beiden Unsicherheitsfaktoren muss eigentlich jede Abstimmung rechnen.

Erwartet wurden Ja/Nein-Anteile von 3 zu 1. Dies ergaben verschiedene Einstellungsmessungen schon vor der Abstimmung: So halten 26% der Bevölkerung die Armee für nicht mehr notwendig; 28% würden nach eigenen Angaben bei einem Angriff keine Waffengewalt anwenden, und für 24% ist das Militär gesellschaftlich gesehen überhaupt be-

deutungslos geworden. Die Nachanalyse bestätigt diese Haltung, zeigt aber, dass auch andere Gründe zu einem Ja führen konnten: 20% der Teilnehmenden bezeichnen sich selber als «grundsätzliche» ArmeegegnerInnen. 5% mochten sich hierzu nicht (mehr) äussern. Ein Drittel der Ja-Stimmenden gab an, mit dem Ja primär einen Denk-Zettel erteilt zu haben. Auch das Nein-Lager lässt sich analog gliedern: 50% der Stimmenden befürworten die Armee absolut. 8% schwankten; sie stimmten schliesslich ein Nein, weil die Initiative plötzlich so populär wurde. Der Rest wollte sich nicht einteilen.

Wer Ja zur Abschaffung sagte, favorisierte eines der folgenden *Motive*: «Zu hohe Ausgaben für die Armee» (für 31% der Ja-Stimmenden handlungsrelevant), «verstärktes Engagement für den Frieden» (15%) oder «Sinnlosigkeit militärischer Verteidigungsbemühungen» (13%). Die beiden letzten Beweggründe sind für die harte Gegnerschaft typisch. Dagegen verlangten weiche ArmeegegnerInnen in erster Linie bestimmte Reformen (wie die Dienstverweigerung, die Abschaffung der Armeejustiz, total 15%), oder aber sie machten persönliche Motive wie schlechte Erfahrungen, übermässige Einschränkungen oder Belastungen durch die Dienstzeit geltend (total 7%). Zwei grundlegende Motive prägten das Nein-Lager: «Jedes Land hat eine Armee, die eigene oder eine andere.» Darin drückt sich die Selbstverständlichkeit des Militärs aus, das zu einem Staatswesen gehöre wie eine Regierung, Verfassung oder Wahlen; für 36% der Nein-Stimmenden war dies in erster Linie massgeblich. Sicherheitspolitische Nutzen-Überlegungen nannten 28% zuerst; hier erscheint die Armee als wichtigster Garant für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz. Ihre Anwesenheit ist Ausdruck des Selbstbehauptungswillens. 14% im Nein-Lager favorisierten schliesslich den innenpolitischen Nutzen der Armee.

Die Armee befindet sich 45 Jahre nach Kriegsende und in Zeiten welt- und europapolitischer Veränderungen in einem gewandelten Umfeld. Die Einstellungen zu den *sicherheitspolitischen Begründungen* sind mehrheitlich positiv; sie verlieren allerdings teilweise an Integrationskraft:

- Eine hohe und über die Zeit praktisch unveränderte Zahl von BürgerInnen sagt Ja zur Verteidigungswürdigkeit der Schweiz. Diese Haltung reicht auch ins Ja-Lager. Eine Befürwortung nichtmilitärischer Verteidigungsansätze bei rund einem Fünftel der Stimmenden erklärt diese Diskrepanz.
- Die bewaffnete Neutralität unterstützen gleich viele, wie am 26. November Nein sagten. Auch an eine abschreckende Wirkung der Schweizer Armee im Sinne der Dissuasion glauben zwei Drittel der Stimmberechtigten. Nur eine knappe Minderheit (46%) denkt aber, dass wir im Angriffsfall in der Lage wären, uns erfolgreich zu verteidigen. Beide Einstellungen sind über die Zeit praktisch konstant.
- Gering verbreitet und rückläufig ist indessen die Ansicht, trotz Zivilschutz und Gesamtverteidigung auch einen Atomkrieg überleben zu können (72 zu 28%). Hier findet sich das grösste Glaubwürdigkeitsdefizit.

Deutlicher schon bricht der Konsens bei der *gesellschaftspolitischen Bedeutung* der Armee auseinander: In den 70er Jahren hatte die Armee für die Hälfte der Bevölkerung einen zentralen Stellenwert im gesellschaftlichen Leben. Heute ist es noch ein Drittel. Zuge-

nommen hat nicht wie damals vermutet ein instrumentelles Verhältnis zur Armee, wonach diese bejaht wird, jedoch in erster Linie gemäss ihrer Funktion und den daraus resultierenden Vorteilen bewertet wird. Zugenommen hat seit dem Aufkommen der Friedensbewegung die radikale Armeekritik.

Damit einher geht die Umbewertung einer Reihe weiterer Haltungen: Nur gering betroffen ist das weiterhin mehrheitlich akzeptierte Milizprinzip (61% einverstanden); bei der Frage, ob die Armee dem Zusammenhalt der Bevölkerung oder vor allem den Mächtigen diene, scheiden sich die Geister schon stärker. Ins Negative gekippt ist hingegen die Einstellung zu den Armeeaussgaben. Diese erscheinen einer knappen Mehrheit der Stimmberechtigten zu hoch. Diese Haltung reicht auch ins Nein-Lager.

Die *Zukunft militärpolitischer Abstimmungen* hängt einerseits von äusseren Entwicklungen ab. Aber auch der gesellschaftliche Standort der Armee beeinflusst die Grundhaltung. Hier wächst der Legitimationsdruck rasch an. Armeebefürworter können sich nicht mehr nur auf traditionelle Werthaltungen konzentrieren. Sie müssen auch der nüchternen und eher instrumentellen Einschätzung der Armee Rechnung tragen. Armeekritiker umgekehrt müssen die sehr unterschiedlichen pazifistischen, nachmaterialistischen und individualistisch denkenden und handelnden Potentiale vereinigen können, um mehrheitsfähig zu werden.

Volksinitiative «Pro Tempo 130/100»

Die Volksinitiative «*Pro Tempo 130/100*» verlangte, die Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf Autobahnen und von 100 km/h auf Überlandstrassen in der Bundesverfassung zu verankern. In der Volksabstimmung vom 26. November 1989 *verwarfen 62,0% der Teilnehmenden* (Stimmbeteiligung von 69,9%) das Volksbegehren; *17 Stände* unterstützen die Haltung von Bundesrat und Parlament.

Schon am Sonntag-Abend war das klarste *Kennzeichen der Abstimmung* sichtbar geworden. Zur Gesamtschweiz gegensätzlich war die Haltung der *Romandie*. Die Umfrage machte nun drei weitere *gesellschaftliche Charakteristiken* sichtbar:

- *Autobesitz*: Die AutobesitzerInnen unterscheiden sich im Gesamtdurchschnitt. Allerdings stimmte auch hier eine knappe Mehrheit gegen die Vorlage (57% Nein). Nur wer glaubt, unbedingt auf das Automobil angewiesen zu sein, votierte mehrheitlich Ja. Selbstredend ist die überdurchschnittliche Verwerfung bei Stimmenden ohne Automobil (82% Nein).
- *Erwerbstätigkeit*: Statistisch bedeutsam sind auch die Unterschiede zwischen den Erwerbstätigen und den Nicht-Erwerbstätigen. Wer voll erwerbstätig ist, neigte in stärkerer Masse zu einem Ja (53% bzw. 77% Nein).

- *Geschlecht*: Schliesslich ergaben sich auch relevante Differenzierungen bezüglich des Geschlechts. Männer stimmten der Vorlage in leicht stärkerer Masse zu (57% bzw. 70% Nein).

Politisch wurde die Vorlage von einer nur *oberflächlich funktionierenden Koalition* bekämpft. Die vier Regierungsparteien stellten sich auf nationaler Ebene gegen sie. Von den kleineren Parteien verfochten die Liberalen und die Autopartei den Standpunkt der InitiantInnen. Auf kantonaler Ebene machten sich vor allem bei der FDP, aber auch bei der SVP Abweichungen bemerkbar. Die *AnhängerInnen der Parteien* schliesslich stimmten:

- FDP-Basis: 57% Nein;
- CVP-Basis: 65% Nein;
- SPS-Basis: 70% Nein;
- SVP-Basis: 79% Nein.

Bei den Kleinparteien ergaben sich Parolenübereinstimmung in ähnlichem oder noch stärkerer Masse. Die deutlichste Verwerfung bei der SVP erklärt sich vor allem durch ihre regionale Verankerung. Bei den anderen bürgerlichen Parteien stimmten Mehrheiten der welschen AnhängerInnen Ja; die SVP ist in der Romandie kaum verankert.

Die Parteien vermochten trotz des «Röschti-Grabens» Mehrheiten für ihre nationalen Parolen zu gewinnen. Dies gilt nicht für alle *Automobilverbände*:

- VCS-Mitglieder: 95% Nein;
- ACS-Mitglieder: 58% Nein;
- TCS-Mitglieder: 52% Nein.

Die geringere Übereinstimmung erklärt sich einmal mit der Richtung der Parolen, die im Falle des TCS und des ACS von der Behördenhaltung und Mehrheitskonsens abwich. Andererseits wird die beschränkte Überzeugungskraft von Verbandsparolen im Hinblick auf die Meinungsänderung der Stimmenden bestätigt: Die Mitgliedschaft in einem Verkehrsclub ist in erster Linie von Nutzenüberlegungen geleitet; politische Identität steht – im Gegensatz zur Parteibindung – erst an zweiter Stelle.

Eine Mehrheit hat sich an die neuen Tempo-Limiten gewöhnt. Als Blöcke widersetzen sich dem die Romandie, die ausgesprochenen Auto-Fans und die äussere Rechte.

Die Vorlage wurde als primär mit Sicherheitsargumenten gewonnen. Als Folge des Waldsterbens eingeführt, reichen die umweltpolitischen Überlegungen alleine nicht (mehr) aus, um eine Mehrheit zu überzeugen. Umgekehrt erscheint der harte und kompromisslose Protest gegen die Verkehrspolitik des Bundes geringer zu sein als erwartet. Im Detail lassen sich die Motive der Initiativ-GegnerInnen in vier hauptsächliche Gruppen einteilen:

- Sicherheitsüberlegungen: für 25% der Stimmenden zuerst massgeblich;
- Notwendigkeit der tieferen Tempolimiten (ohne weitere Begründung): 18% der Stimmenden;
- Umweltbelastung: 9% der Stimmenden;
- Verfassungsfrage: 3% der Stimmenden.

22% der Stimmenden (oder 36% der Nein-Stimmenden) verstehen ihr Nein in erster Linie als Entscheid zur vorgelegten Sachfrage; 34% (oder 54% der Nein-Stimmenden) wollen es primär als grundsätzliche Unterstützung der behördlichen Verkehrspolitik verstanden wissen. Die zentralen Beweggründe der BefürworterInnen lassen sich wie folgt gruppieren :

- Der Ausbaustandard erlaubt höhere Geschwindigkeiten: für 12% der Stimmenden zuerst entscheidend ;
- Opposition hauptsächlich gegen Tempo 120 auf Autobahnen : 18% der Stimmenden ;
- flüssiger Verkehr erhöht die Sicherheit und senkt die Umweltbelastung: 6% der Stimmenden.

Nur 12% der Stimmenden (oder 32% der Ja-SagerInnen) verstehen ihre Opposition in erster Linie als grundsätzlichen Protest gegen die behördliche Verkehrspolitik.

Abgestimmt wurde am 26. November nur über die Volksinitiative; als Vermittlungsvorschlag stand auch die Variante 130/80 zur Diskussion. Hätte der Souverän im Sinne einer Präferenzabstimmung über alle drei Möglichkeiten entscheiden müssen, wäre das Ergebnis gleich geblieben, wenn sich auch die Stärkeverhältnisse leicht verschieben. Weiterhin befürwortet eine relative Mehrheit den Status quo; unmittelbar nach der Abstimmung über Tempo 130/100 erschien die gemässigte Variante etwas zugkräftiger, in der Bevölkerung jedoch nicht mehrheitsfähig.

Der vorliegende Bericht basiert auf einer repräsentativen Umfrage, die im Nachgang zur eidg. Abstimmung vom 26. November 1989 bei 961 stimmberechtigten Personen durchgeführt worden ist. Die Untersuchung ist das Produkt einer Zusammenarbeit des Forschungszentrums für schweizerische Politik an der Universität Bern und des GfS-Forschungsinstituts (Zürich).



GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit 20 Hochschulinstituten

DATENBANK FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND STAAT



Umfassende Umfrageergebnisse über Wissen,
Einstellungen und Verhalten in den Bereichen
Alltag, Wirtschaft, Politik und Welt

Vor mehr als 10 Jahren ist **VOX** – die Nachanalyse aller eid. Abstimmungen und Wahlen – aus der fruchtbaren Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft entstanden.

Ausgehend vom gleichen Grundgedanken, thematisch jedoch erheblich erweitert werden die **VOX**-Analysen seit 1986 durch eine neue Forschungsreihe ergänzt: **UNIVOX** – einer ganzheitlich angelegten Datenbank zu

- **Leben in der Schweiz** (untergliedert in die Stichworte Gesellschaft, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Ausbildung, Freizeit, Kommunikation, Verkehr und Umwelt);
- **Staatliche Gemeinschaft** (Staat, Demokratie, Recht, Staatsfinanzen, Sozialversicherungen);
- **Wirtschaftliches Fundament** (Wirtschaft, Arbeit, Markt, Geld, Landwirtschaft und Sicherungen) und
- **Unabhängigkeit** (Freiheit, Verteidigung, Versorgung und Welt).

Jedes Jahr werden die Stichworte einmal ausführlich befragt, sodass laufend aktuelle Umfrageergebnisse zur Verfügung stehen, aber auch zeitliche Trends ersichtlich werden.

Mehr als 20 Hochschuldozenten mit ihren Assistenten und Assistentinnen in Basel, Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, St. Gallen und Zürich kooperieren mit der GfS, bereiten die Untersuchungen vor und kommentieren das von ihnen betreuten Sachgebiet (vgl. auch Rückseite).

Zum Stichwort «Staat» wurden beispielsweise die folgenden Schwerpunkte befragt: Zufriedenheit mit der schweizerischen Politik – Erfahrungen mit verschiedenen staatlichen Stellen – Einstellungen zu Kollegialsystem, Konkordanzdemokratie, Milizparlament oder Föderalismus – dringlichste Probleme der Gegenwart zuhanden der Behörden – Problemlösungsfähigkeit des Staates – Umfang der Staatstätigkeit und Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

UNIVOX ist ein unentbehrliches Grunddaten-Informationswerk für Volkswirtschaftliche Abteilungen, Redaktionen, PR-Stellen und Verwaltungen. Führende Medien, Banken, Versicherungen, Chemiefirmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Parteien und andere mehr haben **UNIVOX** bereits abonniert.

Gerne informiert Sie die GfS über die Anwendungsmöglichkeiten von **UNIVOX** in Ihrer Organisation. Fordern Sie ausführliche Unterlagen an bei:

GfS-Forschungsinstitut, Postfach 546, 8027 Zürich

Telefon 01 / 202 07 87

Die Forschungsgemeinschaft «VOX-Analysen» (Stand 1990)

Die VOX-Analysen sind
eine Kooperation zwischen

Patronatskomitee
Forum Helveticum
VOX-Beirat

GfS-Forschungsinstitut
(Zürich) (seit 1977)
Dr. W. Ebersold
C. Longchamp
J. Wild

Praxis ▶

und

**Forschungszentrum für
schweizerische Politik**
(Univ. Bern) (seit 1977)
Prof. Dr. W. Linder
C. Longchamp

◀ Wissenschaft

**Forschungsstelle für Poli-
tische Wissenschaft**
(Univ. Zürich) (seit 1985)
Prof. Dr. U. Klöti
H. Amschler

Geldgeber
Privatwirtschaft
Bundesbeiträge
Forschungsaufträge
Beteiligte Institute
Medien
Abonnenten

**Département de science
politique (Univ. de
Genève) (seit 1985)**
Prof. Dr. H. Kriesi
P. Sciarini

8001 Zürich

P.P.

